

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dorteljähr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsstelligen Nummern
zelle oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 24. September 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unten durch — drüber weg!

Oberbürgermeister Kirchner hatte, wie er
neulich in der Stadtverordneten-Sitzung mitteilte,
bei dem Kaiser eine Audienz nachgesucht, um den Versuch zu
machen, die Bedenken des Kaisers gegen eine zweite
Durchquerung der Straße Unter den Linden durch die
Straßenbahn zu zerstreuen.

(Blättermeldung.)

Seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Kaisers hat der
Träger der Krone keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um mit
besonderem Nachdruck seine Abneigung gegen Berlin, die Berliner
und insbesondere die Berliner Verwaltung zu bekunden.

Die nicht nur ideell sondern auch rein finanziell recht wertvollen
Guldigungen der Stadt Berlin und die entschiedenen Abweisungen
durch Wilhelm II. begannen bald nach dem Regierungsantritt.

Diese scharfe Zurückweisung war der charakteristische Anfang.
Die Folgezeit hat nicht vermocht, Wilhelm II. von seiner tiefen
Abneigung gegen Berlin abzubringen.

Auch ein Monarch hat das unveränderliche Menschenrecht, seine
Herzenseinungen und Gefühle auszusprechen und zu betätigen.

Der Bürgerfreisinn von Berlin war über diese Tallfrage
andrer Meinung. Er überschlug sich förmlich in hyzantinischen
Guldigungen.

kränzte Persönlichkeit Berlin — sofort bewilligte die Stadt Unsummen
für den städtigen Fitterpomp einiger Stunden. Die Anwesenheit
des Königs von Italien kostete der Stadtkasse fast 150 000 Mark, der
österreichische Kaiser erhielt für 100 000 Mark bunte Fahnen, vergoldete
Breiter und Radelkreuz.

Nach dieser Unermüdlichkeit des Stadt-Freisinns in der Erzielung
von Zurückweisungen haben wir wenig oder gar keine Hoffnung,
daß er jemals auf seine hartnäckigen Ausdringlichkeiten Verzicht
leisten wird.

Der Kaiser hat sich, wie man anerkennen muß, seit Anbeginn
bemüht, eine reinliche Scheidung zwischen sich und der Stadt Berlin
herbeizuführen. Wir sehen keinen Grund, warum die Stadt ihrerseits
nicht endlich so viel Kaltgefühl beweisen sollte, den kaiserlichen
Intentionen zu folgen.

Eine Korrespondenz schreibt:
Das Projekt des Magistrats, die beiden von der
Alten-Gesellschaft Siemens u. Halske angekauften Straßen-
bahnlinien Nebenstraße-Reptow und Mittelstraße-Paulow
zu einer die Stadt durchquerenden Linie zu vereinigen, dürfte nach
der Ablehnung des Kaisers, betreffend den Neben-
übergang über die Linden, in absehbarer Zeit nicht
erfolgen können.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 23. September.

Socialpolitik durch Lohndruck.

Der Ministerialerlaß des Leiters der Finanzabteilung des
Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, der zur Verminderung der
Betriebsausgaben der preussischen Eisenbahnen die Verminderung
des Personals, die Herabsetzung der Löhne des
Personals, sei es durch Lohnreduktion, sei es durch Einföhrung
des Stüchlohnes, und Erziehung der männlichen Arbeits-
kräfte durch billigere weibliche Arbeitskräfte anordnete,

Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen,
daß gerade eine Verwaltung, deren Ueberflucht wie die der
Eisenbahnen zum Besten der Gesamtheit Verwendung finden und
Verwendung finden müssen, die Pflicht hat, sich besonderer
Wirtschaftlichkeit zu befleißigen.

als der größte Arbeitgeber, namentlich bei denjenigen seiner
Betriebe, welche wie die Eisenbahnen den Charakter eines
Erwerbsunternehmens haben, sich als Glied des gesamten
heimischen Erwerbslebens fühlen und demgemäß
handeln muß. Er darf deshalb nicht die Arbeitslöhne in seinen
Betrieben auf einer Höhe halten, welche nur zu Zeiten industrieller
und kommerzieller Hochkonjunktur berechtigt war, aber ihre innere
Berechtigung verloren hat, nachdem an Stelle der Hochflut jetzt
wieder Ebbe eingetreten ist.

Da diese offiziös inspierte Polemik verspätet erscheint, haben
wir in ihr wohl den Jubelgruß socialpolitischen Tiefsinnes zu
erkennen, den die Finanzabteilung des betreffenden Ministeriums auf-
zutreiben vermochte. Es ist deshalb um so ersäunlicher, daß das
ganze Kalkül der offiziösen Korrespondenz in ein paar faulen
Redensarten besteht, die jeder Intelligenz der Unternehmerrasse sich
leicht hätte aus dem Handgelenk schütteln können.

Das gesamte heimische Erwerbsleben betrachtet
das Ministerium für öffentliche Arbeiten eben nur unter dem
Gesichtswinkel des Unternehmerprofits. Daß es socialpolitisch rationaler
wäre, lieber die Profiteure des Unternehmertums zu beschneiden, als
die Konsumkraft der breiten Masse durch Lohnreduktionen und
Arbeitsentlassungen zu untergraben, dieser so naheliegende Gedanke
ist für unsere Regierung zu hoch, fernersten Deutschland ja an der
Spitze der Socialreform zu marschieren präntendiert.

Socialistische Demonstrationen.

Paris, 21. September.

Während die Minister und die kapitalistische Welt im allgemeinen
vor dem Jaren laubdeln, fahren die Sozialisten mit ihren
Protesten fort. In Paris fanden bereits zwei Protest-
versammlungen gegen den Jarenbesuch statt, beide
übrigens von den um das Generalkomitee gruppierten Genossen
veranstaltet. Das erfreulichste an diesen Versammlungen ist ihr
ruhiger Verlauf, d. h. der Umstand, daß keine chaotischen
Elemente sich finden, die es wagen begü. wünschen würden,
auf diesen „vaterlandslosen“ Versammlungen zu Ehren der Jaren-
alliance Kadav zu machen.

Um einen „Jarenfrieden“ hatten die Bourgeoisblätter
für die Zeit des Jarenbesuches gebeten. Die Bitte richtete sich an
die Sozialisten. Diese aber haben gerade ihre Protestaktion ver-
schärft. Jeden Tag veröffentlichen die socialistischen Blätter neue
Protestresolutionen von socialistischen Gruppen aus allen Ecken
Frankreichs und jeden Tag bringen sie große oder kleine Artikel
gegen den Jarenismus, gegen die Alliance, gegen die hyzantinischen
Ausführungen der bürgerlichen Verächterstättung über die
Schaustellungen u. s. f. Die „Aurore“ hat in feinerer
Weise den Jaren begrüßt einmal mit einem Artikel
über die löstiplichen Liebhaften Natharius II., ein andermal
mit dem Abdruck der finnländischen Nationalhymne, außerdem
hat sie eine kleine „franco-russische“ Zeitung heraus-
gegeben — einen Wiederabdruck der heftigsten antisocialistischen Artikel
von Rochefort und Alphonse Humbert, geschrieben von
diesen gegenwärtigen Nationalisten und Jarenanbetern — vor

20 Jahren. Man findet da u. a. eine Verherrlichung des 18. März 1881, der Tötung Alexanders II. auf Befehl des Exekutivkomitees der „Narodnoja Wolja“. Das Großhürchen wird für 7 Grant pro Tausend zum Massenabsatz verkauft.

Diese „Verherrlichung eines Verbrechens“ muß die franko-russische Polizei wohl oder übel umhelligt lassen. Sie hielt sich dafür an Laurent Tailhade, der im anarchischen „Libertoire“ den Wunsch äußerte, es möchte sich ein entschlossener Mann finden, der den Zaren, den Präsidenten der Republik und die Minister während der Festlichkeiten ermorden würde. Ich berichte hierüber, weil das offiziöse Depeschensbureau über einen vagen „Sey-artikel“ gegen den Zaren drahten ließ. Nun, so ruffisch ist die hiesige Polizei noch nicht, um wegen eines „Sey-artikels“ einen Schriftsteller zu verfolgen. Sie mühte sich dann in diesen „Zarentagen“ gar viele Journalisten unter Anklage stellen lassen. Uebrigens wurde Tailhade nicht verhaftet, und der verantwortliche Redacteur wird auch nicht gerichtlich verfolgt werden.

Zu ihren letzten Sitzungen hatten das Generalkomitee der sozialistischen Partei und der Centralrat der revolutionär-socialistischen Union neue „Willkommensgrüße“ an den eingetroffenen Zaren beschlossen in Gestalt von scharfen Protesten. Das Generalkomitee protestiert zugleich gegen die „willkürlichen Verhaftungen und die gouvernementalen Verfolgungen jeder Art aus Anlaß des Zarenbesuchs“.

Und Millerand? Er beugt den Kaden vor dem Vertreter des Despotismus, „des gemeinsamen Feindes der Demokratie und des Sozialismus“ (Ausdruck der antizarenischen Resolution des Pariser Internationalen Kongresses 1900), wie alle seine andern Ministerkollegen. Und auch die verdiente Belohnung ist nicht ausgeblieben: wie die andern Minister hat auch Millerand den weißen Adlerorden vom Zaren erhalten. Das ist übrigens der zweite russische Orden, der Millerands Mannesbrust „schmückt“ wird: den Saint-Annenorden beugt er von der Weltanschauung her. Nach allem bisherigen Verhalten Millerands ist seine Beteiligung an den Zarenfestlichkeiten nichts weniger als überauschend. Es muß aber doch gesagt sein, daß er wohl noch niemals sich in so scharfen Gegensatz zum Denken und Fühlen des klaffenbewußten Proletariats gesetzt hat, wie jetzt. Denn jetzt handelt er gegen den einstimmigen Willen alles dessen, was in Frankreich sich socialistisch nennen darf. . . .

In dem Tamtam der Presse um den Zaren verhalten fast symptomatisch ungleich bedeutendere Thatsachen als alle Mündnisse zusammengenommen. Während der letzten Manöver haben die Reservisten in zwei Bataillonen zum Protest gegen schlechte Behandlung socialistisch-revolutionäre Lieder angestimmt. Die 49. Brigade (38. und 16. Regiment) sang die „Internationale“ als Marschlied, d. h. auf dem Marsch, in Reih' und Glied, unter Waffen. Das Reservistenbataillon des 111. Regiments wurde bei Chartres von einem Regimentshauert überfallen. Als nun die Offiziere für sich ein trodenes Plätzchen aufgesucht hatten, ohne sich um die Soldaten zu kümmern, da stimmten diese die Carmagnole an. Die bourgeois-patriotische Presse ruft inatürlich nach exemplarischer Bestrafung. Bisher ist nur das 38. Regiment nach einem andern Orte verlegt worden. Andererseits hat dessen Oberst, natürlich ein edler Marquis, wegen der schlechten Behandlung der Soldaten Strafurtheil erhalten. . . . Ja, es leucht ganz vornehmlich in der militärischen Festung des Kapitalismus! Es sei zugleich erinnert, daß die regulären Soldaten, die gegen die Streikenden von Creusot geschickt waren, diese durch Zettel verhandigten, daß sie „nichts zu befürchten haben“, denn es werde nicht geschossen werden. Darauf wurde das betreffende Regiment sofort durch ein andres ersetzt. —

Deutsches Reich.

Posttarifbesprechungen. Im Ministerium des Innern haben mehrtägige eingehende Besprechungen über den Entwurf des Posttarifgesetzes und den Posttarif selbst stattgefunden, bei denen beschlossen worden ist, über einzelne, hauptsächlich durch die Interessenten neu hervorgehobene Punkte geeignete Sachverständige zu vernehmen. Mit der Vernehmung derselben ist bereits begonnen worden. Heute waren die Vertreter der Papierbranche erschienen; am Dienstag werden die Vertreter der Holzbranche folgen. Die Konferenzen sollen bis zum Anfang Oktober währen.

Wilhelm II. als Vertreter des Zaren.

Das Volkliche Depeschensbureau meldet: Seine Majestät der Kaiser und Königin begaben sich heute nachmittag zu Pferde und in der Uniform seines russischen Grenadier-Regiments nach dem Grenzstädtchen Wjshytien, welches am 26. August d. J. zum größten Teile durch Feuer zerstört worden war. An die die dem Marktplatz zusammengesessene Bevölkerung hielt seine Majestät folgende Ansprache:

„Seine Majestät Kaiser Nikolai, Euer erhabener Landesherren, mein geliebter Freund, hat von Euren schweren Unglück gehört. Er läßt Euch durch meinen Mund mitteilen, wie sehr ihn die Nachricht betrübt hat, und läßt Euch sein herzlichste Mitgefühl ausdrücken. Aber noch mehr, er sendet Euch durch mich als Zeichen seiner landesväterlichen Fürsorge eine Spende von 5000 Rubel, welche ich meinem bevollmächtigten Formmeister von Saint-Paul übergebe zur Verteilung in Gemeinschaft mit Landrat v. Lud und dem Komitee. Ihr erseht hieraus, wie das Auge Eures erhabenen Landesvaters überall bis an die Grenzstädte seines großen Reiches reicht, und wie sein gütiges, warmes Herz für seine, wenn auch noch so entfernten Unterthanen schlägt. Eurer Dankbarkeit und Liebe für Euren Kaiser und Vater werdet Ihr jetzt Ausdruck geben, indem Ihr mit mir ruft: Na skorowje jawo wolitschestwo gossudarja imperatora Nikolai! Hurra!“

Wjshytien ist ein polnisches Grenzstädtchen jenseits der russischen Grenze. Der in russische Uniform gekleidete deutsche Kaiser hat sich also auf russisches Gebiet beggeben, um den Zaren dort zu vertreten. Deutsche Beamte werden an stelle der russischen Behörden die Verteilung der Zarenspende übernehmen. So erfreulich die intime persönliche Freundschaft der Regenten zweier benachbarten Länder — die bis zur Vertretung des einen durch den andern in seinem Lande geht — immerhin ist, so wollen wir doch hoffen, daß diese Vertretung in Regierungsgeschäften keine größere Ausdehnung gewinnt und zum mindesten eine einseitige bleibt.

Die deutschen Chinaverluste.

Eine Korrespondenz schreibt: Nachdem nun die amtliche Verlustliste erschienen ist und kann noch irgend welche Aenderungen, wenigstens was die Hauptsache, die Zahl der Gefallenen und Verwundeten betrifft, eintreten können, wird es möglich, ein einigermaßen abschließendes Bild der deutschen Verluste in China zu erhalten.

Von den Marinemannschaften sind gefallen oder ihren Wunden erliegen 49 Mann. Verwundet wurden 138 Mann. Verunglückt sind 21 Mann. An Krankheiten sind gestorben 89 Mann. Demnach stellt sich der Gesamtanzug für die Marine auf 297 Mann.

Vom Expeditionscorps sind gefallen oder ihren Wunden erliegen 16 Mann. Verwundet sind 132 Mann. Verunglückt sind 49 Mann. An Krankheiten sind gestorben 184 Mann.

Der Gesamtverlust des Expeditionscorps stellt sich demnach auf 331 Mann und der Verlust für Marine und Expeditionscorps zusammen auf 678 Mann.

Soweit die Korrespondenz. Die Zahlen sind nach verschiedenen Seiten hin recht interessant. Zunächst beweisen die Verlustziffern, wie unblutig im Großen und Ganzen der Krieg für die Mächte war.

Den mehr als 20 000 Mann deutscher Truppen, die am Krieg teilnahmen, kostete derselbe nur 65 Tote und 237 Verwundete. Und von diesen Verlusten entfiel ein großer Prozentsatz bereits auf die Erklärung von Taku und den mißglückten Entfesselungsversuch Pekings durch das Seymourische Expeditionscorps, wiewohl letzterer den an der Expedition beteiligten deutschen Mannschaften allein 10 Tote und 57 Verwundete kostete. Bei den Vorrückungen, die später Waldsee im großen Stille organisierte, floßen zwar Ströme Blutes, allein fast ausschließlich chinesisches Blut; auf einen Kubikmeter Chinesenblutes kam kaum ein Kubikcentimeter deutschen Blutes.

Auffallend groß ist ferner die Zahl der Verunglückten. Während in den Gefechten nur 65 Mann fielen resp. später ihren Wunden erlagen, verunglückten nicht weniger als 70 Mann! Die Zahl der an Krankheiten Verstorbenen vollends ist mehr als viermal so groß als die Zahl der im Kampfe Gefallenen — 278 gegen 65.

In Kämpfen verloren die deutschen Truppen also insgesamt 65 Tote und 237 Verwundete, also ungefähr soviel, wie die Engländer in einem einzigen Gefecht mittleren Grades in Südafrika verloren haben. Und von einem solchen „Kriege“ machte man ein so ungeheuerliches Geschrei! Deshalb hielt Waldsee seine zahllosen Reden, wurden Kriegsdienstleistungen gestiftet usw. Einen ruhmloseren und unblutigeren Krieg hat Deutschland schwerlich jemals gekämpft — und schwerlich auch einen, bei dem chauvinistische Renommisterei in einem so grotesken Mißverhältnis zu dem Geleisteten stand. —

Soldatenschilderei en gros. Vom Kriegsgericht der 27. Division (Mm) wurde der Feldwebel Straub von der 6. Compagnie des Infanterie-Regiments 120 (Standort Weingarten, Württemberg) wegen Mißhandlung Untergebener in 46 Fällen zu vier Monaten Gefängnis, der Vicefeldwebel derselben Compagnie, Jeller, zu 2 1/2 Monaten verurteilt. Letzterer hatte sich sechs Vergehen schuldig gemacht.

Freisinniger Protovucher-Protest.

Man schreibt uns aus München: In Gemeinschaft mit der hiesigen Sektion des Handelsvertrags-Vereins hielt am Samstagabend die freisinnige Partei eine Protestversammlung gegen die geplanten Zollserhöhungen ab. Leider hatte das aus Vertretern der beiden korporationen zusammengelegte Komitee insofern einen groben Mißgriff begangen, als es das erste Referat einem Herrn Kreuzbauer anvertraute, der sich seiner Aufgabe auch nicht im entferntesten gewachsen zeigte. Dieser Herr langweilte das nicht besonders zahlreich erschienene Publikum mit einer anderthalbhändigen Rede über die Wirkungen des Serstanzollens auf das Brauereigewerbe und den Preis des Bieres, wiewohl letzteres er als ein wichtiges Volksernährungsmittel — wenigstens für Bayern — bezeichnete. Interessanter waren die Ausführungen des freisinnigen Professors Dr. Günther, der so ehrlich war, einzugehen, es sei wahrlich die höchste Zeit gewesen, daß auch von bürgerlicher Seite etwas geschähe. Daß man in Deutschland überhaupt so weit auf dem Gebiete der Schutzoll-Politik gekommen sei, daran trage die Energielosigkeit des deutschen Bürgertums die Hauptschuld. In der Diskussion — bezeichnenderweise hatte man die Redezeit schon von vornherein auf 10 Minuten beschränkt — nahm auch Genosse Timm das Wort, um darauf hinzuweisen, daß der Schwerpunkt des Kampfes im Reichstage liege. Dort müsse jede Position des Tarifs mit eingehender Gründlichkeit durchberaten werden und er fordere deshalb die Freisinnigen auf, ihren liberalen Freunden das Rückgrat zu steifen, wenn die Agrarier ein Attentat auf die Geschäftsordnung begehen wollen. Auf diese sehr deutliche Anknüpfung antwortete Herr Kreuzbauer mit einigen inhaltlosen Phrasen, wie: man frage nicht nach rechts und nicht nach links. Jeder sei als Kampfgenosse willkommen etc. Er schloß damit den besten Beweis, wie sehr Professor Günther im Recht war als er die Energielosigkeit des deutschen Bürgertums beklagte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legte übrigens der Vorsitzende Verwahrung gegen die mehrfach aufgestellte Behauptung ein, es gebe bis in die Reihen der Freisinnigen hinein Freunde des Zolltarifs. Sowohl auf dem Parteitage in Götting, als auch in der Versammlung des bayerischen Landesauschusses in Nürnberg sei entschieden betont worden, daß die freisinnige Partei Gegnerin der Zölle auf Lebenszeit sein. Nun, man wird ja die Probe aufs Exempel machen! —

Ausland.

Sidney Webbs Lokruf an die liberalen Imperialisten. London, 21. September.

Das Bestreben der Fabier ging stets dahin, bei der sozialpolitischen Umgestaltung Englands einen ähnlichen Pfad einzunehmen, wie ihn die Benthamiten, die philosophischen Radikalen, in den ersten dreißig Jahren des neunzehnten Jahrhunderts bei der liberalen Umgestaltung Englands ausgeführt haben. Nämlich eine Schule zu bilden, die öffentliche Meinung durch die Presse zu beeinflussen, in politischen Kreisen mit fest bestimmten Vorschlägen hervorzutreten, untergeordnete aber wichtige Regierungsstellen anzunehmen, wo sie zur Verwirklichung ihrer Lehren beitragen könnten. Männer, wie Bentham, die Mills und Chadwick; Systeme, wie der philosophische Radikalismus, haben die Fabier zwar nicht hervorgebracht, aber das war auch nicht nötig. Denn sie gingen von Karl Marx und seinem wissenschaftlichen Sozialismus aus.

Weide, die Benthamiten und Fabier, haben in gewisser Beziehung dasselbe Schicksal erlitten: die Arbeitermassen blieben ihnen fern. Während aber die Benthamiten auf die Arbeiter gar nicht angewiesen waren, denn der philosophische Radikalismus war doch nur der geistige Ausdruck der politischen Bedürfnisse der Groß- und Kleinbourgeoisie, erwies sich das Fernbleiben der Arbeiter für die Fabier als eine Katastrophe. Ihre Politik konnte, ohne einen soliden, historisch begründeten Anhang hinter sich zu haben, zu keinem Resultate führen. Dieser Mißerfolg hat den Fabiern das Rückgrat gebrochen. Sie verüchten es sodann mit dem radikalen Flügel der liberalen Partei; auch hier erfolglos. Sie wurden isoliert. Es giebt aber nichts Schlimmeres für eine sozial-revolutionäre Bewegung als die Loslösung vom großen politischen Leben, oder der Mangel an einem geeigneten Medium, auf das politische Leben zu wirken. Die Folge ist in der Regel: entweder enge Sektiererei mit inneren aufreibenden Fehden oder eine gründliche Revision ihrer sozialrevolutionären Ansichten und Rückkehr zum „gesunden Menschenverstand“. Das letztere war bei den Fabiern der Fall.

Witten in ihren Revisionsarbeiten wurden sie von der imperialistischen Welle überrascht. Sie schredten vor ihr nicht mehr zurück. Und warum hätten sie auch zurückschrecken sollen? Der Imperialismus würde doch vom „gesunden Menschenverstand“, d. h. von der Weisheit des Britischen Reiches angenommen. Die Fabier sind indes nicht einfache Imperialisten. Nachdem sie ihre Ansichten revidiert hatten, blieb ihnen trotz alledem „die Bewegung“, d. h. die progressive Sozialpolitik. Sie sind jetzt allen Erstes progressive Imperialisten. (Einige ihrer Mitglieder, wie Walter Crane und James Ramsey MacDonald, die diese neue Entwicklung nicht mitmachen konnten, sind deshalb aus der Fabian Society ausgetreten.)

Der interessante Artikel, den Sidney Webb in September der Nummer der „Nineteenth Century“ veröffentlichte, ist in diesem Sinne geschrieben. Sein Zweck ist, die politische Krise, in der sich England jetzt befindet, einer Lösung zuzuführen. Er geht zu seinem Entwürfe eines zukünftigen Regierungsprogramms über, geht er sich sowohl mit den Anhängern Gladstones wie mit den Socialdemokraten gründlich auseinander. Der Gladstonische Liberalismus, der in einem administrativen Nihilismus auslauge, sei tot und begraben. Die politischen Denkeinheiten der Gladstonischen Liberalen und Radikalen seien „Individuen“; die politischen Denkeinheiten der Socialdemokraten seien „Gemeinschaften“ (communities); Webb hätte eigentlich noch „Empires“ hinzuzufügen müssen. Was die Socialdemokratie betrifft, so habe sie sich große Verdienste um England erworben. „Der demokratische Sozialismus, als eine wirtschaftliche und politische Theorie der staatlichen Organisation, hat zwei Vorzüge: erstens ist er auf den Resultaten der neuesten politischen Wissenschaft begründet. . . . Dann hat er in seiner profanen Propaganda das geistige Leben Englands in den letzten 20 Jahren stark beeinflusst; er hat zur Verstärkung der alten politischen Glaubensdogmen machtvoll beigetragen.“ Aber die Schwäche des demokratischen Sozialismus bestiehe darin, daß er keine auswärtige Politik habe. In dieser Beziehung gehe er Hand in Hand mit dem gladstonischen Radikalismus. Daraus erkläre sich der Mißerfolg des Sozialismus in England. „Als der südafrikanische Krieg ausbrach, da zeigte es sich, daß die Mehrheit der socialistischen Führer ultraliberal, ultragladstonisch und ultranationalistisch in Bezug auf das britische Empire ist.“ Unter „ultranationalistisch“ versteht Webb, daß die Socialdemokratie auf das Unabhängigkeitsrecht fremder Nationen ein zu starkes Gewicht lege.

Dagegen sind seine Bemerkungen über die Notwendigkeit sozial-politischer Reformen vielfach zutreffend. „Nicht weniger als acht Millionen Personen — ein Fünftel unserer Gesamtbevölkerung — leben unter Verhältnissen, wie sie ein Wochen-Einkommen von weniger als 20 M. für die Familie erzeugen kann. Diese Verhältnisse sind nicht nur eine Schande, sondern eine positive Gefahr für unsere Civilisation.“ Webb schlägt vor: Eine neue drastische Fabrik-Gesetzgebung; Sanierung aller Quartiere, deren Todesrate die durchschnittliche Sterblichkeit des Königreichs übersteigt; drei Zimmer und Speisekammer als Mindestforderung einer Wohnungsreform; Verbesserung der Armenunterstützung; Entwicklung der Aufstiegsstufe und mögliche Abschaffung der Gassen außerhalb der Anstalten; staatliche Fürsorge für arme Kinder; ein tüchtiges Unterrichtsministerium; Reorganisation des Kriegsministeriums, methodische Ausbildung der Armee; Reform des Finanzwesens durch schärfere Heranziehung des städtischen Grund und Bodens und der industriellen Monopole.

Webbs Lösungswort ist: Rationale Tüchtigkeit und Heranziehung einer wirklich imperialen Klasse. Die Verwirklichung dieser Wünsche erwartet er von Lord Rosebery, Mr. Asquith, Mr. Haldane und Earl Grey — lauter liberale „Imperialisten“.

Sind Fortschritt und Imperialismus vereinbar? Ist Webbs Gedanke logisch und ausführbar?

Anstatt langer Argumente teilen wir folgendes charakteristisches Ereignis von dieser Woche mit: Mr. Haldane, der, wie wir Mr. Pease, der Sekretär der Fabian Society sagte, den Fabiern sehr nahe stehe, befindet sich gegenwärtig in Romarkshire, um Mr. Cecil Harmsworth gegenüber dem Arbeiter-Kandidaten Robert Smilie zu unterstützen. Warum? Weil Harmsworth Imperialist und Smilie Antimperialist ist. Und doch hat die progressive Socialpolitik von Harmsworth nichts und von Smilie alles zu erwarten!

So steht der progressive Imperialismus in der Praxis aus. Eine vernünftige Kritik des Gedankens von Webb hätte auch sein schlimmster Gegner nicht schreiben können.

Oesterreich-Ungarn.

Zusammenstoß zwischen Civilbevölkerung und Militär, welche zu argen Strafenexzessen führten, erfolgten am Sonntag in Budapest. Eine Person wurde getötet, drei lebensgefährlich, fünf schwer und zwanzig leichter verwundet. Die Polizei vermochte erst nach Anruf militärischer Hilfe Ordnung zu schaffen. Vierzig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Schweiz.

Der Parteitag der schweizerischen Socialdemokratie, der von 275 Delegierten besucht war, beschloß eine Reorganisation der Partei und nahm einstimmig die vorgelegten Statuten an, nachdem der Central-Verein seinen Anstoß an die neugebildete Partei erklärt hatte. Die seit Jahrzehnten angestrebte Centralisation der socialdemokratischen Arbeiterschaft in der Schweiz ist dadurch vollzogen. An den deutschen Parteitagen in Lübeck wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

Italien.

Der Mailänder Parteitag wurde in der Sitzung der Parteileitung und der interessierten Gruppen der italienischen Socialdemokratie vom 18. September verhandelt. Die socialistische Föderation ist durch Walter Kochi, die „Socialistische Union“ durch Bertini vertreten; der Genosse Zurati, der hauptsächlich die Seceffion und die Gründung der „Union Socialiste“ veranlaßte, ist als Mitglied der Parteileitung anwesend. Nach Verlesung der eingereichten Denkschriften und nach Anhörung beider Parteien sowie nach eingehender Diskussion kam folgende Erklärung zu stande:

Nach dem Wortlaut und dem Geist der Statuten sowie nach den wiederholten Erklärungen der Parteileitung ist es unzulässig, daß in einem Orte mehrere Sektionen der Partei bestehen.

In Anbetracht der außerordentlichen Umstände, aus denen der Streikfall in Mailand hervorgegangen ist und sich entwickelt hat;

in Erwägung, daß die Genossen, welche jetzt die „Union“ bilden, eine „Reinigung“ der Mailänder Parteiliste für nötig erachten, einer Maßnahme, der sich die Genossen der Föderation nicht widersetzen;

in der Absicht, die moralische und materielle Einigung der socialistischen Partei gemäß den Beschlüssen des letzten Kongresses, zu befestigen;

erklärt die Parteileitung:

I. Die Union vereinigt sich wieder mit der allgemeinen Föderation und bewerkstelligt mit ihr die beabsichtigte Herausgabe einer Zeitung.

II. Eine Specialkommission von 10 Mitgliedern (von denen 5 von der Föderation aus den Reihen der Union und 5 von der Union von den Mitgliedern der Föderation zu wählen sind) nimmt nach einem von der Parteileitung vorgelegten Reglement eine Revision der Mitgliederlisten vor. Die 10 Mitglieder wählen zum Präsidenten einen außerhalb der Kommission stehenden Parteigenossen. Die Entscheidungen der Kommission sind endgültig. Die Annahme der vorstehenden Erklärung erfolgte einstimmig.

Die Agrarverhältnisse in Sicilien ähneln vielfach denen Irlands. Die großen Latifundienbesitzer geben ihre Äcker an Zwischenunternehmer, welche dieselben in kleine Landstücken parzellieren und verpachten. Diese Mittelpersonen treiben den Preis so sehr in die Höhe, daß sie oft das Doppelte und Dreifache dessen herauswirtschaften, was sie selbst bezahlen. Die Grundherren leben meist in den Städten des Festlandes und kümmern sich, sofern sie nur ihr Geld erhalten, weiter nicht um das Schicksal ihrer Pächter. Außerdem werden die Pächter bedrückt von einer hohen Steuerlast, und in den letzten Jahren sind die Preise der Produkte sehr wiedergegangen, so daß sie kaum im stande waren, die Pacht herauszuwirtschaften. In diesem Jahre sind die Pächter der Äcker nun auch noch von der Mehlens heimgegriffen worden, so daß viele derselben der Hungernot preisgegeben sind. Es hat nun unter den Pächtern eine Bewegung begonnen, die auf eine Verringerung der bezeichneten Zustände hinführt. Die Bauern fordern eine Herabsetzung der Pachtsummen und namentlich die Befreiung der Zwischenunternehmer. —

Rußland.

Ein Dokument russischer Autokratie. Die „Petite République“ veröffentlicht folgendes ihr aus Rußland zugehendes Dokument, dessen Spitze sich gegen Graf Tolstoj richtet:

Ministerium des Innern
Generaldirektion für Prehangelegenheiten
8/21. August 1901. Nr. 6184.

Auf Befehl des Ministers des Innern und im Anschluß an die Instruktionen vom März d. J., betr. das absolute Verbot, Depeschen und Berichte über Sympathieäußerungen für den Grafen Tolstoj zu veröffentlichen, erlaubt die Generaldirektion für Prehangelegenheiten auf Grund des Art. 140 des Reglements die Herausgeber von Revuen und Journalen, die der Censur nicht unterstehen, absolut nichts zu veröffentlichen, was sich auf die Person des Grafen Tolstoj bezieht, seien es Sympathie-Äußerungen oder Empfangsfeierlichkeiten, die seine Verehrer organisieren.

Unterzeichnet:
Der Chef der Direktion für Prehangelegenheiten
Graf Schalhofstol.

Amerika.

Strafmaßnahmen gegen die Anarchisten. Eine Depesche der „Times“ aus New York meldet: Infolge der Entdeckung, daß Anarchisten und andre unliebsame Einwanderer auf gefälschte Pässe nach den Vereinigten Staaten gekommen sind, sollen die Einwanderungs-gesetze weit schärfer als bisher durchgeführt werden. Die aus dem Auslande zurückkehrenden Amerikaner müssen im Stande sein, sich über ihre Persönlichkeit auszuweisen. Bei Zwischenfalls-Passagieren soll der Nichtbesitz eines Passes oder des Ausweises, daß der Inhaber amerikanischer Bürger ist, als genügender Grund zur Zurücksendung angesehen werden.

Der Boeren-Krieg.

Eindring Vorhats ins Zululand.

General Botha mit 1500 Mann und begleitet von allen hervorragenden Transvaal-Boerenführern befindet sich auf dem Marsch von Ermelo ostwärts nach dem Zululand. Littleton befindet sich mit einer starken Streitmacht in der Nähe des Buffaloflusses.

Thätigkeit der Boeren in der Kapkolonie.

Aus Middelburg (Kapkolonie) wird vom 17. September gemeldet: In der Kapkolonie werden die kriegerischen Operationen lebhaft fortgesetzt. Dem neuesten Einfall einer erheblichen Anzahl von Boeren, welche östlich von Alwal den Oranje-Fluß überschritten haben, wurde durch eine entsprechende Vermehrung der britischen Truppen in jener Gegend begegnet. General French hat energische Maßnahmen getroffen, um einen weiteren Einfall vorzubeugen. An der Eisenbahnlinie sind von Verburg nach Alwal Blockhäuser errichtet. Die Boeren erhalten Unterstützung von den Farmern, während die britischen Truppen Schwierigkeiten haben, Mittelungen zu erlangen. Die Meinung ist allgemein, daß die Proklamation Lord Kitcheners keine Wirkung gehabt habe.

Aus Pretoria wird gemeldet: General Littleton teilt mit, daß die Boeren die Raumschiffen des Majors Gough wieder in Freiheit gesetzt und nach Oranien gebracht haben. — Der Fluß Buffalo ist bedeutend gestiegen. Die Lage ist unverändert. — General Junker teilt mit, daß die amtierenden Verluste bei Mafontsein folgende sind: Veritene Infanterie: drei Offiziere und 50 Mann fehlen, ein Offizier verwundet; Veritene Artillerie: ein Offizier und ein Sergeant getötet, 6 Mann verwundet, 10 Mann fehlen; Veritene Infanterie von Bedford: 4 Mann tot, 4 verwundet, 2 Offiziere und 24 Mann fehlen; Südafrikanische Polizei: 6 Mann verwundet, 15 fehlen, 4 Offiziere und 28 Mann sind wieder in Freiheit gesetzt und nach Nataland gesandt worden. Die Verwundeten wurden nach Waterloofort zurückgebracht. Es gelang der Kolonne, welche mit der Verfolgung der Boeren betraut ist, diese einzuholen. Sie befindet sich augenblicklich im Kampfe mit ihnen bei Dewaldsdorp.

Lord Kitchener berichtet aus Pretoria vom 21. d. M.: Oberst William hat beinahe das ganze Kommando Rod, welches westlich von Edenburg operierte, gefangen genommen. Weiter berichtet Lord Kitchener vom 22. September: Es gelang den Boeren, während eines Angriffes bei Marrecamp, ein Geschütz bei Eintritt der Dunkelheit zu erlösen. Nach einer heftigen Verfolgung konnten die Engländer den Boeren das Geschütz wieder abnehmen. Diese Boeren scheinen dem Kommando Krutingers anzugehören. Sie hatten einen Toten und 22 Gefangenen.

Aus Bloemfontein wird berichtet: Seit vier Tagen sind nicht weniger (!) als 40 Boeren im Oranje-reich gefangen genommen worden. Der Weg nach Kimberley sieht offen. Die Sonntagabend veröffentlichte Liste über die englischen Verluste in Südafrika umfaßt an Toten 2 Offiziere und 7 Mann, an Verwundeten 2 Offiziere und 20 Mann, 6 Offiziere und 23 Mann sind in Gefangenschaft geraten, 1 Offizier und neun Mann an Krankheiten gestorben.

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

Lübeck, den 22. September.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Nachmittags-Sitzung.

3/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion zu Agitation, Wahlen und Rassenbericht wird fortgesetzt.

Vinszkwetiz-Berlin:

Auf das Couplet der Genossin Luxemburg will ich nicht eingehen; ich würde mich selbst beleidigen, wollte ich auf ein solch-menschenfeindliches Gerede antworten. Hengsbach hat sich mit Morawski beschäftigt, obgleich dieser nicht anwesend ist und sich nicht verteidigen kann. In dem Hengsbachschen Wahlkreise sind die Polen für ihn eingetreten, weil es ein deutscher Wahlkreis ist; aber die Polen verlangen auch, daß die deutschen Genossen in einem polnischen Kreise für den polnischen Socialdemokraten stimmen. Im Lande mit polnischer Sprache kann nur so agitiert werden. Ich kann Ihnen sagen, daß jetzt, wo Sie die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza“ zurückgezogen haben, wir mehr Erfolg haben als früher (Zurufe: Ra also!), einfach deshalb, weil das polnische Proletariat jetzt eingeschaut hat, daß es selbst Opfer bringen muß. (Zuruf: Ra also!) Wir wollen nebeneinander arbeiten; wir verlangen von Euch keine materielle Hilfe; aber eine moralische zu verlangen haben wir das Recht, damit die internationale Solidarität zur Wahrheit wird.

König-Bochum:

Die Polenfrage mag manchem Genossen langweilig sein; für uns mit der starken polnischen Bevölkerung hat sie aber großes Interesse. Wäre die Frage schon in vorigen Jahre gründlicher behandelt worden, so wäre es für uns besser gewesen. Die Thätigkeit der Parteikräfte, von der der Bericht spricht, mag auf Oberschlesien Bezug haben, wir in westfälischen Industriebezirk haben wenig davon gemerkt. Als Paule zu uns kam, hätte man erwarten sollen, daß er die polnische Industriebevölkerung für uns mobil machte. Wo er deutsch gesprochen hat und wir ihn kontrollieren konnten, hat er ja keine Schwierigkeit gemacht; aber in den polnischen Versammlungen soll er die polnische Propaganda besonders betrieben haben. Was not thut, ist eine polnische Presse, darüber werden wir uns beim Punkt „Presse“ näher unterhalten. Wir sollten die jetzige Erregung im Ruhrgebiet, die sich bei den Polen besonders auch gegen das Centrum bemerkbar macht, ausnützen, am besten durch ein gutes Flugblatt. Wir haben uns diesbezüglich mit der Genossin Luxemburg in Verbindung gesetzt. Wir wollten sie auch für einige Vorträge in

Westfalen engagieren, die Beförderung hat uns einen Strich durch diese Rechnung gemacht, sie will die Luxemburg bei uns nicht reden lassen. Die Kosten des Flugblatts, die beträchtlich sein werden, wird die Partei uns wohl tragen helfen.

Braun-Königsberg:

Genosse Groth hat die Notwendigkeit betont, in dem von Fel. Baader beantragten Flugblatt der Behauptung des Bundes der Landwirte entgegenzutreten, daß die Landarbeiter als Produzenten an höheren Getreidezöllen interessiert seien. Ich habe bei meiner Landagitation Landarbeiter, die sich in diesen Fragen als Produzenten fühlen, nicht kennen gelernt. Das Frauenflugblatt wäre ganz überflüssig, das vom Parteivorstand kürzlich herausgegebene illustrierte Flugblatt eignet sich vorzüglich für Stadt und Land, ein besonderes Flugblatt für die Landarbeiter ist ebensowenig nötig. Wie gut das letzte Flugblatt gewirkt hat, beweist die Thatsache, daß die Landarbeiter bei uns nach Laufenden die Petition gegen die Getreidezölle unterschrieben. Noch ein Wort zu der Notiz der „Gazeta Robotnicza“. Wie kann man in Memel-Geheulung von einer Niederlage reden; ich wünschte, wir erlitten noch eine solche Niederlage, denn dann würde der Kreis uns gehören. Eine besondere litauische Socialdemokratie zu gründen, wäre eine ganz falsche Taktik, wir agitieren als Socialdemokraten und haben dadurch bei den Litauern und Masuren gute Erfolge erzielt. Es kommt mir darauf an, daß wir uns den Leuten verständlich machen. Das ist das ganze Geheimnis unserer Agitation in Ostpreußen. Auf das Nationalitätsgefühl brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Mögen das auch die polnischen Genossen thun, dann werden auch sie Erfolge erzielen.

Frau Dieß-Hamburg:

Im Gegensatz zu Braun erlaube ich Sie dringend um Annahme des Antrags. Gerade in den rückständigsten Gegenden ist es notwendig, den Frauen die ungeheuren Schäden zu demonstrieren, die die Jollerhöhung ihnen bringt. Bei der Sammlung der Unterschriften für die Petition haben wir die Erfahrung machen müssen, daß noch bei außerordentlich vielen Männern es schwer ist, um wie viel mehr erst bei den Frauen. Vereinsgesetze hindern uns zu einem großen Teil, die Ausfüllung in Versammlungen zu bringen; um so notwendiger ist ein solches Flugblatt. Dem Genossen Groth kam ich erklären, daß, wenn der Parteitag die Herausgabe des Flugblattes beschließt, daß dann, soweit es im Rahmen eines Flugblattes möglich ist, im allgemeinen also, die Verhältnisse der Landarbeiter mit in Rücksicht gezogen werden sollen. Jetzt gerade ist der geeignete Augenblick für ein solches Flugblatt für die Frauen vom Standpunkt der Hausfrau als Konsumentin und vom Standpunkt der Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Produzentin. An solche Fragen, die tief in das Wirtschaftsleben einschneiden, müssen wir antworten, nicht nur, um die Frauen zu einem Protest gegen den Zolltarif zu entkommen, sondern um das weibliche Proletariat überhaupt für unsre Partei zu gewinnen. (Beifall.)

Schluß der Nachmittags-Sitzung.

(Privat-Telegramm.)

Die Plenardebatte endet mit einer Rede Lebedours, der seinen Standpunkt erneut vertritt. Nach einem Schlußwort Pfauenschuß, der den Fall Kasprjak klarlegt, wird über die Resolution Lebedour zur Tagesordnung übergegangen.

Dem Vorstand wird einstimmig Decharge erteilt. Das Frauenflugblatt wird beschlossen; die übrigen Anträge abgelehnt.

Es folgt die Presse. Ein Antrag, den „Ostpreussischen Volksboten“ in litauischer Sprache herauszugeben, wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiegen, ebenso der Antrag, das parlamentarische Handbuch den Vertrauensleuten zu den Selbstlosen zu überlassen. Der Antrag, den neuen Weltkalender für 30 Pfg. abzugeben, wird abgelehnt.

Hieran schließen sich allgemeine Erörterungen über die Presse, die zu einer noch nicht abgeschlossenen Debatte über das neuere Auftreten Vernsteins führen. Gradnauer legt Verwahrung ein gegen die gestrigen Angriffe Vebels auf den „Vorwärts“ und die Parteipresse! Der Vorstand hätte die Anklage der geschlossenen Sitzungen von vornherein klarer in die Wege leiten sollen! Der „Vorwärts“ hat zu dem Vernsteinschen Vortrage in genügendem Maße Stellung genommen, aber es war kein Anlaß, wegen der gegnerischen Bemerkungen, jenen Vortrag auszunutzen, ihm ein übermäßiges Gewicht beizulegen! Man möge sich zu den Spaltungsversuchen der Gegner weniger nervös verhalten.

Vebel: Es bleibt richtig, daß der „Vorwärts“ erst nach der „Frankfurter Zeitung“ Stellung zu den geschlossenen Sitzungen nahm. Ich habe wiederholt bei der „Vorwärts“-Redaktion Vorwürfen vorgebracht, so in der Willersandfrage. Vernsteins Vortrag hat in der gegnerischen Presse lauten Jubel erregt, da er in Zweifel zog, ob die Partei auf wissenschaftlichem Boden stehe. Da mußte die Parteipresse, und besonders der „Vorwärts“, sich klipp und klar äußern. Ich habe mich gegenüber der Redaktion für Aufnahme einer von Vernstein geforderten Inhaltsangabe seines Vortrages ausgesprochen und Stellungnahme dazu gefordert, es ist aber nicht geschehen. Es ist ein trauriger Zustand, daß den Gegnern nicht mehr scharf auf ihre Angriffe gebient wird. Je unklarer Vernsteins Vortrag war, um so nötiger war es, zu erklären: Damit haben wir nichts zu thun. Erst Singer und Rollenhuhf trühten anfrühteln, aber der „Vorwärts“ hat auch die Resolution Mollenhuhf nicht gebracht. (Hört! hört!) Da ist mir die Laus über die Leber gelaufen. (Sehr richtig!) Auch ohne Liebknecht muß die Redaktion auskommen und zu allen Fragen Stellung nehmen. (Beifall.)

Auf Vorschlag Singers werden alle Anträge mit zur Diskussion gestellt, die sich gegen Vernstein richten.

Duarc bestreitet, daß Vebel auch nur chronologisch recht habe. Sein Blatt habe mit mehreren Parteiblättern vor der „Presf. Ztg.“ Stellung genommen. Vebels Nervosität wird in weiten Parteikreisen nicht geteilt. Die ganze Sache ist des litterarischen Speltakels nicht wert. Hoffmann-Berlin tritt ganz auf Vebels Seite. Die Presfkommission hat wiederholt getadelt, daß nicht über Vernsteins Vortrag berichtet worden. Ich möchte Vernstein zurufen: Lieber Ede, arbeite einmal mit, laß die Quengeleien, die nur die Agitation erschweren. (Bravo!)

Vernstein verteidigt in einstündiger Rede sein Verhalten. Wie kann man von Revisionbestrebungen sprechen, seit ich in Deutschland bin? Von meinen zahlreichen Vorträgen ist nur der im Studentenverein beanstandet worden. Redner giebt eine Darstellung des Inhalts seines Vortrages und bestreitet, daß dieser irgendwie die Agitation schädigen könne. Wie aber behandle man ihn? Zehn Jahre war ich Redacteur des Centralorgans, neun Jahre Mitredacteur der „Neuen Zeit“, und nun wird verbreitet, ich sei ein unwissender, ganz konsumer Mensch. Zur Aufstellung eines neuen Programms, zu dem man mich herausfordert, ist die Zeit nicht gekommen. Doch habe ich nichts von meinen Anschauungen zurückzunehmen. Aber aus der Partei muß und will ich nicht austreten. Auch andre habenwie ich Kritik geübt, aber bleiben in der Partei. Die Berichte der gegnerischen Blätter haben manche Genossen verblüfft. Aber halten Sie fest an dem Grundsatze freier Kritik. (Bravo.)

Heine: Ich halte in Vernsteins Vortrag auch heute noch vieles für falsch. Bei dem Streit handelt es sich um eine verschiedene Auffassung des Begriffes Wissenschaft. Der Kritik darf keine Grenze gezogen werden. Der Eindruck der Studentenversammlung war der, daß ich mir sagte, hier ist —

für die Socialdemokratie Propaganda gemacht worden. Den Herren Rationalsocialen habe ich gesagt, die Hoffnung, daß sich die Partei spalten würde, sei durchaus trügerisch. Wir lieben Vebel seines goldigen Temperaments wegen, aber hier ist Ruhe am Plage und der „Vorwärts“ hatte ganz recht, die Ruhe gegenüber der „Welt am Montag“ zu bewahren. Der neue Versteinsfall ist harmlos. Es handelt sich dabei nicht einmal um Theorie, sondern um die Theorie der Theorie. Die Hauptsache ist die praktische Arbeit. In Bezug auf diese sind wir einig. (Beifall.)

Gradnauer: Vernstein hat, seitdem er in Berlin ist, in Reich und Glied mit den Parteigenossen gearbeitet. Den Vortrag im Studentenverein halte ich für eine Thorheit. Die Kritik Vernsteins hat die Partei nicht wesentlich gefördert. Man darf aber nicht verallgemeinern. In der Diskussion hat eine Form Platz gegriffen, die die Partei viel ärger geschädigt hat als die Kritik Vernsteins. — Wir können nicht mehr ruhig diskutieren. Das hat auch Vebel wieder bewiesen mit seinen leidenschaftlichen Angriffen auf den „Vorwärts“. Jedenfalls bemühen wir uns auch in der Vernstein-Frage objektiv zu berichten. Also keine so allgemeine Anschuldigungen. Wenn auch diesem oder jenem einmal die Stellungnahme des „Vorwärts“ nicht gefällt, so hat der „Vorwärts“ die Gesamtpartei zu vertreten. Da giebt es Meinungsverschiedenheiten und diese müssen in Ruhe und Sachlichkeit geführt werden.

Die weitere Debatte wird vertagt.

Morgen vormittag zunächst geschlossene Sitzung über Preisfinanzen.

Resolution Vebel zum Zolltarifentwurf.

Der Parteitag der deutschen Socialdemokratie zu Lübeck erklärt: Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antecedenten seiner Väter gehegt werden konnten.

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit aufs tödlichste verletzt, wogegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrarierlums und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten und schamlosesten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Ausbeutung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriedualismus; er bedingt ferner mit Notwendigkeit die Verfeindung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolierung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer civilisierten Nation zumuten kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Socialdemokratie protestiert mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutalsten Agrar- und Großunternehmer-Interesse diktierten Tarifentwurf; er richtet an die gesamte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unabweisbarsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Zusbesondere sollten auch die Arbeiterklasse angehörigen Wähler den von ihnen in den Reichstag Gewählten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarif-Entwurf seine Zustimmung giebt, ein Verräter am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Vertreter zu sein.

Es sind ferner noch folgende Anträge und Resolutionen eingelaufen:

97. I. Die Budgetabstimmung ist der Präffien für die grundsätzliche Stellung der Parteien zu dem herrschenden Staats- und Gesellschaftssystem. Da die Socialdemokratie als revolutionäre Partei die kapitalistische Gesellschaft und den bürgerlichen Staat grundsätzlich bekämpft, so beschließt der Parteitag:

Die socialdemokratischen Fraktionen der Parlamente deutscher Staaten sind verpflichtet, das Budget zu verweigern.

Eine andere Stellung kann zulässig sein in Ausnahmefällen, in denen die Ablehnung eines bestimmten Budgets die Annahme eines noch ungünstigeren herbeiführen würde.

II. Die Mitglieder der socialdemokratischen Fraktionen haben sich der Teilnahme an höfischen Deputationen und Veranstellungen zu enthalten.

Socialdemokratischer Verein Mannheim.

101. Der § 2 des Organisationsstatuts ist wie folgt abzuändern:

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Nieder die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht von 7 Personen, das der Parteivorstand beruft. Drei der Mitglieder werden von demjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, drei andre von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Verweigert oder unterläßt der Betroffene innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen nach erfolgter Benachrichtigung durch den Parteivorstand die Bezeichnung der ihm zustehenden Mitglieder des Schiedsgerichts, dann wird sein Ausschluß vom Parteivorstande vollzogen.

(Beif wie früher.)

B. Jungnickel, Dresden-Kleist, Fanghänel, Dresden-Kleist, Zeißig, Niegel, Siedlum, Fuß, Schwedt, Wessing.

102. Der Parteitag erklärt:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einseitige Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disciplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Vernsorganisation in einem von ihnen geführten Kampfe durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündnisse zur Förderung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorerwähnte Lebensprincip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren. Ed. Vernstein und 17 Genossen.

Der nicht genügend unterstützte Antrag 98, vom Wahlverein M. Gladbach gestellt, wünschte die Anstellung besoldeter Agitatoren an Orten, wo es nötig erscheint. Die Anträge 99 und 100 beschäftigen sich mit der Accordmänner-Frage.

Partei-Nachrichten.

Dem Parteitage widmet das Hauptorgan unserer österreichischen Bruderpartei, die „Wiener Arbeiterzeitung“, eine sympathische Begrüßung, in der es heißt:

„Mit Spannungsvollen Interesse wird die gesamte socialdemokratische Arbeiterklasse Oesterreichs, die in der deutschen Bruderpartei das Vorbild einer festgeschlossenen, unvergleichlich schlagfertigen politischen Organisation des Proletariats bewundert, die Verhandlungen des Parteitages verfolgen. Wir rufen dem Lübecker Parteitag unseren Gruß und Glückwunsch zu.“

Hoch die internationale Socialdemokratie!“

Politikliches, Gerichtliches usw.

Was ein Versammlungsleiter in Sachsen wissen muß. Nach dem sächsischen Versammlungs-gesetz bedürfen öffentliche Auf-

und Unzulage der vorherigen polizeilichen Genehmigung. Ohne diese Genehmigung sind die ungesetzlichen Handlungen nicht aufgeföhrt zu werden. Wird das in einer Versammlung gethan, so muß der Vorsitzende dem Redner ohne weiteres das Wort entziehen, und, wenn ihm nicht Folge geleistet wird, die Versammlung auflösen. Thut er das nicht, macht er sich ebenso strafbar wie der Thäter.

In einer Arbeitslosen-Versammlung in Leipzig, die im Februar stattfand, sagte ein Redner: „Wie wäre es, wenn wir zusammen eine gemeinschaftliche Promenade durch die Stadt machten?“ Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Diekmann, hätte nun augenblicklich die genannte respectable Reihe von Erwägungen anstellen und dem Redner das Wort entziehen müssen, um sich nicht strafbar zu machen. Er that es nicht und wer wollte ihm das zum Vorwurf machen, wenn selbst die Behörde bis jetzt, also 7 Monate, Zeit braucht, um ihm einen Strafbefehl über 30 M. zuzudiktieren? Wozu die Behörde 7 Monate braucht, das soll der Versammlungsleiter in weniger als 7 Sekunden durchdenken und danach handeln!

Aus Industrie und Handel.

Der Diskont der Reichsbank ist gestern auf 4 Proz. und der Lombardzinsfuß auf 5 Proz. erhöht worden. Die Maßregel kommt nicht unerwartet, der Privatdiskont war bereits im Steigen begriffen, und folgte die Reichsbank mit der Erhöhung des Diskonts um 1/2 Proz. der Bewegung auf dem Geldmarkt. Der letzte Ausweis der Bank wies zudem eine große Anhäufung des Wechselbestandes auf, in der sich die Ueberpannung des Kredits und die unangünstige Lage der Industrie widerspiegelt. Wesentlich der Einengung dieser künstlichen Kreditentwicklung gilt die Maßregel. Der Stand der Notenreserve dürfte kein Grund für diese Maßnahme gewesen sein.

Bei der großen Unsicherheit des Geldmarktes ist überhaupt eine Erleichterung des Wechselverkehrs eingetreten, der sich heute in der Zurückhaltung der Banken gegenüber allen nicht ganz unzweifelhaft sicheren Wechseln geltend macht. Die Stimmung auf dem Geldmarkt deutet an, daß die Beschränkung begründet erscheint, wonach der Abwärtsbewegung in unserer Geschäftslage noch kein Einhalt geboten ist. Sind die Aufträge für den etwas lebhaften Geschäftsverkehr zum Weihnachtseste erledigt, dann können wir uns auf weitere Zusammenbrüche in der Industrie gefaßt machen.

Deutscher Außenhandel im August. Die Einfuhr im August belief sich auf 4 294 338 gegen 4 552 444 To. im Vorjahr, sie ging also um 318 111 To. zurück. Die Mindeereinfuhr entfällt in erster Linie auf den Rückgang der Steinkohleneinfuhr. Die Ausfuhr im August umfaßte 2 922 389 gegen 2 838 196 To. im Vorjahr, betrug somit 84 253 To. mehr. Eisen zeigt eine Mehr- ausfuhr von 74 283 To., dagegen ließ die Ausfuhr von Steinkohlen um 27 768 To. nach. In den 8 Monaten Januar-August 1901 belief sich die Einfuhr auf 29 354 879 gegen 29 215 675 und 29 060 946 To. in den beiden Vorjahren, daher mehr 139 204 und 278 933 To., die Edelmetall-Einfuhr auf 835 gegen 809 und 693 To. in den Jahren 1900 und 1899. Die Ausfuhr ergab 20 785 476 gegen 21 386 857 und 19 947 084 To. in den Vorjahren, danach gegen 1900 weniger 601 381, gegen 1899 mehr 838 392 To., die Edelmetall-Ausfuhr 250 gegen 233 und 251 To. in den Vorjahren.

Die Kontostatistik für das erste Halbjahr 1901 zeigt ein erhebliches Anwachsen der Ziffern. Die Zahl der angemeldeten Konten stieg von 5217 im Jahre 1900 auf 6175 im Jahre 1901.

Einschränkung des Betriebs in Puddel- und Walzwerken. Die „Köln. Volksz.“ schreibt:

„Mit dem Einstellen von Puddelbetrieben ist bereits seit längerer Zeit begonnen worden. Eine der älteren Firmen in Weidenau hat vor kurzem den gesamten Puddelbetrieb eingestellt. Eine größere Anzahl Hochwalzwerke treffen unter möglicher Beschleunigung Vorkehrungen, ihren Betrieb von den Puddelöfen unabhängig zu machen. Schon werden zur Zeit nur noch wenige Puddelöfen betrieben, und auch diese kommen zur Einstellung, wenn nicht bald eine Besserung in der Geschäftslage eintritt. Das Puddel- und Walzwerk Hg. Schleienbaum und Mattner, Siegen, macht, wie erwähnt, durch Fabrikanschlag bekannt, daß infolge der mangelhaften Lage des Eisengeschäftes der Betrieb mit dem 1. Oktober eingestellt werde. Bei diesem Werke sollen weit über 100 Doppelwaggon Rohschienen auf Lager liegen. Ähnliche Vorräte findet man auch auf anderen Werken.“

Zur Verschärfung der Lage hat das Robeisen Syndikat wesentlich beigetragen, die Preissteigerung von jener Seite hat die ungesunde Geschäftslage geradezu gefördert. So wird berichtet, daß drei luxemburgisch-lothringische Werke monatlich 2000 Tonnen Eisen auf Kosten säumiger Abnehmer veräußern lassen. Das Beträübende ist, daß die Arbeiter unter diesen Umständen am schwersten zu leiden haben. Allorts werden Lohnkürzungen gemeldet, ebenso nimmt die Arbeitslosigkeit fortgesetzt zu.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Modellere und Antrager. Bei der Firma Thiele u. Thiel, Wenderstr. 19, haben am Neubau Wilhelmstr., Zandentstraße, die Kollegen die Arbeit niedergelegt wegen Nichtbeachtung der stündigen Arbeitszeit und des Minimallohnes. Die Firma erklärte durch Inzerat in der „Volks-Zeitung“, daß Obiges nicht wahr sei. Den mit der Firma verhandelnden Kollegen wurde gesagt, daß die stündige Arbeitszeit bewilligt ist, der Minimallohn aber nur demjenigen gezahlt werden könne, welcher denselben verdient. Nun ist aber den Kollegen überhaupt kein Wochenlohn gezahlt, noch angeboten worden, sondern nur Stundenlohn, und zwar in einer Höhe, daß der Minimallohn nicht erreicht werden kann. Richtig in der Behauptung der Firma ist nur, daß nicht alle Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. Zugug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung der Bildhauer.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Bewaltungsstelle Berlin). Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15: Versammlung. Tagesordnung: Erlaywohl zur Agitationskommission der Holzbranche.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung des Verbandes der elsass-lothringischen Buchdrucker-Gehilfen hat bereits zu einem günstigen Erfolge geführt. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen Gehilfen und Prinzipalen einigte man sich in Straßburg und Metz schließlich auf die folgenden Vergleichsvorschläge: 1. Erhöhung des Minimums um 7 1/2 Proz. (die Gehilfen hatten 10 Proz. verlangt) um 25,00 M. auf 27,50 M., die auch den über Minimum entlohten Gehilfen zu gute kommt; 2. Erhöhung der Grundpositionen ebenfalls um 7 1/2 Proz.; 3. Verbesserung der Lohnskala. Bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit mancher „freimütiger“ Zeitungverleger ist die Thatsache, daß die einzige Straßburger Firma, die die Anerkennung der neuen Abmachungen verweigert, die Gebrüder Nibel sind, die Herausgeber der „demokratischen“ „Straßb. Bürger-Zeitung“, in der sie, um Abonnenten in Arbeiterkreisen zu gewinnen, jahraus jahrein mit tönenden Phrasen für die Rechte und Forderungen der Arbeiterschaft eintreten. Der Vertreter der Firma nahm wohl an den Verhandlungen der Vereinbarungskommission teil, beanspruchte für sich sogar ausdrücklich einen Sitz in derselben; als aber das Ergebnis der Verhandlungen nicht seinen Wünschen entsprach, lebte er im Namen der Firma den Beiritt zu den neuen Abmachungen ab. Das Nibelische Geschäft wird infolgedessen durch den Verband gesperrt werden, falls es die „demokratischen“ Herren nicht noch in letzter Stunde vorziehen sollten, sich dem Uebereinkommen zu fügen.

Ausland.

Allgemeine Aussperrung der Flaschenarbeiter Dänemarks. Der Verband der dänischen Flaschenfabrikanten hat am Freitag beschlossen, die Flaschenarbeiter-Aussperrung in Aalborg, die bekanntlich erfolgt ist, weil die betreffenden Arbeiter keine Flaschen für eine

deutsche Brauerei anfertigen wollten, auch auf die Glaswerke von Korhus, Frederiksborg, Hellerup und Rostrup auszudehnen. Die Aussperrung kann aber erst nach 14tägiger Kündigung in Kraft treten.

Da mit der Beendigung des deutschen Glasmacherstreiks auch die Ursache der Aussperrung in Aalborg beseitigt ist, die Unternehmer aber trotzdem die Aussperrung noch ausdehnen, so scheint es sich lediglich um eine Gewaltmaßregel der dänischen Fabrikanten gegen die dortigen Arbeiter zu handeln, wozu das Verhalten der Aalborg-er Glasarbeiter nur die willkommene Gelegenheit bot.

Der östereichische Buchdrucker-Verband hielt vorige Woche in Wien seinen Verbandstag ab. Den hauptsächlichsten Gegenstand der Beratung bildete das neue Unterstützungs-Reglement. Beschlossen wurde eine Verlängerung der Zeit, in welcher Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt wird von 91 auf 100 Tage, die Karenzzeit wurde auf 6 Wochen herabgesetzt. — Dem Verbande gehören 9240 Mitglieder an, die sich auf 15 Vereine in 64 Druckorten verteilen. Die Gesamteinnahmen betragen 23 468 Kronen 42 Heller. Dagegen wurden ausgegeben: für Verwaltung 12 250 Kronen 88 Heller, für Agitation und Organisation 2213 Kronen 7 Heller, für Hochpresse 3000 Kronen 40 Heller, für Rechtschutz 286 Kronen 98 Heller, für Diverse 65 Kronen 20 Heller, zusammen also 17 825 Kronen 48 Heller. Mit dem Bestand vom Jahre 1899 blieb ein Kassenbestand von 13 960 Kronen 68 Heller.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hält hier in der Zeit vom 3. bis 5. Oktober Sitzungen ab, in denen folgende Gegenstände von den nachgenannten Referenten behandelt werden sollen: Die Arbeiterinnenfrage, Elso Lüders; Pflanz- pflege und Begleitung auf das Fürsorgegesetz, Frau Schaaf, die gemeinwohlfähige Erziehung der Geschlechter, Dr. Helene Stöder; Rechtschutzstellen, Dr. Marie Raschke; die politische Erziehung der Frau, Dr. Anita Kugspurg; das Krankenversicherungsgesetz, Dr. Silbermann; die Dienstbotenfrage; Hygiene und Sittlichkeit, Professor Dr. Fiesch. Die Sitzungen finden im Reichstags-Gebäude statt und sind öffentlich. Außerdem ist für den 4. Oktober abends eine öffentliche Kundgebung zum Postamt geplant, wobei Herr v. Gerlach und Frau Dr. Anita Kugspurg reden sollen. Diese wird in der Berliner Ressource in der Kommandantenstraße stattfinden.

Die Frage der Frauen-Organisation in Skandinavien. Wie in dem Bericht kurz mitgeteilt wurde, fand auf dem skandinavischen Arbeiterkongress eine lebhafteste Debatte über dieses Thema statt, hervorgerufen durch die von der Arbeiterkommune Kalmö gestellte Frage: welche andern Mittel, als das Radikalmittel der gewerkschaftlichen Organisation, der Kongress zur Verbesserung der Verhältnisse der Industrie-Arbeiterinnen ausfindig machen könnte? Worauf dann gegen 4 Stimmen und gegen den ausdrücklichen Protest Frau Danielsons eine Resolution angenommen wurde, welche die gewerkschaftliche und politische Organisation als das einzige wirksame Mittel für die Frauen zur Erreichung ihrer Menschenrechte bezeichnet wurde.

Diese Diskussion ist nun in den letzten Wochen in der skandinavischen demokratischen Zeitung „Arbetet“ und dem Stockholmer „Socialdemokraten“ fortgesetzt worden. Frau Danielson ist der Meinung, daß die Frau sich aus mancherlei Gründen nicht so leicht organisieren könne, als der Mann. In vielen Fällen seien auch die Männer gegen die Frauenorganisation eingenommen. Es sei gegen die herrschliche Natur des Mannes, wenn die Frauen zu viel Macht gewännen. Die Hauptschuld liege aber bei der Frau selbst. Sie sei nicht im Stande, eine Aufgabe mit starkem Willen durchzuführen. Sie gäbe jeden Beschluß allzu schnell wieder auf. Das schlimmste sei aber, daß sie viel zu viel an ihre sogenannte natürliche Bestimmung denke. Sie gehe beständig mit dem Gedanken an Heiraten herum und hätte darum keine Zeit, an die Organisation zu denken. Dieser natürlichen und sozialen Hindernisse wegen, meint Frau Danielson, sollten wie Socialdemokraten bezüglich der Frauenfrage weniger „formalistisch und dogmatisch“ sein.

Eine andre bekannte Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung in Schweden, Frau Anna Sterky (Stockholm), führt demgegenüber aus, daß diese Hindernisse keineswegs unüberwindlich seien und die Frauen wohl im Stande seien, sich zu organisieren und durch die Organisation etwas zu erkämpfen, und begründet das mit dem Hinweis auf die Erfolge der Arbeiterinnenorganisation in Dänemark. Nach dem Bericht über die dänische Gewerkschaftsbewegung, der dem skandinavischen Kongress vorgelegt wurde, beträgt die Zahl der organisierten Frauen in Dänemark 7243, davon in Kopenhagen allein 5244. Von allen in der Industrie thätigen Frauen im Lande ist circa der vierte Teil organisiert. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen verleiht sich auf 14 Gewerbe. Im Buchbindergewerbe sowie in der Textil- und Tabakindustrie sind die Frauen sehr gut organisiert. Ein besonderer „Arbeiterinnenverband“ hat allein 1400 Mitglieder in 7 Abteilungen. Dieser Verband hat eine Erhöhung der Löhne in fast allen seinen Abteilungen durchgesetzt, teils durch Unterhandlung mit den Arbeitgebern, oft aber auch durch Streik. Eine seiner Abteilungen, die der Maschinenstrickerinnen, war einer acht Wochen währenden Aussperrung ausgesetzt, die mit einem Siege der Arbeiterinnen endete. Ein weiteres Beispiel geben uns die „weiblichen Herrenschneider“, die eine Abteilung des dänischen Schneiderverbandes bilden. Im Jahre 1899 zählte diese Abteilung bereits 1200 Mitglieder. Es wurde durch einen 14tägigen Streik, an dem alle Mitglieder teilnahmen, sämtlichen Arbeitgebern ein Tarif aufgezwungen, der eine Lohn- erhöhung von 12 Proz. enthielt. Das solidarische Verhalten dieser Arbeiterinnen ist um so höher anzuschlagen, als es sich hier um Heimarbeiterrinnen handelte und nicht eine von ihnen zur Streikbrecherin wurde.

In Schweden, sagt Frau Sterky weiter, stände es zwar bezüglich der Frauenorganisation bedeutend schlechter, aber auch hier müßte es möglich sein, wenn nur genügend agitiert würde, die Hindernisse zu überwinden. In vielen Fällen, wie z. B. bei den Buchbindern, den Tabakarbeitern und Buchdruckern seien die Arbeiterinnen schon verhältnismäßig gut organisiert und die Buchbinderei-Arbeiterinnen Stockholms hätten auch ein besonders anerkennenswertes solidarisches Verhalten bewiesen. Bei vielen anderen Konflikten mit den Unternehmern hätten auch die Arbeiterinnen in Schweden bewiesen, daß sie in Bezug auf Ausdauer und Aufopferungsfähigkeit keineswegs hinter den Männern zurückstehen. — Es verdient hierbei erwähnt zu werden, daß auch bei uns in Deutschland die Buchbinderei-Arbeiterinnen bewiesen haben, daß ihnen die erwähnten Tugenden nicht fehlen. Ramentlich haben sich auch die organisierten Buchbinderei-Arbeiterinnen Berlin bei der vorjährigen Aussperrung durch solidarisches Verhalten ausgezeichnet und die Arbeitgeber haben es schon oft erfahren, wie schwer es ist, bei ihnen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Sociales.

Fabrikinspektor und Unternehmer.

Sie berichten seiner Zeit, daß ein Landgericht in München einen Fabrikinspektor, der dem Fabrikinspektor den Eingang durch das Fabrikthor verweigerte, von der über ihn verhängten Geldstrafe freigesprochen hatte. Das Oberlandesgericht hatte auf die Revision des Staatsanwalts das Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen.

Dieses sprach den Angeklagten jetzt abermals frei mit der Begründung, daß dem Fabrikinspektor nach dem § 139 b Absatz 4 allerdings grundsätzlich das Recht zustehe, alle Eingänge zu dem Betriebe zu bewachen, sofern er hierfür geügend Grund habe. Dr. Bergmann hatte aber nach eigener Angabe keinen Grund hierfür und habe auch zugeben müssen, daß ihm ohne Beeinträchtigung der Revision auch der andre zu demselben Ziele führende

und gleichzeitige Weg freigestanden habe. Eine Verständigung zwischen Direktionsbureau und Fabrik bei Ankunft des Inspektors sei gänzlich ausgeschlossen, da das Bureau der Fabrikleitung abseits vom Wege liegt, so daß von einer Vereitelung oder Verzögerung einer unvermuteten Revision nicht die Rede sein könne.

Nun kann diese Auslegung des § 139 b auch umkehren und sagen, der Unternehmer habe keinen Grund dazu, dem Inspektor den Eintritt durch das Fabrikthor zu verweigern und deshalb ist er schuldig. Zwar hat der Unternehmer in der Verhandlung erklärt, daß er zu seinem Verhalten „triftige Gründe“ gehabt hätte; aber wenn das Gericht überhaupt erst die Frage nach dem Grunde stellt und die Vorschrift des § 139 b nicht ohne weiteres als bindend anerkennt, dann muß es auch in eine Prüfung der Gründe eintreten und feststellen, ob die Gründe wirklich „triftig“ sind. Damit läme es dann auf einen Weg, der dem Fabrikinspektor die Hände bindet. Für diesen genügt es zu gewissenhafter Ausübung seines Amtes, wenn er aus bloßen, zunächst durch keinerlei Thatsachen oder Vermutungen begründeten Mißtrauen alle ihm dienlich erscheinenden Wege einschlägt, eine unvermutete Revision auszuüben. Mißtrauen zu sein, liegt im Wesen seines Amtes; je mißtrauischer er ist, um so sicherer ist er, daß er nicht doch hintergangen wird. Ein solches allgemeines Mißtrauen könnte aber dem Gericht als „Grund“ gewiß nicht genügen. Die einfache Erklärung, er habe „triftige Gründe“, wie sie der Unternehmer gegeben und das Gericht sie ohne Prüfung hingenommen, ist doch sehr billig und bedeutet für eine gerichtliche Feststellung gar nichts.

Das Gericht mußte sich deshalb auf den Standpunkt stellen, daß „Gründe“, von denen ja auch nichts im Besonderen steht, überhaupt keine Rolle spielen können und daß die Vorschrift im § 139 b dem Fabrikinspektor das Recht giebt, ganz nach eigenem Ermessen und ohne jeden weiteren Grund die Fabrik durch jeden beliebigen Eingang zu betreten. Das allein kann auch nur eine entsprechende Ausübung seines Amtes ermöglichen. Hauptsächlich hebt das Oberlandesgericht das Urteil abermals auf und giebt dem Landgericht entsprechende Direktiven.

Gegen die Wohnungsnot will auch der hamburgische Senat einschreiten. Er hat eine Vorlage eingebracht, worin er es als notwendig erklärt, daß der Staat bei der Beseitigung des anerkannten Mangels an kleinen Wohnungen mitwirke. Er schlägt deshalb folgende Maßregeln vor: 1. Ueberlassung von staatslichem Grund und Boden zum Bau kleiner Wohnungen für einen billigen Preis und unter günstigen Zahlungsbedingungen. Ein abschließendes Urteil darüber, ob die Ueberlassung zu Eigentum oder zu Erbbaurecht das geeignete Mittel ist, sei zur Zeit noch nicht möglich. 2. Darlehensweise Vergabe von Baugeldern aus Staatsmitteln unter günstigen Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen. — Es soll in der angegebenen Weise für den Bau von etwa 1000 bis 1500 kleinen Wohnungen gesorgt werden. 3. Erleichterungen in Beziehung auf die Grundsteuer. 4. Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften. 5. Abänderung der Vorschriften über Herstellung von Wohnhöfen.

Kühner über diese merkwürdige Art von Wohnungsreform liegt zur Zeit noch nicht vor, es scheint aber nach alledem die Annahme gerechtfertigt, daß dabei für die Wohnungsbedürftigen gar nichts herauskommen wird, eher etwas für die Bauunternehmer. Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften wird wohl Verschlechterung der Beschaffenheit der Wohnungen bedeuten.

Geriichts-Beitung.

Polizeizustände in Spandau.

Polizeibeamte in Spandau beleidigt und diese durch eine bei der Staatsanwaltschaft eingereichte Anzeige wissenschaftlich falsch der Körperverletzung, des Mißbrauchs der Amtsgewalt, der Sachbeschädigung und Freiheitsberaubung beschuldigt zu haben, wurde dem Maurer Gryga und dem früheren Redacteur des in Spandau erscheinenden Wochenblattes „Die Laterna“, Cigarrenarbeiter Pieper aus Spandau, zur Last gelegt. Nach den Angaben des Angeklagten Gryga ist diesem bei seiner im Juni vorigen Jahres aus nichtigen Ursachen erfolgten Arretierung auf der Polizeiwache übel mitgespielt worden, so daß er mit geschwollenem Gesicht, zerstoßenen Schienbeinen und zerfissener Kleidung am andern Tage aus dem Gewahrsam entlassen worden sei. Das Fehlen eines Beutels mit 15 M. Inhalt löme er sich ebenfalls nicht erklären. Des Nachts über sei er in eine Kellerraele eingesperrt worden, wobei er von Polizisten geschleift worden sei. Diese Sachlage hatte der zweite Angeklagte nach vorhergegangener Erkundigung in seiner Zeitung veröffentlicht, worauf gegen ihn ebenfalls Anklage erhoben wurde. Zwei Verzte hatten übrigens den Zustand des Angeklagten nach seiner Entlassung aus der Haft begutachtet.

Unter den Aussagen der Zeugen sind namentlich die der Polizeisergeanten Böhm und Radich bemerkenswert. Diese bestritten, G. mißhandelt zu haben, die Felle, in die er gebracht wurde, sei eine solche zu ebner Erde gewesen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lieblincht, betonte, daß die Beamten in einer früheren Verhandlung gegen G. das Vorhandensein von Jellen im Kellergeschoß überhaupt bestritten hätten. Die beiden Zeugen behaupten dagegen, gar nicht darnach gefragt worden zu sein. Daraufhin stellte der Verteidiger den Antrag, sämtliche Richter, die in den früheren Prozessen gegen G. amtiert hatten, zu ihrer Vernehmung über diesen strittigen Punkt zu laden. Außerdem beantragte der Verteidiger einen Gerichtsbeschuß darüber herbeizuführen, ob an die Beamten Fragen gestellt werden dürfen über erlittene Disziplinarstrafen, womit dargehan werden sollte, welche Glaubwürdigkeit den Zeugen beizumessen sei und ferner konstatiert werden sollte, ob solche Strafen erfolgt seien wegen Reizung zu Gewaltthätigkeiten. Solche Fragen können nach Ansicht des Gerichts von den Beamten nur mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde, des Oberstgerichtmeisters Köhler, beantwortet werden. Der sofort als Zeuge vernommene K. äußerte keine Bedenken hiergegen, so bald die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werde. Einem entsprechenden Antrage des Staatsanwalts trat das Gericht trotz lebhaftesten Widerspruches des Verteidigers bei.

Nach Herstellung der Oeffentlichkeit wurde dem erwähnten Antrage des Verteidigers, die Richter voriger Instanz zu laden, vom Gericht beigetreten; ebenso sollen diejenigen Mitglieder der Gerichtscommission zu einem späteren Termin vorgeladen werden, welche seiner Zeit an Ort und Stelle eine Lokalbesichtigung vorgenommen und mit Wähe derartige Jellen im Kellergeschoß zu Gesicht bekommen haben.

Der Termin wurde aus diesen Gründen nach vierstündiger Verhandlung verlegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Typhusepidemie.

Worum, 22. September. (W. S.) Die Typhusepidemie in Gelsenkirchen hat einen enormen Umfang angenommen. In den Kronenläufern liegen etwa 250 Kranke, es kamen bereits mehrere Todesfälle vor. Die Epidemie griff auf die Nachbargemeinden Uedersdorf und Bismarck über.

Bremen, 23. September. (W. S.) Der Buchhalter Döring der hiesigen „Neuen Sparkasse“, welcher, wie „Vösmanns-Bureau“ meldet, im Verdacht steht, derselben ca. 75 000 Mark veruntreut zu haben, wurde verhaftet. Die Veruntreuung soll lange Jahre zurückreichen.

Ropenhagen, 23. September. (W. S.) Die große Feuersbrunst in Skallundborg dauerte um 6 1/2 Uhr abends in ununterbrochener Stärke fort. Ueber 20 Gebäude sind niedergebrannt. Die ganze Stadt ist bedroht.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Lübeck, den 22. September.

Vorversammlung.

Im Vereinshaus, dem Eigentum der Lübecker Genossenschaftsbäcker und damit der Arbeiter Lübecks, traten heute abend um 7 Uhr die Delegierten zur Vorversammlung zusammen. Der herrliche weitgeräumige Saal machte in seinem schlichten Weiß, das nur durch diskrete Goldlinien belebt wird, den festlichsten Eindruck, zumal wenn ihn die Massen wie heute füllten. Auf den breiten Galerien und im Hintergrunde des Saales drängten sich die Lübecker Arbeiter, um der Eröffnung des Kongresses beizuwohnen. An vier langen gedeckten Tafeln haben die Delegierten Platz gefunden. Die Bühne zeigt geschmackvollen Schmuck. Eine Kolossalbüste Lassalles hebt sich aus einem grünen Vorberhang gegen eine rote Draperie wirkungsvoll ab. Links und rechts stehen im Halbkreis die bunten mit Seidenstreifen geschmückten Banner der Lübecker Gewerkschaften. Die Parteiflagge hängt der Bühne gegenüber von der Galerie herab; sie ist im Jahre 1877 „den Socialisten Lübecks von den Arbeiterfrauen und -Mädchen“ der alten Hansstadt gewidmet. An den Galerien erinnern kleine Bannerschilder an alle Parteitage seit Fortfall des Socialistengesetzes. Die Mednertribüne, rot und weiß drapiert, steht unmittelbar vor dem Podium mit den rotbehangenen Tischen, die für das Präsidium bestimmt sind. Um 7 Uhr 10 Minuten betritt

Schwarz-Lübeck das Mednerpodium und übermitteln den Delegierten die herzlichsten Grüße der Lübecker Parteigenossen. Sie stehen hier gerade nicht auf einem parteihistorischen Boden, aber seit 1866 gehören die Lübecker Genossen doch schon zur Partei und haben in Glück und Unglück zu ihr gehalten. Wir sind uns der Ehre bewußt, den Parteitag in unseren Mauern tagen zu sehen. Wir geben Ihnen das Versprechen, die Prinzipien der Partei stets hoch zu halten. (Beifall.) Wir haben mit Jubel damals den Einigungsbeschluß in Gotha begrüßt, wir hielten eine einzige Partei für eine Notwendigkeit. Wir Lübecker werden uns bestreben, Ihnen die Lübecker Tage so leicht und angenehm wie möglich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift darauf

Bebel:

Parteigenossen! Ich glaube, im Namen aller Delegierten und unsrer Gasse sprechen zu dürfen, wenn ich unsrem Genossen Schwarz für die freundlichen Begrüßungsworte, die er soeben an uns richtete, den herzlichsten Dank ausspreche. (Beifall.) Als wir im vorigen Jahre in Mainz den Besuch suchten, dieses Jahr in Lübeck zu tagen, waren wir der festen Ueberzeugung, daß unsre Lübecker Genossen alles aufbieten würden, um uns den Aufenthalt hier nach jeder Richtung hin so angenehm wie möglich zu machen. Und wenn wir auch heute, wo wir erst wenige Stunden und zum erstenmal hier vereinigt sind, noch nicht viel davon gesehen und gehört haben, so glaube ich doch, daß allein schon dies freundliche und prächtige Lokal ein außerordentlicher Beweis dessen ist, was wir von Seiten unsrer Lübecker Genossen zu erwarten haben. Ein schöneres Lokal haben wir kaum jemals gehabt, und das es aus der eigenen Kraft der klassenbewußten Arbeiter geschaffen wurde, das ist das großartigste. (Lebhafter Beifall.) Schwarz hat gemeint, wir ständen hier auf keinem parteihistorischen Boden; aber wir stehen auf historischem und zwar auf althistorischem Boden. Jeder, der hier die Stadt zum erstenmal betreten hat, hat den Eindruck gewonnen, daß wir uns hier in einer alten deutschen Stadt befinden, und zwar in einer alten deutschen Stadt, in der das Bürgertum mit als erstes seine Unabhängigkeit gegen Unterdrückung der Fürsten eroberte. Von Fürsten gegründet, dauerte es nicht lange, daß es das fürstliche Joch abschüttelte und ein neues Gemeinwesen auf bürgerlicher Grundlage bildete. Aber auch da nicht auf allgemeiner gleicher Grundlage; die Klassenherrschaft hat das alte Lübeck in reichlichem Maße von Seiten seiner Patrizier zu gemessen bekommen. Vergeblich waren seine Versuche, das Patrizierjoch abzukütteln, das erste Mal im vierzehnten, das zweite Mal im sechzehnten Jahrhundert für Zeit der Reformation. Auch hierbei zeigt es sich, daß auch religiösen Bewegungen politische und soziale Interessen zu Grunde liegen. Als Bugenhagen die Reformation predigte, fand er nur bei den Unterdrückten und Abhängigen Anhang; die Patrizier blieben lutherisch, das gemeine Volk wurde protestantisch. Vergeblich alle Versuche — die ganzen Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag hat das Patriziat seine Herrschaft zu behaupten gewußt. Wie sehr, dafür spricht, daß trotzdem unsre Genossen wie auch in den andern beiden freien Städten Deutschlands ihre Vertreter in den Reichstag geschickt haben, es noch im vorigen Jahre trotz ihrer ausgezeichneten Organisation und ihres großen Opferwillens ihnen nicht möglich war, einen Genossen in die Bürgerschaft hineinzuwählen. Und wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, dann brauche ich nur das Wort „Streitverordnung“ anzuschreiben (Stürmische Kundgebungen), mit der der Lübecker Senat ja glücklicherweise beim Reichsgericht abgefahren ist. (Heiterkeit.)

Aber die Klassenherrschaft hat unsre Genossen hier in Lübeck nicht abhalten können, zu arbeiten und zu agitieren und es dahin zu bringen, daß die alte freie Reichsstadt Lübeck eine Hochburg der Socialdemokratie geworden ist. Wohl datiert diese Arbeit erst seit 1866, aber eine so junge Partei wie die deutsche Socialdemokratie kann sie ohne zu ihren Ältern zählen. Ihr Parteigenossen von Lübeck hat die Schicksale der Gesamtpartei miterlebt. Ihr habt, als ihr zum erstenmal 1871 in den Wahlkampf tratet, das gesamte Bürgertum zum Zusammengehen gegen Euch gebracht. Ihr seit in die Höhe gegangen, bis unter dem Ältestenrat 1878 der Niedergang kam; Ihr habt dann den Auffschwung von 1884 mitgemacht und 1890 zum erstenmal Schwarz in den Reichstag geschickt. Der Wahlkreis ging ja 1893 wieder verloren, aber 1898 habt Ihr ihn wieder erobert und wir sind fest überzeugt, verlieren werden wir Lübeck nie mehr. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, wir sind hier zu ernstlichen Beratungen zusammengekommen. Schwere Tage stehen uns bevor. Wir haben Stellung zu nehmen zu einer Reihe allgemeiner wichtiger Fragen, die augenblicklich das allgemeinste Interesse weit über die deutsche Bevölkerung hinaus in Anspruch nehmen. Wir werden auf der andern Seite wie stets auf unsren Parteitagen auch interne Angelegenheiten zu behandeln haben. Es sind Fragen — wir wollen es nicht verschweigen — wo die Geister scharf auf einander schlagen werden; aber ich setze es als selbstverständlich voraus, daß, wer hier seine Meinung äußert, es in vollster objektiver Ueberzeugung thut und in der festen Absicht, der Allgemeinheit zu nützen. Wenn das geschieht, dann können wir getrost dieses Meinungskampfs entgegengehen, dann können wir überzeugt sein, daß auch dieser Parteitag der Gesamtpartei als solche und dem gesamten klassenbewußten Proletariat von Nutzen sein wird. (Stürmischer Beifall.)

So erkläre ich hiermit namens des Vorstandes der Partei den zwölften Parteitag seit Untergang des Socialistengesetzes für eröffnet. Es wird zur Urwahlwahl geschritten.

Als Präsidenten mit gleichen Rechten werden Singer und Schwarz durch Zufall gewählt.

Singer dankt dem Parteitag herzlich für das erwiesene Vertrauen. Auch auf diesem Parteitag werden wir unsre Ehre darin setzen, im Dienst des Parteitag zu stehen. Wir können unsre Arbeiten nicht besser beginnen, als mit dem Rufe: Hoch die deutsche Socialdemokratie! (Die Versammelten erheben sich von den Plätzen und stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein.)

Zu Schriftführern werden durch Zufall gewählt: Braun-Königsberg, Quard-Frankfurt a. M., Kohnig-Wodum, Wobner-Berlin, Hildenbrand-Stuttgart, Rudolph-Rürnberg,

Sindermann-Dresden, Feldmann-Langenbiefau und Fräulein Vaader-Berlin.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Leuter-Kpolda, Düwels-Essen, Reutrich-Breslau, Landgraf-Chemnitz, Pfeiffer-Mannheim, Böhle-Strasburg, Knieriem-München, Frau Steinbach-Hamburg und Schubert-Schöneberg.

Die Zeit der Tagung wird festgesetzt auf vormittags von 9—1 und nachmittags von 3—7 Uhr.

Die Geschäftsordnung bleibt dieselbe wie auf den letzten Parteitagen.

Es folgt die

Festsetzung der Tagesordnung.

Singer: Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, in Anbetracht der Wichtigkeit der Vollarisvorlage und mit Rücksicht auf den volksfeindlichen Inhalt dieses Entwurfs auf die Tagesordnung unseres Parteitags auch die Frage Vollaris und Handelsverträge zu setzen und den Genossen Bebel als Referenten dafür zu bestellen. (Zustimmung.)

Der Parteitag ist damit einverstanden. Die Anträge

5, 7, 8, 9, 10 und 11

sind dadurch hinfällig geworden.

Singer: Ich habe weiter folgende Erklärung abgegeben: Die Thatsache, daß der Parteivorstand dem Parteitag vorschlägt, zur Besprechung der Presse, Litteratur und des Kolportagesewesens eine

geschlossene Sitzung

abzuhalten, hat in der Partei sowohl in der Presse wie in Versammlungen manchen Widerspruch erfahren. Ich bin beauftragt, namens des Vorstandes hier zu erklären, daß der Vorstand diese Angelegenheit in geschlossener Sitzung nur insoweit verhandeln will, als es sich um rein finanzielle geschäftliche Angelegenheiten über die Art und Organisation des Betriebs der Presse und Litteratur handelt. Der Vorstand ist der Meinung, daß jede Kritik des sachlichen Inhalts und jede Kritik der Haltung der Presse, kurzum, alles was nicht Bezug hat auf die rein finanzielle und geschäftliche Verbreitung der Presse, nach wie vor in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln ist, denn von allem, was die Partei als solche in ihrer politischen und wirtschaftlichen Agitation angeht, hat sie niemals etwas zu verheimlichen, das kann sie immer öffentlich verhandeln. (Beifall.)

Son den gegen die Abhaltung geschlossener Sitzungen gerichteten Anträgen erhält nur der Antrag 14 (Breslau) die geschäftsordnungsmäßig ausreichende Unterstützung.

Dr. Quard-Frankfurt a. M. Es ist ja eigentümlich, daß sich kein Breslauer zur Verteidigung des Antrags erhebt. (Auf: Sind noch nicht da.) Sie konnten sich aber sagen, daß ihr Antrag in der Vorversammlung zur Erörterung kommen würde. Der Breslauer Beschluß ist offenbar zu einer Zeit gefaßt worden, wo die Erklärung Singers noch nicht vorlag. Diese Erklärung hätte wohl die Breslauer Genossen veranlaßt, manches aus der Begründung ihres Antrages zurückzustellen, was sie sonst gesagt haben. Ich bin jedenfalls in dieser Lage.

Zimmerhin vermissen ich auch jetzt noch die Begründung dafür, weshalb auch bloß für die finanziellen Dinge in Litteratur, Presse und Kolportage der Ausschluß der Öffentlichkeit notwendig ist. Jedenfalls wird der Wunsch rege, diese Gründe hier zu hören. Sie können in öffentlicher, oder in für kurze Zeit geschlossener Sitzung vorgetragen werden. Der Vorstand kann doch nicht verlangen, daß wir ihm blindlings, ohne Gründe zu hören, folgen. Zweitens aber habe ich das Bedenken, selbst wenn jetzt Gründe dafür angeführt werden könnten und für diesen Specialgegenstand diesmal die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, daß durch diese geschlossene Sitzung ein Präjudiz geschaffen wird für künftige Fälle. (Sehr richtig!) Wir wissen alle, daß in unsrer Partei schwere Kämpfe zwischen Socialdemokraten unter sich vorgekommen sind. Ich will nicht unterzählen, mit welchen zum Teil sehr ählichen Mitteln dabei gekämpft worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Dinge wieder vorkommen. Wir sind alle keine Engel und je größer der Rahmen unsrer Partei wird, desto größer wird die Möglichkeit dazu. Wir müssen deshalb erwägen, ob die in dieser Absicht beantragte geschlossene Sitzung nicht die Handhabe giebt, bei gefährlicheren Gelegenheiten auf diesen Vorgang zurückzugreifen. Dies Präjudiz kann zum Mißbrauch führen. Sie werden mir erwidern: Dagegen scheidet uns das demokratische Bewußtsein der Delegierten. Aber es hot uns in der Vergangenheit nicht geschützt. Ich erinnere an die Zeiten des Herrn von Schweiger. Da wandten die beiden Richtungen nicht gerade die schönsten Mittel gegen einander an. Wir haben heute nicht zwei Richtungen, aber doch Gruppirungen in der Partei. Von gewisser Seite ist, wie ich meine mit Unrecht, von Ausschluß gesprochen worden. Deshalb ist natürlich nicht eine Spaltung zu erwarten. Auf so lächerliche Finten sollten unsre Gegner verzichten.

Es ist mit einer gewissen Geringschätzung davon gesprochen worden, daß man nicht mit den alten Gründen in der Verhinderung der geschlossenen Sitzung kommen solle, wir seien eine Partei der Öffentlichkeit etc. Ich möchte mir meinen Idealismus doch nicht ganz nehmen lassen. Ueber gewisse Grundforderungen auch in Geschäftlichen darf so nicht hinweggegangen werden. Man darf nicht die Praxis allein ansprechen und hinweggehen über den begeisterten Kern. Erheben Sie es nicht gering ein, wenn die Massen mit Stolz sagen können: Nie ist es bei uns vorgekommen, daß etwas hinter den Coulissen bei geschlossenen Thüren erledigt worden ist.

Bebel: Quard scheint nach seiner Rede doch geneigt zu sein, sein Genossen zu beruhigen, wenn er vom Vorstand eine deutlichere Auskunft erhält. Freilich hat er auch davon gesprochen, wir sollten uns unsren Idealismus bewahren, sonst ließe der Partei Gefahr. Wenn das aber wirklich der Fall wäre, dann hätte die Socialdemokratie in den ersten 15 Jahren ihres Bestandes überhaupt keinen Idealismus besessen. (Sehr gut!) Von 1863—1878 haben wir alljährlich beim Allgemeinen deutschen Arbeiterverein sowohl wie bei den Eisenachern geschlossene Verhandlungen gehabt, und sie haben uns nicht geschadet; das zeigt der gewaltige Aufschwung unsrer Partei. Quard spricht von gefährlicher Präjudiz. Aber der Parteitag ist souverän. Er kann auch während der geschlossenen Sitzung beschließen, die Öffentlichkeit wieder herzustellen. Quard kann es jeden Augenblick beantragen, wenn er Gefahren kommen sieht. (Heiterkeit.) Was der deutsche Reichstag bei der lex Heinze auf unsren Antrag beschloß hat ohne Gefahr für sein Renomme, das kann wohl der socialdemokratische Parteitag auch einmal riskieren. Um was handelt es sich denn? Um reine Geschäftsangelegenheiten. Eine Erklärung wird gefordert; nun, hören Sie doch das Referat und find Sie mit ihm nicht einverstanden, dann können Sie ja die Öffentlichkeit beschließen.

Ich glaube noch auf etwas aufmerksam machen zu müssen. In diesem Frühjahr sind gegen unsre Partei auf Grund gewisser Vorgänge alle möglichen Angriffe, Verpötnungen und Verhöhnungen der blutigsten Art gemacht worden, und die Parteipresse, das Centralorgan eingeschlossen, hat dazu geschwiegen, als wenn sie keine Augen und Ohren hätte. Auch als der Vorschlag von unsrer Seite kam, scharf zu sein. Da kam der Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“, die Socialdemokratie gerate auf böse Abwege, ein Wendepunkt trete ein und da auf einmal entstand in unsrem eignen Lager ein gewaltiges Gegerader und Geheire. Ohne den Artikel der „Frankfurter Zeitung“ wäre die ganze Pressehege nicht gekommen, darüber wollen wir uns nicht täuschen. Es muß ausgesprochen werden, daß auf die Haltung unsrer Parteipresse die bürgerliche Presse einen viel größeren Einfluß hat, als es sein sollte. Es handelt sich um rein geschäftliche Dinge, mit denen die finanziellen Angelegenheiten eng zusammenhängen. Dabei wird über Persönlichkeiten und lokale Vorkommnisse gesprochen werden müssen, die nach unsrer Meinung in den letzten Jahren die Partei schwer geschädigt haben. Diese Dinge in Parteipresse und Parteilitteratur wollen wir einmal in geschlossener Sitzung ohne Hehl und Scheel erörtern, um diese Uebel,

die in den letzten Jahren herausgewachsen sind, zu beseitigen. Der Antrag ist im Vorstand bereits im vorigen Jahre gestellt worden; damals hat man aus Gründen, die ich jetzt nicht erörtern will, davon abgesehen. Jetzt sind noch neue Uebelstände hinzugekommen und ich bitte dringend, nehmen Sie unsren Antrag an. Die Haltung der Parteipresse oder einzelner Parteigenossen in Bezug auf Taktik und Prinzip hat mit dem, was in der geschlossenen Sitzung erörtert werden soll, nichts zu thun. Hier handelt es sich nur um geschäftliche Dinge und ich sage noch einmal, Sie sind souverän und können jeden Augenblick einen Beschluß, den Sie jetzt fassen, wieder aufheben. (Beifall.)

Frau Dr. Luxemburg: Ueber den Vorschlag des Parteivorstandes war ich sehr überrascht; ich bin sonst gewöhnt, daß unsrer Vorstand seinen großen Einfluß und seine Kraft darauf verwendet, unsre altbewährten Prinzipien und Gepflogenheiten in jeder Beziehung aufrecht zu erhalten und in diesem ehrenden Sinne Konserbatio zu wirken. Nun sehe ich ihn mit jugendlichem Uebermut und eine wichtige Keuerung vorschlagen. Bis jetzt habe ich aber weder aus den schriftlichen Erklärungen des Vorstandes, noch aus der mündlichen Erklärung von Bebel ausreichende Gründe dafür herausgehört können. Man sagt, wir wollen bestimmte wichtige finanzielle und technische Fragen unter einander besprechen, und wir halten es nicht für nötig, daß die bürgerliche Presse diese Debatten in alle Welt hinaussträgt und ihre Glossen dazu macht. Nun, ich glaube, wir waren bis jetzt allen diesen Unannehmlichkeiten im reichsten Maße ausgesetzt, und wir sind daran nicht zu Grunde gegangen. Bebel beruft sich auf geschäftliche Vorgänge aus dem 60er und 70er Jahren, aber erstens waren wir damals nicht eine so große Partei wie heute, und zweitens, wozu wäre der Fortschritt da? Wenn wir einmal den Schritt von den geschlossenen Sitzungen zur vollen Öffentlichkeit gemacht haben, wozu sollen wir diesen Fortschritt rückgängig machen? Wir waren bis jetzt von allen politischen Parteien die einzige, welche alle ihre Angelegenheiten auf offenem Marktplatz verhandeln konnte, ohne sich der Thatsachen, auch auf finanziellem Gebiete, schämen zu brauchen. Das war für uns sehr wichtig und ließ sich sehr gut agitatorisch ausnutzen, und ich glaube nicht, daß wir aus den bisher angeführten Gründen auch auf diesen agitatorischen Vorzug verzichten dürfen. Ich glaube, Sie sind mit mir der Meinung, daß wohl der schönste Augenblick auf allen Parteitagen derjenige ist, wo Singer das Wort zur Schlussrede ergreift (Heiterkeit) und mit berechtigtem Stolz sagt: Man zeige mir diejenige Partei, die im Stande wäre, einen solchen heftigen Meinungskampf im vollen Licht der Öffentlichkeit auszukämpfen. Wir müßten sehr wichtige Gründe haben, um unsren unvergleichlichen Vorgesetzten um die schönste Stelle seiner Schlussrede und uns um den gemüthlichsten Moment des Parteitages zu bringen. (Große Heiterkeit.) Wir wollen lieber auch in dieser Beziehung die Alten bleiben.

Ein Antrag Grünwald-Erfurt, über die Frage der Abhaltung geschlossener Sitzungen in einer geschlossenen Sitzung zu beraten, wird außer von dem Antragsteller nur noch von Kautsky und Kiesel-Berlin VI unterstützt.

Thiele-Galle: Den Worten Bebel's, daß wenn auch die Geister heftig aufeinanderprallen, wir doch alle im Interesse der Partei arbeiten, stimmen wir wohl alle bei. Wir glauben auch, daß der Vorschlag des Vorstandes im Interesse der Partei erfolgt und deshalb haben wir ihn reichlich zu prüfen. Was soll denn in geschlossener Sitzung beschlossen werden? Daß es notwendige Blätter giebt, wissen wir, daß vieles besser werden muß, wissen wir auch, aber soll das durch einen Beschluß erreicht werden? Das ist unmöglich. Die Gründe Bebel's sind für mich nicht durchschlagend, das Wort Principis obsta gilt auch hier. Allerdings sehe ich nicht auf dem Boden der Vorrede, daß wir die altbewährten Prinzipien auch hier hochhalten müssen; mich kümmert auch nicht das Geschrei der bürgerlichen Presse. Für mich ist nur maßgebend das innere Bewußtsein. Der Vorwurf, den Bebel gegen die Parteipresse erhoben hat, ist nicht berechtigt; unsre Partei ist nicht erst durch den Artikel der „Frankfurter Zeitung“ aufmerksam gemacht worden.

Frohme: Am meisten hat mich die Bemerkung überrascht, daß wir einem Princip etwas vergeben, wenn wir dem Vorschlag des Vorstandes folgen. Diese Art und Weise, willkürlich Principien zu konstatieren, kann mir nicht imponieren. Es handelt sich um kein Princip, und daß die Partei bisher alles öffentlich verhandelt hat, so folgt daraus weder principieell noch tactisch, daß wir verpflichtet sind, dies auch in allen andren Fällen zu thun. Für mich liegt die Sache ganz einfach. Der Parteivorstand spricht den Wunsch aus; welche Thatsachen ihn dazu bestimmt haben, bin ich nicht in der Lage zu ermesen, aber das muß ich sagen: wenn ein Parteivorstand wie der unsrige mit einem, wie man gesagt hat, so abnormen Anstalten an uns herantritt, so muß ich als ehrlicher und wohlmeinender Genosse zugestehen, daß die Mitglieder des Vorstandes wohl ihre guten Gründe dazu gehabt haben. (Sehr wahr!) Glauben Sie wohl, der Parteivorstand würde sich so ohne weiteres der Gefahr einer Vlamage anschließen, die entstehen könnte, wenn sich erweisen sollte, daß sein Vorschlag überflüssig war und daß er keine Gründe dafür hatte? Nein, in dem Augenblick, wo der Vorstand sich dafür äußert, daß nach seiner Meinung eine geschlossene Sitzung notwendig sei, steht es eigentlich schlichterweise keinem an, dem zu widersprechen. Erweist sich, daß der Vorstand geirrt hat, so fallen die Folgen auf diejenigen zurück, die jetzt den Vorstand bilden. Man hat gesagt, die geltend gemachten Gründe reichen nicht aus, um die Notwendigkeit zu erweisen. Für mich ist die Thatsache, daß der Vorstand es als notwendig erachtet, so zu verfahren, an sich Grund genug, denn wenn wir auf die Gründe des weiteren eingehen wollten, so eröffnen wir doch lieber die Debatte über das, was wir in geschlossener Sitzung zu beraten für nötig halten. (Sehr wahr!) Haben wir als Vertreter der socialdemokratischen Partei denn hier eine andre Stellung einzunehmen, als sie grundsätzlic und tactisch jeder Wahlverein einnimmt? Gält einmal ein Wahlverein zur Besprechung innerer Angelegenheiten eine geschlossene Sitzung für nötig, dann fällt es keinem vernünftigen Menschen ein, zu sagen: Das darf er nicht. Nein, aber hier kommt man her und begründet mit Worten Bernunft und Princip das, was weder vor Bernunft noch vor Princip bestehen kann.

Goß-Hannau: Daß der Vorstand triftige Gründe gehabt hat, ist selbstverständlich, es fragt sich nur, ob auch wir diese Gründe für triftig halten. Daß der Vorstand durchaus nicht über alles richtig informiert ist, hat ja Bebel in seiner Erwiderung bewiesen; es stimmt nicht, daß die Genossen erst durch den Artikel der „Frankfurter Zeitung“ aufmerksam gemacht sind. Wir haben unsren Parteigenossen, die uns hierher delegiert haben, Rede und Antwort zu stehen und zwar in voller Öffentlichkeit.

Ein Schlußantrag, den Bartels-Lübeck begründet, wird angenommen.

Der Antrag des Parteivorstandes wird mit der von Singer zu Beginn der Diskussion gegebenen Einschränkung mit großer Mehrheit angenommen.

Singer: Der erste Punkt der Tagesordnung ist damit festgelegt. Es ist ein Antrag eingegangen von Müller-Hamburg und Genossen, die Angelegenheit der

Hamburger Accordmurer

als Punkt drei der Tagesordnung nach dem Bericht der Controlure gesondert zu behandeln und hierfür Auer als Referenten, Wömelburg-Hamburg als Korreferenten zu bestellen. Ich mache Ihnen den Vorschlag, die Hamburger Streibroscher-Angelegenheit im Rahmen des Vorstandsberichts aber gesondert für sich zu behandeln.

Müller-Hamburg: Unser Antrag spricht für sich selbst. Es handelt sich um eine Frage, die die gesamte Arbeiterschaft sowohl

in politischer wie in gewerkschaftlicher Richtung in hohem Grade interessiert, aber die in der Gesamtbewegung — das hat die Diskussion in der Presse gezeigt — noch nicht genügende Klärung geschaffen ist. Eine solche Klärung ist aber absolut notwendig, und das ist nur in einer sachlichen, aber sehr eingehenden Diskussion möglich. Bei dem Vorschlag Singers fürchten wir, daß die Frage mit anderen Fragen, die auch im Vorstandsbericht behandelt werden, leicht verquickt werden könnte. (Auer: Rein, das soll sie ja nicht.) Deshalb fordern wir auch, daß Auer als Vorsitzender des Schiedsgerichts und Bömelburg als der mit der Sache vertrauter Vorsitzender der Centralorganisation referieren, damit Klarheit in der Gesamtbewegung hierüber geschaffen wird.

Singer: Ich stelle das Mißverständnis richtig: ich habe ausdrücklich vorgeschlagen, den Punkt zwar im Rahmen des Vorstandsberichts, aber gesondert für sich zu behandeln. In den Rahmen des Vorstandsberichts gehört er, weil ja der Vorstand selbst über diesen Punkt bereits Mitteilungen gemacht hat. Ueber die Referentenfrage werde ich natürlich einen Beschluß des Parteitages herbeiführen.

Stadthagen: Gerade weil ich eine wirkliche objektive Klärung wünsche, lehne ich den Antrag betreffend die Referenten ab. Eine objektive Klärung, die von Personen gegeben wird, die Partei sind, ist mir nichts. Bömelburg ist Partei, und wenn Sie ihn zum Referenten machen, dann müssen Sie zum mindesten einen Vertreter der Accordmurer, denen, wie es heißt, das Hamburger Parteiorgan vollkommen verschlossen gewesen ist, als Korreferenten zulassen.

Fischer-Verein: Ich bin gegenständlich. Daß die Accordmurer im „Hamburger Echo“ nicht zum Wort gekommen sind, ist eine Begleiterscheinung des ganzen Streits, das kann im Laufe der Diskussion geklärt, gerügt bezw. verteidigt werden. Die Sache liegt ganz anders, als daß hier ein paar Hauptkampfpunkte Referent und Korreferent sein sollen. Es ist ein Punkt, zu dem 22 Anträge gestellt sind; da ist es ganz selbstverständlich, daß die streitenden Parteien den Sachverhalt kundig darstellen durch Referenten und Korreferenten. Aber hier liegt eine Beschwerde an den Parteitag vor; der Schiedspruch hat Rechtskraft erlangt bis zur Beschwerde an den Parteitag. Da ist es logisch, daß die Beschwerdeführer als Referent auftreten und uns die Gründe angeben, warum sie mit dem Schiedspruch nicht einverstanden sind. (Sehr richtig!) Also ich beantrage das Amendement zu dem Antrag Müller, daß Bömelburg Referent und Auer Korreferent wird.

von Elm: Referenten und Korreferenten müssen wir bestellen, denn eine Klärung der Sache durch die Hauptbeteiligten ist bei kurzfristiger Redezeit nicht möglich. Das „Hamburger Echo“ hat nicht etwa einseitig den Accordmurer seine Spalten geschlossen, sondern, abgesehen von der Mitteilung der Beschlüsse, überhaupt bis zu dem Parteitags-Artikel keine Stellung genommen, auch nicht durch Eingeladene und Pressstimmen. Ich bin durchaus nicht abgeneigt, auch einem Accordmurer, falls einer anwesend sein sollte, das Wort zu verstatten. Aber ich bin im Gegensatz zu Fischer der Meinung, daß Auer, der den Schiedspruch gefällt hat, zunächst die Sachlage schildern muß, wie sie sich dem Schiedsgericht unterbreitet hat. Nehmen Sie den Antrag in der vorliegenden Form an.

Weyer-Keipzig: Der Standpunkt Stadthagens, der eigentümlichste aller Parteigenossen, wundert mich nicht; mich wundert nur der Standpunkt von einem Juristen, der die Parteien zu ihrer Vertretung vor Gericht nicht zulassen will. Rein, die Parteien sollen uns ihren Streit vortragen und da muß uns Auer zunächst die Sache darlegen. (Zurufe: Rein, ungeheuer!)

Auer: Die Streitfrage, wer Referent und wer Korreferent, ist bereits entschieden, ich erkläre wenigstens, daß ich nur als Korreferent reden kann. Die Forderung, daß ich den Thatsbestand mitteile, soweit ich es kann, ist ja bereits erfüllt, die Auffassung des Schiedsgerichts liegt Ihnen ja in dem bekannten Dokument vor. Die dem Objekt gegenüber, das die Grundlage der Anlage bildet, haben Sie als Ankläger jetzt die Gründe anzuführen, die Sie in Ihre oppositionelle Stellung zum Schiedspruch gebracht haben. (Sehr richtig!) Dann werde ich Ihnen schon Rede stehen. Aber ich möchte mich gleich von vornherein gegen eine Verdrehung verwahren, die ja gewiß unbeanstandigt ist, aber den ganzen Charakter der Diskussion in neue Widersprüche: die Kampfschläge heißt es — der eine der Vertreter der Streifbreyer und der andere natürlich der Ankläger, der sittenstrenge, gute Parteigenosse! Seit wann bin ich denn der Vertreter der Streifbreyer? (Zurufe!) Sie interpretieren das hinein. (Zuruf von Frau Steinbach) — Gewiß, Frau Steinbach, Sie thun das aus Ihrer innersten Ueberzeugung, und besonders Sie! (Große Heiterkeit.) Aber ich habe eben eine andre Auffassung. Ich habe noch bestem Wissen und Gewissen, nach meiner Fähigkeit mein Urteil abgegeben und es im Schiedspruch niedergelegt. Ich als Vertreter der Streifbreyer — dazu habe ich weder die Eignung, habe aber auch gar nicht die Lust, Ihnen die Möglichkeit zu geben, von vornherein die Diskussion auf eine falsche Basis zu bringen. (Sehr gut!) Verfahren Sie, wie ich es sage: Sie kommen dann nicht zu kurz, und ich hoffe, ich auch nicht. (Weiterkeit und Beifall.)

Legien-Hamburg: Wenn es sich um zwei Parteien handeln würde, die mit einander ringen, dann hätte Auer recht: der Beschwerdeführer hat zuerst zu sprechen. Wir fassen in Hamburg die Frage keineswegs als derartige auf, sondern als eine reine Parteifrage. Der Parteitag soll Klärung schaffen über die Meinung, die in dem Schiedspruch zum Ausdruck gekommen ist. Auer meint, das Thatsachenmaterial liegt in diesem Schiedspruch vor. Wir wollen aber die Gründe wissen, die zu dem Schiedspruch geführt haben. Auer ist vom Parteivorstand als Vorsitzender des Schiedsgerichts bestellt worden, der Parteivorstand hat die Frage in seinem Bericht erwähnt; wir haben es also, wenn auch nicht direkt, mit einer Stellungnahme des Parteivorstandes zu thun. Ich will nicht sagen, daß der ganze Parteivorstand für die Stellungnahme Auers verantwortlich ist, aber es ist eine vom Parteivorstand inszenierte Handlung, und Auer hat als Mitglied des Parteivorstandes Recht gesprochen. Deshalb können wir mit gutem Recht verlangen, daß er die Prinzipien, die in dem Schiedspruch und seiner Begründung liegen und die nach meiner Meinung ganz neue Prinzipien sind (Sehr richtig!) uns begründet, denn begründet sind sie in dem Schiedspruch nicht. Was sich in den einzelnen Absätzen des Schiedspruchs findet, ist eine Begründung für das Rein der Schiedsrichter; wir wollen aber gern von Auer wissen, welche Gründe ihn zu diesen neuen Prinzipien in seinem Schiedspruch — denn er allein hat ihn verfaßt, die andern haben ihn nur unterschrieben — geführt haben. Andererseits möchte ich aber von Auer wissen, weshalb er auf die Frage: Referent oder Korreferent? solches Gewicht legt. Ich bitte Sie dringend, den Antrag so anzunehmen, wie wir ihn gestellt haben. (Beifall.)

Thiele-Halle beantragt folgendes Amendement: Für den Fall der Annahme des Antrages Müller-Hamburg in diesem das Wort „Streifbreyer“ durch das Wort „Accordmurer“ zu ersetzen.

Silberschmidt-Berlin: Das letzte Amendement bitte ich Sie deshalb abzulehnen, weil es sich hier nicht um die Accordarbeit oder um die Accordmurer handelt, sondern darum, daß Genossen Streifbreyer begangen haben. (Lebendige: Das muß doch erst bewiesen werden.) Das wird bewiesen werden. (Singer erhebt die Redner, nicht in die Materie einzugehen.) Das ist nicht meine Absicht. Ich erachte es aber im Interesse unserer Zeit und im Interesse der Sache für geboten, wenn Auer das Referat übernimmt und endlich einmal die Momente klarlegt, weshalb das Schiedsgericht zu seinem Urteil gelangt ist. Wisher ist das noch nicht geschehen.

Richard Fischer-Berlin: Die Gründe, die Legien und Silberschmidt angeführt haben, müssen logischerweise dahin führen, daß mein Antrag angenommen wird. Silberschmidt sagte, es handle sich hier um Streifbreyer. Auer aber hat erklärt, daß es ihm gar nicht einfallt, für Streifbreyer zu plädieren. Was haben Sie da für ein Mittel, Auer zur Uebernahme des Referats zu zwingen. Nun dreht man die Sache so: hier liegt ein Schiedspruch vor und Auer soll ihn begründen. Aber dieser Schiedspruch ist bereits begründet. (Sehr richtig.) Für den Vorsitzenden und die Mitglieder des Schiedsgerichts hat diese Begründung ausgereicht. Sie aber erklären: Rein, diese Gründe genügen uns nicht. Dann ist es offenbar doch Ihre Sache, daß Sie

damit beginnen müssen, Ihren Standpunkt zu vertreten. Legien stellt mir die Sache so dar, als habe der Vorstand die Sache inszeniert. Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Es handelt sich nicht um eine Aktion des Vorstandes, sondern um eine von den Hamburger Mauren beantragte Ausschließung. Hätte Legien recht, so handelte es sich um eine der Dugende von Parteivorstands-Handlungen, worüber Pfannschütz referieren wird und es wäre überflüssig, sie gesondert zu behandeln. Eine Revision muß von dem begründet werden, der sie beim höchsten Parteigericht einlegt. Wenn also Legien fragt: Warum weigern Sie sich, das Referat zu übernehmen, so ist die Gegenfrage sehr berechtigt: Ja, warum weigern Sie sich eigentlich, das Referat zu übernehmen. (Zustimmung.)

Frau Steinbach-Hamburg: Auer war so freundlich, meinen Mißtrauen seine Aufmerksamkeit zu schenken und den Parteitag von vornherein darauf hinzuwirken, daß ich mit meinem Schiedspruch natürlich nicht einverstanden bin. (Weiterkeit.) Ich wende mich speziell gegen den Thieseschen Antrag, statt Streifbreyer Accordmurer zu setzen. Darum wird sich ja gerade der ganze Streit drehen. Wir haben keinen Ausschluß der Accordmurer beantragt weder beim Schiedsgericht noch bei den Controleuren, noch beim Parteitag. Sondern wir haben dem Antrag der Hamburger Verbandmurer zugestimmt, die den Ausschluß der von ihnen als Streifbreyer charakterisierten Personen gefordert haben. Der Schiedspruch hat derartige Verwunderung erregt und die vom Schiedsgericht geltend gemachten Gründe können so wenig als wirkliche Gründe gelten, ja, in der Gesamtpartei ist solche Verwirrung über diese Gründe entstanden, daß wir es für wünschenswert halten, wenn Auer vor der höchsten Parteistanz seine Gründe entwickelt, damit wir erfahren, welche eigentlichen Gründe ihn beim Schiedspruch geleitet haben. Noch einmal: Die Hamburger Parteiverammlung hat nicht den Ausschluß der Accordmurer, sondern den Ausschluß der von den berechtigten Organen als Streifbreyer bezeichneten Personen beschlossen. (Singer erhebt die Rednerin, nicht in die Materie einzugehen. Nur über die Form, in der über die Materie verhandelt werden soll, dürfte jetzt gesprochen werden.) Durch den Schiedspruch sind ganz neue Prinzipien für die Organisationen in der Arbeiterbewegung aufgestellt worden. Wir wollen nun versuchen, ob wir gegen einen so starken und großen Debatter, wie Auer es ist, ankommen können, ob der Bömelburg, der auf so altnordischem Standpunkt steht, gegen ihn ankommen kann. Wenn Auer so ängstlich ist (Oho!), einen Schiedspruch hier zu begründen, dann steht's doch wohl schwach damit.

Ein **Schlusssatz**, den Hingel-Berlin begründet und Thiele-Halle bekämpft, wird angenommen.

Der erste Teil des Antrages Müller und Genossen wird mit Rücksicht auf die Erklärung Singers zu rückgezogen, daß der Punkt im Rahmen des Vorstandsberichts, aber als gesondertes Diskussionsgegenstand behandelt werden solle.

Damit ist das Amendement Thiele gegenstandslos geworden.

Der zweite Teil des Antrages Müller (Auer Referent, Bömelburg Korreferent) wird abgelehnt und der Antrag Fischer mit großer Mehrheit angenommen, wonach Bömelburg als Vertreter der Beschwerdeführer als Referent, Auer als Vertreter des angegriffenen Schiedsgerichts als Korreferent sprechen soll.

Es folgt die Beratung der genügend unterstützten Anträge 1, 2, 3, 4 und 6, welche ein Referat über

Die wirtschaftliche Krise

auf die Tagesordnung setzen wollen.

Dr. Südekum: In verschiedenen Städten und großen Industriezentren Deutschlands sind in der letzten Zeit die Arbeitsverhältnisse durch große Zusammenbrüche außerordentlich verschlechtert worden. Nach meiner Meinung ist es Pflicht des Parteitages, dazu Stellung zu nehmen und ein Wort der Klärung in die Massen zu werfen. Privatim ist mir gesagt, das könne erreicht werden, wenn der Referent über die Zollfrage in seinen Ausführungen auch auf die Krise und Strach Rücksicht nehmen würde. Ich bin anderer Meinung, denn in ihrem ganzen Wesen ist die Strach-Erscheinung vollkommen verschieden von dem, was über die Zollpolitik zu sagen ist. Ich glaube, wir können an dieser Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens nicht ohne weiteres vorbeigehen.

Bebel: Ich bitte, die Anträge abzulehnen. Darin stimme ich mit Südekum überein, daß es für den Referenten über die Zoll- und Handelspolitik nicht angeht, gleichzeitig auch über die Krise zu sprechen, er kann darüber nicht anders wie im Vorbeigehen reden. Das Thema muß besonders behandelt werden durch ein Referat, zu dem wir im übrigen gar keine Stellung zu nehmen brauchen; höchstens kann einer oder der andre, der mit dem Referenten nicht einverstanden ist, seinen abweichenden Standpunkt darlegen. Ein Wort der Klärung über das Wesen, die Ursachen und die Natur der Krisen kam in viel besserem und ausgiebigerem Maße in unserem wissenschaftlichen Organ, der Neuen Zeit, und in der Presse überhaupt, als auf dem Parteitage gegeben werden. Dort ist die richtige Stelle, wo diese Erscheinung unter die kritische Lupe genommen werden kann. Ein anderer Grund, aus dem ich Sie um Ablehnung der Anträge bitte, ist der, daß unsere Tagesordnung schon zu sehr belastet ist. Nach meiner Meinung haben wir, namentlich auch in Hinsicht auf die zahlreichen Initiativanträge, Mühe und Not, in der festgesetzten Zeit fertig zu werden. Das bitte ich Sie zu beachten. Was wir über die Krisis zu hören haben, kommt auch noch das nächste Jahr zurecht, so schnell vergeht sie nicht, und dann können wir vielleicht in besserer und vollkommener Weise als heute darüber reden.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Anträge; der Rest der provisorischen Tagesordnung wird genehmigt. Der Antrag 12 findet nicht die genügende Unterstützung.

Die definitive Tagesordnung

lautet also wie folgt: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Agitation, Wahlen, Kampfbild. Berichterstatter Pfannschütz und Weich. b) Presse, Litteratur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.) Berichterstatter A. Gerich. Außerdem soll als besonderer Punkt des Vorstandsberichts — die Reihenfolge ist noch nicht bestimmt — die Hamburger Angelegenheit behandelt werden. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter P. Meißner. 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter G. Wurm. 4. Zolltarif und Handelsverträge. Berichterstatter A. Bebel. 5. Waisefer. Berichterstatter Th. Meyner. 6. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter A. Südekum. 7. Anträge zum Programm. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission. Schluß 1/2 Uhr.

Lübeck, den 28. September 1901.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erlaube ich die freundliche Pflicht, die Delegierten auswärtiger Bruderparteien aufs herzlichste in meinen Reihen begrüßen zu können. Wir haben die Freude, unter uns zu sehen den Genossen Klemm aus London als Vertreter der S. D. Z., den Genossen Braque aus Paris von der parti ouvriere, den Genossen Draming aus Stockholm, den Genossen de Roope aus Amsterdam und die Genossen Adler und Bernerstorffer aus Oesterreich. Adler als Vertreter der Gesamtpartei, Bernerstorffer vom Verband der sozialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten entsandt. Ich hoffe, daß die Genossen, die zum Teil schon früheren Kongressen von uns begewohnt haben, aus unsern Verhandlungen den Eindruck mit hinausnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor entschlossen ist, ihre Solidarität dem internationalen Proletariat zu betätigen. (Bravo!) Oft nennen uns unsere auswärtigen Freunde die Lehrer und Meister. Aber mit berechtigtem Stolz können wir sagen, daß nunmehr auch aus den Schülern Meister geworden sind. Die Sozialdemokratie des Auslandes ist ringend gewachsen und erlöst im Klassenkampf des Proletariats. So können wir, die wir die Einigkeit des Klassenbewußtseins aller Länder immer hochgehalten haben, unsere Gefühle am besten dadurch ausdrücken, daß wir deutschen Ge-

nossen ein Hoch ausbringen auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegierten haben sich von den Plätzen erhoben und stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Braque-Paris (Vertreter der französischen Arbeiterpartei)

Ich bin erst 24 Stunden in Deutschland und meine Kenntnis der deutschen Sprache ist noch so gering, daß Sie mir gestatten müssen, in französischer Sprache zu Ihnen zu reden. Ich habe Ihnen die brüderlichen Grüße des revolutionären Frankreich zu übermitteln und die Versicherung treuer Solidarität. Eben haben wir in Roubaix unsern Kongreß gehabt, auf dem die 188 Delegierten noch nicht die Gesamtmenge unserer Kraft darstellten. War es doch ein rein politischer Kongreß, an dem die mit uns in innigster Fühlung stehenden Gewerkschaften und Genossenschaften sich nicht beteiligen konnten. Ein tiefes unauflösliches Gefühl verbindet uns mit der deutschen Sozialdemokratie und wir legen Wert darauf, diese Gefühle auch diesmal persönlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Ist doch die deutsche Sozialdemokratie die erste sozialistische Partei der ganzen Welt, die dem Proletariat den wahren Weg zu seiner Befreiung gezeigt hat, so daß es nicht der Grepelle der bürgerlichen Phrasologie und Ideologie und der Vulgärdemokratie wird. (Beifall.) Ich verstehe reichlich zu scheiden, was reichlich geschehen werden muß und zu einigen, was unauflöslich zusammengehört, dessen sind auch wir uns bewußt. Für immer sind uns die Zeiten vorüber, wo man im französischen Sozialismus nur den Ausläufer der bürgerlichen Demokratie sah. Und auch in Eurer auswärtigen Politik seid Ihr ein leuchtendes Beispiel. Ihr seid die stärkste Person in der Armees des internationalen Sozialismus in seinem Kampfe gegen die internationale Ausbeutung. Das hat Euer unvergeßlicher Liebesbrief auf unserm letzten Kongreß, an dem er teilnehmen konnte, in seiner eindrucksvollen Art betont. Unsere Partei war die erste in Frankreich, die Euxem Beispiel in Praxis und Taktik folgend, die proletarische Klasse zu organisieren trachtet und national und international den Klassenkampf führt. Aber nicht nur für das revolutionäre Endziel setzen wir, wir sind, wie Ihr, von der Notwendigkeit durchdrungen, der Bourgeoisie die erforderlichen Reformen für die Arbeiterklasse zu entreißen, nicht aber sie zu erbetteln, und auf diesem Wege die proletarischen Truppen für den Kampf zu fällen und durch die Propaganda der Thatsachen zu wirken, gleichzeitig aber auch den Nachweis zu führen, daß es der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich ist, Rot und Weiß aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung bedingt, daß wir uns an allen Wahlen, auch an den Kommunalwahlen beteiligen. Gerade durch die Kommunalwahlen werden gleichsam Garnisonen des Proletariats in die großen Städte und Industriezentren des Landes gelegt. Schon gehören uns zahlreiche solcher Waffenplätze: Roubaix, Rouen, Montluçon und vor allem Lille. In Roubaix haben wir uns auf unserm letzten Kongreß in entschiedener Weise von denen getrennt, die das Proletariat verführen wollen, seine wahren Aufgaben zu vergeßen. Auf der andern Seite aber ist es uns gelungen, alle sozialistischen und revolutionären Streitkräfte Frankreichs nicht nur in Einigkeit sondern in Einheit zusammen zu führen. (Beifall.) Wir haben uns zusammen geschlossen mit der sozialistisch-revolutionären Partei unter Führung Vallants, ein Zusammenschluß der einstimmig von uns beschlossen worden ist. Auf Grund dieser Thatsache kann die Einigkeit der französischen Genossen als vollzogen gelten. Würde Euer Kongreß erst im November stattfinden, so würde ich auch äußerlich als Vertreter aller revolutionären sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs auftreten können. Ich schließe mit dem Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die Arbeiter-Internationale! (Bravo!)

Die Uebersetzung der Rede giebt Frau Zetkin.

Branting-Stockholm

überbringt wie vor 11 Jahren in Halle den brüderlichen Gruß der schwedischen Genossen. Die alte Hansestadt Lübeck war im Mittelalter ein Centrum des aufblühenden Kapitalismus und beherrschte dank seiner höheren Kultur auch die schwedischen Verhältnisse.

Wir haben hier Erinnerungen auch an Gustav Baska. Wiederkum ist in diesen Tagen die alte Hansestadt ein Centrum, aber ein Centrum einer neuen Bewegung und Systems. Auch wir in Schweden folgen Euren Bahnen. 50 000 Arbeiter von Schonen bis Lappland stehen zur sozialistischen Partei. Noch größer ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Drei tägliche und sechs andre Zeitungen führen den Kampf um das allgemeine politische Stimmrecht, das wir, wenn es nicht anders geht, selbst mit allgemeinen Massenstreiks zu erobern suchen werden. Volkshäuser sind im Aufblühen; die kooperativen Bewegung nimmt einen erfreulichen Fortschritt. Wir stehen fest in der Bewegung, aber wir wollen von Ihnen lernen, wie wir am schnellsten fortzuschreiten können zu dem Ziel der internationalen Sozialdemokratie. Wir als germanische Stammverwandte sind mit Ihrem methodisch sicheren organisatorischen Vorgehen völlig einverstanden. Wir sind in Schweden überzeugt, daß wir Sie immer an der Spitze der Arbeiterbewegung der ganzen Welt finden werden. Ein Hoch auf Ihre Partei als die starke bahnbrechende Kolonne der völkerverbindenden internationalen Arbeiterdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Der Parteitag stimmt begeistert in das Hoch ein.)

De Roope-Amsterdam: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher geschickt, um Ihnen den Brudergruß der Kameraden zu bringen. Die abgelaufenen Wahlen haben gezeigt, daß in der Arbeiterpartei Hollands der Anarchismus als politische Bewegung jetzt erloschen und daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin des arbeitenden Volkes ist; nur in einem Teil der Gewerkschaftsbewegung behauptet sich der Anarchismus noch neben andern Utopistereien. Aber wir haben begründete Hoffnung, daß auch dort innerhalb weniger Jahre der Gedanke der internationalen Sozialdemokratie sich durchsetzen werden wird. Wir haben bei den letzten Wahlen gute Resultate erzielt, seit 4 Jahren ist unsere Stimmenzahl von 18 000 auf fast 40 000, die Zahl unserer Vertreter in der zweiten Kammer von 3 auf 6 gestiegen. Auch bei den Gemeinderatswahlen haben wir verschiedene Siege errungen, in 40 Gemeinderäten Hollands wird jetzt die Stimme des Proletariats vernommen. Unser Agitation kam nicht zum geringsten die Gründung eines Tagesblattes zu Hilfe, und wir erkennen es mit Dank an, daß uns dies durch Ihre Hilfe ermöglicht wurde. Die holländische katholische Presse war während darüber, daß die Unruhe mit fremdem Gelde erzeugt wird. Nun, die Unruhe, die Sie uns erzeugen helfen, ist die Unruhe des menschlichen Gewissens über die physische und moralische Entartung des größten Teils der Menschheit durch die kapitalistische Herrschaft. Hoffentlich werden wir diese Unruhe noch lange erzeugen können. Ich danke Ihnen im Namen der holländischen Partei für Ihre Hilfe und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. (Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein.)

Bernerstorffer-Wien:

Wenn irgend eine Partei irgend eines Landes sagen kann, daß sie die Tochter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so kann es die österreichische Sozialdemokratie sagen. Von Anfang an bis auf den heutigen Tag fühlten wir uns als Eure, der deutschen Sozialdemokratie, Kinder, und wir haben versucht, unseren Eltern Ehre zu machen. Das ist uns auch gelungen. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß wir schon jene Vorzüge hätten, die die deutsche Partei auszeichnen, aber wir sind auf der andern Seite stolz darauf, daß es uns bisher gelungen ist, ein Problem durchzuführen im Sinne des Programms der internationalen Sozialdemokratie, ein wichtiges Problem, das bei Ihnen ja nur theoretisch erörtert wird, das Nationalitäten-Problem. Wir in Oesterreich sind in der That eine internationale Partei, wir sind der einzige Verband im Parlament, dessen Mitglieder verschiedenen Nationen angehören, und ich spreche hier als Vertreter dieser internationalen geeinigten sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. Wir haben sechs nationale sozialdemokratische Parteien in Oesterreich, aber wir bilden im politischen Leben eine geschlossene Einheit, und wenn auch im parlamentarischen Verband bisher nur drei Nationen, Deutsche, Polen und Czechen, vertreten

find, so hoffen wir doch, daß wir diese Einigkeit auch dann festhalten werden, wenn die Zeit kommt, wo auch die anderen Nationen Vertreter ins Parlament entsenden können. Auch im Auftrage der polnisch-nationalen Partei Oesterreichs überbringe ich Ihnen Grüße. Im vorigen Jahre in Mainz hat ich Sie, uns in dem bevorstehenden Wahlkampfe zu unterstützen. Ich glaube, ich habe damals keine übertriebenen Versprechungen in bezug auf das Wahlergebnis gemacht, es ist so ziemlich das eingetroffen, was ich vorausgesagt habe. Wir befinden uns im allgemeinen in Oesterreich auf dem Marsch nach vorwärts, es ist eigenartig, daß wir allein diejenige Partei sind, die noch das, was in dem österreichischen Staatsgedanken gesund sein mag, im Parlament vertritt; wir allein sind es, die noch die Gesamtheit der in Oesterreich wohnenden Nationen zusammenhalten wollen. Ich danke Ihnen besonders für Ihre Unterstützung in dem Wahlkampfe. Aber nicht allein dafür. Wir Oesterreicher sind Ihnen auch dankbar, daß Sie in Ihrer Tätigkeit uns ein immer ansehnlicheres Vorbild für unsere Tätigkeit sind. Wir sehen die imposante geschlossene deutsche Partei, wir haben Freude an Ihren Erfolgen, Ihre Erfolge sind auch unsere Erfolge und stärken uns im Kampfe. Wir freuen uns über die reiche geistige Bewegung, die sich in der deutschen Partei kundgibt, und wir versprechen, daß wir immer der deutschen Partei nachzusehen werden in der unerlässlichen Arbeit. Nicht große Erfolge für die allernächste Zeit will ich hier etwa prophezeien, obwohl wir jetzt, wo wir endlich Presse gelegt und Victor Adler in den österreichischen Landtag entsandt haben, einen guten Schritt vorwärts gemacht haben. Wenn wir aber auf dem Wege nach vorwärts sind, so verdanken wir das Ihrer materiellen und geistigen Hilfe. Ich bringe Ihnen den Dank aller Nationen aus Oesterreich und grüße den Parteitag in deren Namen. (Stürmischer Beifall.)

Adler-Wien

(Beifall): Ich bin von der Vertretung der Gesamtpartei hierher geschickt, um Sie zu begrüßen. Fernerstorfer hat ja schon gesagt, was zu sagen ist. Ich war in St. Gallen auf Ihrem Parteitag zur Zeit des Sozialistenkongresses. Wenn ich mich erinnere, wie es damals in der deutschen und insbesondere in der österreichischen Sozialdemokratie aussah, dann meine ich, Sie können mit uns wohl zufrieden sein. Eine der wichtigsten Bedingungen meines inneren und auch meines äußeren Erfolges ist unser intimer Zusammenhang mit der deutschen Partei. Alles was Sie thun, fühlen wir auch in unserer eigenen Bewegung, und ich bitte Sie, die Empfindung zu haben, daß Sie in allem, was Sie thun, bis zu einem hohen Grade auch für uns verantwortlich sind. Wir sind zwei hierher gekommen, am liebsten wären wir alle hier (Heiterkeit); ich bitte Sie, das nicht in irredentistischem Sinne aufzufassen, aber aushalten würden wir es. (Heiterkeit.) Wir wissen, Sie haben andere Verhältnisse als wir; Sie müssen manches anders einschließen und vielleicht manchmal anders handeln. Aber ich bitte Sie, daran zu denken, daß manches, was bei Ihnen harmlos und weniger wichtig ist, bei uns sehr ernst sein kann. (Sehr wahr!) Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie sich der Verantwortung Ihres Thuns auch für uns nicht entziehen können; ich habe ja kein Recht, mich in Ihre Verhandlungen zu mischen, aber als alter Freund bitte ich Sie ganz im allgemeinen, die Rücksicht auf uns nicht zu vergessen. Ich begrüße Sie namens unserer Gesamtpartei. (Stürmischer Beifall.)

Begrüßungsdelegierte sind eingegangen vom deutschen Leseklub in Paris, vom Parteiveteranen Lehner in London, vom Verein „Vorwärts“ in Kopenhagen und von der Sozialdemokratie Dänemarks, von den Sozialdemokraten Kroatiens und der Parteileitung in Agrum, vom Generalkomitee der sozialistischen Partei Frankreichs und vom sozialdemokratischen Kongress in Solothurn. Dies Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Der in Solothurn versammelte schweizerische sozialdemokratische Kongress entbietet den in Lübeck versammelten deutschen Genossen herzlichen Gruß. Gestern haben die Delegierten des schweizerischen Zentralvereins mit 142 gegen 0 Stimmen den Anschluß an die sozialdemokratische Partei beschlossen. (Bravo!) Wir hoffen, damit den Anfang einer fruchtigen Parteiorganisation gemacht zu haben, worin uns die deutschen Genossen das Vorbild sind. Im Auftrage: Albisser, Zürholz.“

Singer

Ich darf im Namen der deutschen Partei unsere schweizerischen Genossen beglückwünschen zu ihrem Entschluß und wünsche ihnen die Hoffnung, daß diese Vereinigung recht bald ihre Früchte dahin tragen wird, daß die politische und wirtschaftliche Macht der schweizerischen Sozialdemokratie, nun vereint, um so stärker sich behaupten wird. (Beifall.) Ich schlage dem Parteitag vor, den Unterzeichnern dieses Telegramms seinen Dank und die Glückwünsche der deutschen Partei zu ihrer Vereinigung durch Telegramm auszusprechen und das Bureau damit zu beauftragen. (Beifall.) Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden.

Das an Fürstpr. Zürholz in Solothurn gerichtete A u t w o r t e l e g r a m m hat folgenden Wortlaut: „Der in Lübeck versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sendet bei Empfang der Kunde vom Anschluß des Zentralvereins an die sozialdemokratische Partei der Schweiz herzliche und brüderliche Glückwünsche. Der Parteitag ist überzeugt, daß das klassenbewußte Proletariat der Schweiz durch diesen überaus bedeutsamen Vereinigungsschritt neue große Zuversichten für seine weiteren Kämpfe gegen die Herrschaft des Kapitalismus schöpfen darf. Im Auftrage: Singer.“

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Geschäftsbericht des Vorstandes zu den Punkten:

Agitation und Wahlen.

Dazu gehört der Antrag Nr. 49 (Vaader u. Genossinnen), den wir weiter unten im Wortlaut mitteilen. Den Bericht erstattet

Wassnuch:

Fast jeder Parteitag stand ja unter einem bestimmten Stigma; diesmal giebt ihm die Hamburger Accordmauer - Angelegenheit die pilante Würze. Da dieser Punkt vorläufig aus der Diskussion ausscheidet, kann ich mich in Ergänzung des gedruckten Berichtes kurz fassen. Die wenigen Anträge lassen wohl den berechtigten Schluß zu, daß die Parteileitung im Berichtsjahr zur Frage der Agitation und Wahlen im großen ganzen das Richtige gethan hat. Im Vordergrund steht die Agitation für Bekämpfung des Rotwuchers. Mit größter Mühseligkeit haben sich die Parteigenossen im ganzen Lande dieser Agitation hingewandt; unsere Partei hat die Führung in dieser Agitation. Man hat in einzelnen Parteikreisen es bemängelt, daß die Parteileitung nicht mit voller Energie und Schärfe gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise den Kampf um den Achtstundentag führt.

Ich meine, man muß mit dem praktischen Leben doch etwas verhalten sein, wenn man solche Forderungen aufstellt, man muß die Agitation praktisch getrieben haben, dann wird man begreifen, daß, wo der Resonanzboden im Augenblick in der Bevölkerung, bei den Arbeitern nicht vorhanden ist, man eine Agitation nicht künstlich propagieren kann. Heute, wo Hunderttausende unter der Krone schwer leiden, wo Hunderttausende noch hineingetrieben werden, wo Hunderttausende ein Unterkommen suchen, um nicht der Unterdrückung seitens ihrer Genossen anheimzufallen zu müssen, wird es dem Parteivorstand nicht verargt werden, wenn er den Augenblick nicht für geeignet hält zu einer besonderen Agitation für den Achtstundentag. Verzeihen Sie, wenn ich wieder einmal den alten Kaffakaneer hervorhebe: Kaffaka hat gesagt, daß, wenn man Erfolge erzielen will, man die gesamte Kraft der Partei auf einen Punkt zu konzentrieren hat, und im Augenblick liegt und das Hund näher als der Rod. Jetzt kommt es darauf an, dem Proletariat seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, daß es satt essen kann. Ich hoffe, es wird uns gelingen, den Ansturm der Reaktion, die wuchernden Gelüste der Agitatoren abzuschlagen. Kommt dann die Zeit für die Konzentration der Agitation für den Achtstundentag, dann wird die Partei ebenso wenig sich pflichtvergessen zeigen, wie sie es bisher gewesen ist. Ueber Agitation und Wahlen habe ich dem Bericht wenig hinzuzufügen. Das Wort des Grafen Skindowström, die Sozialdemokraten sollten nur nach Ostpreußen

kommen, die Lust zum Wiederkommen werde ihnen vergehen, hat sich nicht bewahrheitet. Ein glänzendes Resultat haben wir bei der Nachwahl in Remel-Heidenburg erzielt dank der unerermüdblichen Tätigkeit unserer Vorhut für Ostpreußen in Königsberg. Mit fester Zuversicht können wir in die Zukunft blicken, mit der Gewißheit, daß wir das Erbe des bürgerlichen Liberalismus wie anderwärts so auch in Ostpreußen erfüllen werden, dem Volke seine politischen Freiheiten zu erobern, das Volk aufzurütteln. Auch bei den Wahlen zu den Einzelmandtagen haben wir wesentliche Fortschritte gemacht, und es ist begründete Aussicht, nicht allein den eroberten Boden zu behaupten, sondern weitere Fortschritte zu machen.

Es hat zu einem Teil bei den Parteigenossen Befremden erregt, daß der Parteivorstand die Gemeinschaft mit der polnischen Sozialdemokratie innerhalb der deutschen Reichsgrenzen abgelehnt hat. Man hat die Auffassung vertreten, die polnische Frage liege für uns ähnlich wie in Oesterreich. Dem muß ich entgegenreten. Wir im Parteivorstand, in dessen ausdrücklichem Auftrage ich das hier sage, sind der Auffassung, daß eine polnisch - sozialdemokratische Partei außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Organisation in Deutschland eine Berechtigung nicht hat. Glauben die Polen in einer besonderen Agitationsform ihre Agitation betreiben zu müssen, was ich auch noch bestreite, dann ist ihnen die Möglichkeit innerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie vollkommen gegeben. Wenn die Polen als Organisation innerhalb der deutschen Sozialdemokratie diese elementarsten Anforderungen anerkennen wollen — und sie werden es einsehen (Guruf: Niemals!) — dann sind sie selbstverständlich jederzeit in unserer Partei-Organisation willkommen; so lange das nicht geschieht, müssen wir die Gemeinschaft und Verantwortung für ihre Handlungen ablehnen. Unser Parteigenossen in Oberschlesien und Posen haben schon einen außerordentlich schwierigen Stand, die Tätigkeit Winters war wahrhaftig keine angenehme; kommen da noch die Hoffschlichkeiten, das Nichtvorhandensein der Parteigenossen in dem Bezirk unter einander dazu, dann ist das ein auf die Dauer unerträglich Zustand. Selbstverständlich dürfen die Pflichten aus der internationalen Solidarität nicht außer acht gelassen werden, und die Parteileitung ist gewiß über den Verdaß erhaben, diese Pflichten nicht zu erfüllen, aber der konkrete Fall muß geprüft und danach gehandelt werden.

Aus Anlaß des Hamburger Schiedsgerichts glaubten Parteigenossen sofort die Notwendigkeit betonen zu müssen, das eben erst in Mainz neu festgestellte Organisationsstatut wieder abzuändern. Vor solcher Gelegenheitsgeheimerei möchte ich doch warnen. Man hat gefragt: Wie, wenn der eine Teil das Schiedsgericht ablehnt? Die Sache ist höchst einfach, ruft ein Parteigenosse das Schiedsgericht an und wird es vom Parteivorstand ernannt, dann besteht es und spricht Recht, auch wenn die andere Partei es ablehnt, vertreten zu sein. Niemand wird darin etwas Unpauales oder Inkorrektes sehen. Wir können die Sache noch ruhig ansehen, erst weitere Erfahrungen sammeln, ehe wir das Organisationsstatut wieder ändern. Daß der Vorstand in der Frage der geschlossenen Sitzung recht hat, zeigen auch die Anträge 36 und 38 von Düsseldorf und Remel. Der Düsseldorfer Antrag will ein neues Element in unsere Organisation bringen durch Anstellung sachkundiger gebildeter Vorgesetzter aus den Reihen der Parteicontroleure, die das Jahr hindurch den Genossen im Reich geschäftlich mit Rat zur Seite gehen sollen. Das beweist, daß man in den Parteikreisen selbst sehr wohl sieht, daß noch manches reformbedürftig ist und man an den einzelnen Orten selbst die Kräfte nicht besitzt, um Remedur zu schaffen; deshalb will man ein neues Institut schaffen. Auch das ist einer der Gesichtspunkte, die in der geschlossenen Sitzung weiter erörtert werden und wohl eine befriedigende Lösung finden werden.

Eine Anregung, wenn auch keine neue, giebt ein Antrag, der an das Wort anknüpft: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Nun, die Parteileitung hat sich nicht einen Augenblick der Notwendigkeit einer Jugend - Litteratur entzogen. Wenn unsere Dresdener Parteigenossen die Grundlagen für den weiteren Ausbau der Zeitschrift schaffen zu können, wenn sie das nötige Material und die geeigneten Personen zu haben glauben, so würde das niemand mit größerer Freude begrüßen als der Vorstand, und ich kann wohl sagen: Wie auch die Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich der Aufgaben nicht entziehen können, das Unternehmen der Dresdener Genossen zu fördern, falls sie dies nicht aus eigenen Kräften vermögen.

Auf die Agitation und deren Vertreibung beziehen sich eine Reihe von Anträgen. Gegen den von unsrer Genossin Vaader gestellten Antrag 49 will ich aus Höflichkeit im Augenblick nichts erörtern. Ich glaube kaum, hier noch die Versicherung abgeben zu brauchen, daß Fräulein Vaader, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands mit Anträgen zur Förderung der Agitation unter den Genossinnen an die Parteileitung herantreten ist, jederzeit ein offenes Ohr und volles Verständnis bei uns gefunden hat. Die Anträge 52, 53, 54 bedürfen kaum eines näheren Eingehens. Der Antrag 53 will für einen bestimmten Bezirk Deutschlands eine besondere Unterstüßung, aber was dem rheinisch - westfälischen Bezirk billig ist, ist jedem anderen Bezirk Deutschlands recht. (Sehr richtig!) Gewiß, es giebt Distrikte, die auf sich selbst gestellt, aus eigener Kraft allen Anforderungen gerecht werden können, aber darüber hinaus sind selbst die Genossen in großen Städten oft nicht in der Lage, den ihnen überwiegenen Agitationsbedarf so zu bearbeiten, wie es wünschenswert ist. Daß die Parteileitung alle Anträge prüft und unter Umständen eine Unterstüßung leistet, ist selbstverständlich, aber wenn bestimmte Bezirke noch mit besonderen Anträgen hierher kommen, so wären doch unsere vorgezeichneten Posten in Schlesien und Ostpreußen erst recht zur Stellung solcher Anträge berechtigt. Das ist auch geschehen. Unsere Genossen in Posen und Oberschlesien sind von der Notwendigkeit durchdrungen, in polnischer Sprache zum polnischen Proletariat zu reden und damit zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Bethätigung ihrer internationalen Solidarität ist. Dort ist ebenfalls der Wunsch laut geworden, polnisches Material unter deutscher Redaktion herauszugeben, und wenn der Vorstand bisher noch nicht sozusagen mit beiden Weinen hineinspringt und diesem Ansuchen entgegenkommt, so deshalb, weil er sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewußt war und weil die bisher von polnischen Genossen geleitete „Gazeta Robotnicza“ nicht das erwartete Resultat gezeigt hat. Jedenfalls wird der Vorstand berechtigten Anträgen keine Unterstüßung nicht verweigern.

Eine große Reihe von Anträgen beauftragt die Fraction, bestimmte Initiativanträge im Interesse der Agitation im Reichstag zu stellen. Solche Wünsche sind auf allen unsrer Parteitagen ausgesprochen und sie werden auch in Zukunft immer wiederkehren. Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraction jede sich ihr bietende Gelegenheit mit Freuden ergreifen, um die Forderungen der klassenbewußten Arbeiter zu propagieren. Wir haben ja heute in den Begrüßungsreden unsrer fremdsprachigen Gäste sozialdemokratischen Entgegenkommen müssen, daß uns eigentlich, um ein altes Wort zu gebrauchen, der Großmachtstügel in den Kopf steigen könnte. Wir sind aber glücklicherweise eine proletarische Partei und wissen, was wir für Mittel zur siegreichen Führung des Klassenkampfes anwenden müssen, und da läuschen wir uns nicht über die Machtmittel, die uns zu Gebote stehen. Gewiß, auch wir sind der Meinung, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich eine dominierende Stellung erobert hat, aber noch viel mehr, als bisher geschehen ist, muß erst gethan werden; wir würden tödlich handeln, wollten wir uns in Sicherheit wiegen und sagen, wir sind eine starke Partei, die alles machen kann. Nein, mit dem Gebanten tragen wir uns nicht; wir kämpfen in der bisherigen Weise rüthig und geschloffen weiter, wir werden nicht einen Augenblick im Kampfe erschlagen. Die Parteileitung wird jedem Genossen für jede Anregung zur Förderung der Agitation dankbar sein, aber dann müssen wir die thätigste Unterstüßung der Genossen finden. Wägen die Verhandlungen dieses Parteitages trotz der vielen Meinungsverschiedenheiten, die über diese oder jene Frage vorhanden sind, — sie zu leugnen, hieße Vogelstraußpolitik treiben — dahin führen, daß nicht die trennenden Punkte verschärfert werden! Wird der Boden des Klassenkampfes eingehalten, dann werden auch die diesjährigen Verhandlungen zum

Noble und zur gedeihlichen Entwicklung der Partei dienen. (Beifälliger Beifall.)

Den

Rassenbericht

erstattet

Verisch:

Zunächst eine Mitteilung, die freudiger und trauriger Natur zugleich ist, der Sie aber alle lebhaftes Interesse entgegenbringen werden. Unser alter Parteigenosse Schmitz in Aachen, der seit geraden Jahren sehr zurückgezogen gelebt hat und immer regelmäßig seine Parteibeiträge entrichtete, den aber niemand in der Parteileitung persönlich kannte, ist vor kurzer Zeit gestorben. Die Großmutter seines Testaments, die in den jüngsten Tagen stattgefunden hat, hat ergeben, daß Auer, Webel und Singer von ihm zu Universalerben eingesetzt sind. Die Hinterlassenschaft besteht in der Hauptsache in einem größeren Posten von Wertpapieren im nominellen Wert von 40 000 M. und in einigen kleineren Wertposten, deren Höhe noch nicht feststeht, aber einige Tausend Mark beträgt. Auer, Webel und Singer haben das Erbe in dem Sinne übernommen, in dem es ihnen von dem Erblasser vermacht wurde, d. h. sie haben den ihnen zugefallenen Teil der sozialdemokratischen Parteikasse überwiesen. Die Partei als solche hat damit also in aller Form das ihr von Schmitz zugedachte Erbe angetreten. Ich glaube, Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich antworte, daß die sozialdemokratische Partei unseren alten Genossen für die Sympathien, die er dem klassenbewußten kämpfenden Proletariat bis über das Grab hinaus bekundet hat, alle Zeit ein treues und dankbares Andenken bewahrt. (Zustimmung.)

Der Ueberblick, mit dem der Rassenbericht abschließt, ist in der kurzen Zeit seiner Veröffentlichung bereits bis auf den letzten Pfennig aufgezehrt. Im vorigen Jahre haben wir es getadelt, daß so viele wohlhabende Kreise durch die völlige Abwesenheit von Beiträgen in der Tabelle glänzten. Leider hat dieser Ladel keinen Erfolg gehabt, die Sache ist so schlimm wie je zuvor. Haben es doch 13 im Reichstage vertretene Wahlkreise nicht der Mühe für wert erachtet, zu den Kosten der Gesamtpartei auch nur einen Pfennig beizutragen! (Hört! Hört! Auf: Namen nennen!) Nicht einmal die Diäten, die ihre Abgeordneten aus der Centralkasse bezogen, sind der Kasse erstet worden. Glauben Sie nicht etwa, daß diese 13 Wahlkreise die allerärmsten und bedürftigsten wären, die von einer wirtschaftlich sehr schlecht gedörrten Bevölkerung bewohnt sind! Nein, unter diesen Drückbergern befinden sich die allerwohlhabendsten Kreise. Namen will ich auch diesmal noch nicht nennen. Aus der tabellarischen Uebersicht können Sie sie selber leicht ermitteln. Neben den 13 Kreisen, die sich völlig ferngehalten haben, stehen 20 mit geringen Beiträgen. Die 20 Kreise haben im ganzen 4268 M. an die Parteikasse abgeliefert, während ihre Abgeordneten 12 957 M. an Diäten bezogen haben. (Hört! Hört!) So daß 8689 M. von der Parteikasse zugelegt werden mußten. Unter diesen 20 Häften 2/3 nicht nur die gesamten Diäten, sondern auch noch sonstige Zuschüsse an die Parteikasse leisten können und das letzte Reihel hätte wenigstens die Diäten zu decken vermocht. Die tabellarische Uebersicht schrumpft immer mehr zusammen. Diesmal sind wieder 17 Orte aus der Liste verschwunden. Geht das so weiter, so brauchen wir die Uebersicht nicht mehr, sondern können einfach sagen: Die bekannten zwölf Wahlkreise haben folgende Beiträge aufgebracht. Nun muß ich aber doch bitten, daß sich alle Parteigenossen klar machen: In dieser Weise kann nicht mehr weiter getwirtschaftet werden. (Bravo!)

Namens der Kontrollkommission berichtet

Meister:

An der Geschäftsführung des Vorstandes hatten wir in keiner Weise Anstoß zu geben. Dagegen wurden wir sonst stark in Anspruch genommen. Zunächst handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Prekominmission und dem Vorstande über einen Antrag der „Vorwärts“-Redaction auf Gehaltserhöhung. Es hat eine gemeinschaftliche Sitzung der Prekominmission, des Vorstandes und der Controleure stattgefunden. In separater Sitzung haben die Controleure dann ihren Entscheid gefällt und sich auf die Seite der Prekominmission gestellt, weil auch sie glaubten, daß die bisher gezahlten Gehälter den Umständen noch angemessen seien. Ein weiterer Fall betraf das Königsberger Parteiorgan. Zwischen den Königsberger Genossen und dem Vorstand war eine kleine Differenz entstanden, insofern als der Vorstand geglaubt hatte, den Antrag der Königsberger ablehnen zu sollen. Die Controleure hielten es aber am Platze, den Königsberger Genossen die gewünschte Unterstüßung zu gewähren. Die Gründe lagen in den örtlichen Verhältnissen. — Dann kam der Antrag der drei Hamburger Wahlkreise an die Controleure, in dem bekannten Streitfall zu entscheiden. Die Controleure haben den Antrag eingesehen und gewissenhaft geprüft. Um allen Verächtigungen von vornherein die Spitze abzubrechen, hat die Sitzung nicht in den Räumen des Parteivorstandes, sondern im Privatcomptoir Badings stattgefunden, um die Verächtigung abzuwehren, daß dieser oder jener Einfluß eine Rolle bei der Entscheidung der Controleure gespielt habe. Wir lempen ja unsre Pappenhäuser. (Heiterkeit.) Und daß Vorsicht am Platze war, haben wir ja später gesehen. Daß die schließliche Entscheidung der Controleure die Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen würde, war voranzusehen, daß aber unser Votum von den Antragstellern eine derartige Behandlung erfahren würde, wie es erfahren hat, war mehr, als wir erwarteten. Wurde doch von den Controleuren behauptet, wir hätten unser Urteil nicht erwogen, sondern nur Order pariert. (Auf: Unerhört!) Ich kann mir manche Hamburger Reden nur so erklären: es war damals eine recht heiße Zeit! (Heiterkeit.) Am weitesten sind einzelne Personen gegangen, die die Sache der Maurer zu der ibrigen gemacht haben. Wir verstehen andererseits nicht, woher diese Personen die Berechtigung nehmen, die Controleure, die ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen gefällt haben, mit Verleumdungen und Verächtigungen zu regalisieren. (Hört, Hört!) Es ist noch nicht dagewesen, daß Parteigenossen, die seit langen Jahren in der Partei stehen, von sich sagen lassen müssen, sie hätten jedes Verständnis und jede Fühlung mit der Bewegung verloren. Unsere langjährige Tätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft sollte uns gegen derartige Verächtigungen schützen. (Beifall.) Nicht komisch war besonders die Aeußerung einer Hamburger Genossin: „Ich weiß ja gar nicht einmal, ob irgend einer der Controleure in der Gewerkschaftsbewegung thätig ist.“ (Heiterkeit.) Für uns war das ein Zeichen, daß es auch in Hamburg dunkle Zeiten und dunkle Punkte giebt. Ich habe im Namen der Controleure diese Angriffe entschieden zurückzuweisen. (Bravo!)

Weiter beschäftigte uns ein Antrag der Düsseldorf, die materielle Hilfe für ihr Blatt verlangten. Der Vorstand hatte den Antrag angefaßt, der ganzen Situation abgelehnt. Und auch die Controleure haben geglaubt, für den Augenblick gleichfalls den Antrag ablehnen zu sollen. In den letzten Tagen ist und noch ein Antrag des Genossen Wegig aus Würzen zugegangen, der seiner Zeit Privatpersonen als solchen materielle Beihilfe geleistet hat und nun den Betrag von 17 500 M. vom Vorstand zurückverlangt. Wir haben beim Vorstand Informationen eingezogen und festgestellt: der Vorstand hat seiner Zeit vor derartigen Manipulationen gewarnt und jede Verblindlichkeit abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich davon überzeugt, daß für die Partei keine moralische und keine geistliche Verantwortung vorliegt, für diesen Betrag aufzukommen. Der Antrag Wegig ist deshalb von uns abgelehnt worden. Weiter lag uns ein Antrag des Korrektors am „Vorwärts“ Vieh vor. Vieh verlangte, geliegt auf zwei ärztliche Anträge, nach dem üblichen Urlaub von drei Wochen drei weiteren Wochen Urlaub. Die Prekominmission und der Vorstand lehnten das Gesuch ab und die Kontrollkommission hat beschlossen, die Angelegenheiten der neuen Kontrollkommission zur endgültigen Entscheidung zu überweisen, die sich in Berlin über die Sachlage informieren kann. Die Sache ilt auch nicht. Vieh ist drei Wochen länger fortgeblieben und hat während dieser Zeit Verletzung gestiftet. Jetzt verlangt er die Kosten erlegt.

Der letzte Fall betrifft Vorkommnisse in Vant. Ein Schiedsgericht unter Vorhug von Gerich hat getagt. Es handelte sich um den Ausschluß einer Anzahl kleiner Scharwerker (Unter-

nehmer) und Arbeiter aus der Partei aus Anlaß eines Streiks. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß der Arbeiter bestätigt, weil diese es nicht einmal für notwendig erachtet hatten, bei dem Schiedsgericht vertreten zu sein. Wenn die Leute eine solche Auflage auf die letzte Schulter nehmen, dann dürfen auch wir annehmen, daß die Beschuldigung richtig ist. Eine Revision dieses Urteils, soweit es die Arbeiter betrifft, ist auch bei uns von keiner Seite beantragt worden.

Anderes liegt es bei den Unternehmern. Die Banter hatten den Ausschluß beschlossen, das Schiedsgericht hatte den Ausschluß aufgehoben, weil die Gründe dafür nicht stichhaltig seien, und nun haben die Banter bei der Kontrollkommission die Aufhebung dieses Schiedspruchs beantragt. In der betreffenden Parteiverammlung sind merkwürdige Grundzüge laut geworden, so der: selbständige Personen, Personen die ein eigenes Geschäft betreiben, haben überhaupt nichts in der Partei zu thun. (Heiterkeit.) Ein weiterer Gesichtspunkt war: Bei jedem Streik haben die sozialdemokratischen Kleinmeister und Scharwerker die materiellen Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen zu erfüllen. Das zeigt im kleinen, was in der Folge alles an uns herangetragen wird. Begeben wir uns auf diese tiefe Ebene, dann wird es schwer sein, Halt zu finden. (Sehr richtig.)

Die Kontrollkommission hat sich gestern dem Beschluß des Schiedsgerichts in der Banter Angelegenheit angeschlossen. Eben erhalte ich eine Postkarte, worin mich der Vertrauensmann von Vant ersucht, die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung dem Parteitag zu unterbreiten. Die Sache wird den Parteitag an sich beschäftigen müssen, hängt er doch mit anderen Erscheinungen ähnlicher Art eng zusammen.

Damit schließe ich meinen Bericht. Ich gebe die Versicherung ab, daß die Kontrollkommission redlich bemüht war, ihre Schuldigkeit zu thun, auch wenn es ihr diesmal nicht gelungen ist, die Zustimmung aller Parteigenossen zu finden.

Ich beantrage namens der Kontrolleure die Entlastung des Vorstandes für seine gesamte Geschäftsführung. (Bravo!)

Einger stellt die Unterbreitungsfrage für die zum Vorstandsbericht eingegangenen Anträge. Es gehören hierzu die Anträge 49 und 53, die genügend unterstützt werden. Der Antrag 98 findet nicht genügende Unterstützung.

49. Genossin O. Vaader und Genossinnen: Ein Flugblatt herauszugeben, das von den Beauftragten der Genossinnen zur Veröffentlichung vorgeschlagen wird und das in leicht fasslicher Darstellung die Frauen über den Zollwucher und seine Folgen belehrt und sie zu energischer Protestkundgebung auffordert. Das Flugblatt soll, was die Höhe der Auflage und die Art der Verbreitung anlangt, nicht als Sonderflugblatt der Genossinnen behandelt werden, sondern als Veröffentlichung der Gesamtpartei.

53. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag beauftragt den Vorstand, die Agitation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Folge wirksamer zu unterstützen.

Den Antrag 49 begründet:

Ottile Vaader-Berlin:

Unser Antrag ist veranlaßt durch die Erfahrung bei der Sammlung von Unterschriften unter die Petition gegen den Zollwucher, wie ersichtlich wenig die große Masse der Frauen über die Einwirkung der Zölle auf ihre Verhältnisse unterrichtet ist. Sie wissen nichts von der Belastung des Haushalts, von der Ausbeutung und Auszehrung der Familien, der Not und dem Elend, die die Zollerhöhung in den proletarischen Haushalt trägt, von dem Massensterben der Proletarierkinder. Die Männer haben tätiger agitiert, aber wir wollen ein Flugblatt, das mehr auf die hauswirtschaftlichen Beziehungen Rücksicht nimmt; es soll den Arbeiterinnen gesagt werden, wie das Nahrungsmittel, wie das Material in der Hausindustrie teurer wird usw. Wenn das in leicht fasslicher Form in dem Flugblatt behandelt wird, muß das eine Wirkung ausüben. Wir sind persönlich an den Parteivorstand herangetreten, um die Demonstration größer zu machen und um auch die Genossen zu verpflichten, den Frauen in der Verbreitung des Flugblatts zu helfen, denn das Hinstecken Frauen, die in der Agitation tätig sind, reicht nicht aus. Aus ganz Deutschland, besonders aus den Industrie-Orten, sind wir um die Herausgabe eines solchen Flugblattes von den Frauen ersucht worden.

Hengsbach-Röln:

begründet den Antrag 54 an Stelle des in der Mandatprüfungskommission tätigen Antragstellers Däwel: Bei den Wahlen in Duisburg haben wir abgesehen, wie wir es nicht vorausgesehen hatten. Die Organisation ließ alles zu wünschen übrig; die dortigen Verhältnisse, die Furcht der Großindustrie, dazu die Krise liehen keine Hoffnungen aufkommen. Indessen die Parole: nieder mit den Getreidezöllen! hat ihre Wirkung nicht verfehlt, wir hatten Erfolg. Aber wir haben im Bezirk Duisburg-Mülheim und in Essen die Ueberzeugung gewonnen, daß in die Agitation mehr von oben eingegriffen werden muß. Die Mittel stehen nicht ein. Wir wollten Meyers, der äußerst tätig ist, selbstständig machen für die Agitation, was in dem Kreise mit 83 000 eingeschriebenen Wählern notwendig ist, und der Parteivorstand hat es abgelehnt. Er sollte doch den Genossen im Kreise, die die Verhältnisse kennen, mehr folgen. Auch im Essener Kreise können wir nicht genügend propagieren, weil der „Werkstoff“ ein Kopfbild der Rheinischen Westfälischen Arbeiterzeitung ist. Das ist ja auch sonst ein Hindernis für eine thätigkeits Organisation. (Gerisch: Wir haben bewilligt!) — Nein, Sie haben nur 80 Mark monatlich bewilligt; das ist nur ein Palliativmittel. Es muß in diesen Kreisen mehr geschehen. Die Verhältnisse liegen da anders als anderswo, hier sind noch gewaltige Arbeitermassen für uns zu gewinnen, und es ist da etwas zu machen, wenn nur genügende Mittel vorhanden sind. Ein Kreis, der 1869 bereits durch Hofmeier im Parlament vertreten war, muß uns wieder gewonnen werden; versagen Sie uns dazu nicht die Mittel.

Die Diskussion wird eröffnet.

Lebedour:

Der Parteivorstand hat es für notwendig gehalten, das frühere Verhältnis zu den polnischen Sozialisten Deutschlands zu ändern. Der „Gazeta Robotnicza“ ist die Unterstützung entzogen worden; darüber kann ich nicht urteilen, da ich, wie wohl auch der Parteivorstand, der auch auf die Berichte anderer angewiesen ist, der polnischen Sprache nicht mächtig bin; ich kenne den Inhalt des Blattes nicht. Pfannschuch hat ja auch angedeutet, daß unter Umständen die Unterstützung wieder gewährt werden wird. Etwas anders aber ist es, daß der Parteivorstand, und zwar im Bericht noch schärfer als Pfannschuch mündlich, die Gemeinschaft mit der Organisation der polnischen Sozialisten abgelehnt hat. Die Fassung der Stelle im Bericht kann sogar Leute, die darauf ausgehen, die deutschen und polnischen Genossen einander zu entfremden, zu dem Schluß führen, daß der Parteivorstand den polnischen Sozialisten in Deutschland die Eigenschaft als Sozialdemokraten aberkennt. Jedenfalls wird der Bericht und Pfannschuch — anders kann ich es nicht verstehen — den polnischen Genossen in Deutschland überhaupt das Recht zu einer eigenen Organisation absprechen. Das geht zu weit. Wenn es in dem Bericht heißt „an ein gedeihliches Neben- und Miteinanderverhalten war nicht zu denken“, so mag das vielleicht sein, infolge von Laktlosigkeit von polnischen Genossen; aber diese Erfahrungen mit einzelnen Personen dürfen wir nicht derartig verallgemeinern. In Bezug auf das Verhältnis zu den Polen können wir von Oesterreich lernen. Wir haben aus dem Munde unserer Gäste außerordentliche Lobeserhebungen gehört; aber wir sind in Deutschland sehr rückständig in Bezug auf das Verhältnis für die Bedürfnisse fremder Nationalitäten innerhalb unseres Reichsgebiets. Es ist richtig, bei uns sind 50 Millionen Deutsche und nur 3 1/2 Millionen Polen. Aber mehr Polen sind auch nicht in Ostreich und doch haben diese es verstanden, aus sich heraus eine Organisation zu schaffen und eine Tätigkeit zu entfalten, die die Achtung der gesamten internationalen Sozialdemokratie genießt. Ich meine, das ist auch unseren Polen möglich; sie sind nur unentwickelt, fürchtbar unreif — gewiß! — sie stehen eben noch in den Kinderschuhen, die die Sozialdemokratie aller Nationalitäten erst abtreten muß. Einzelne polnische Genossen mögen sogar ganz unsozialdemokratische Ideen aussprechen; ja,

Parteigenossen, das kommt sogar in der so hoch entwickelten deutschen Sozialdemokratie vor. Dazu kommt, daß die Polen in den verschiedenen Ländern eine ideale, sprachliche, kulturelle Einheit bilden; das muß für uns ausschlaggebend sein.

Im übrigen beziehe ich mich auf die vortrefflichen Ausführungen unserer östreichischen Freunde, daß, was wir hier thun, auch von Bedeutung für die östreichische Partei ist. Ich beantrage folgende

Resolution:

„Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der Partei mit der Organisation der polnischen Sozialdemokraten in Deutschland bald wieder hergestellt wird.“ Das ist das mindeste, was wir thun können und müssen; es enthält keinen Vorwurf für den Parteivorstand.

Stankiewicz-Posen:

Ich bin beauftragt, die Namen der polnisch-sozialistischen Partei zu begrüßen und den Wunsch auszudrücken, daß Ihre Verhandlungen zu einer Stärkung der internationalen Solidarität führen werden. Ich muß aber, so schwer mir die Rede in deutscher Sprache wird, mich gegen einzelne Behauptungen des Parteiberichts wenden. Gewiß, man muß die polnischen Arbeiter aufklären, daß sie nicht als Lohnbrüder auftreten; aber die Absicht von uns war doch wohl, aus den polnischen Arbeitern Sozialdemokraten zu machen. Gewiß, es ist richtig, daß die Erfolge bei uns gering sind, das kommt aber auch in stöckendigen Gegenden vor. Es ist richtig, wir greifen Winter und Gogowski an, aber nur in der Verteidigung; auch der Buam kränkt sich. Gogowski ist kein Pole; er ist in der Fremde geboren und kann kein Wort polnisch. Kasprzak haben wir vor acht Jahren nicht angeklagt und auch nicht die Beweise zu liefern; wir haben uns nach unsern Genossen zu richten. Ein Nebeneinanderwirken ist möglich, ein Miteinanderverhalten nicht. Ihr habt die Pflicht, unsere Organisation anzuerkennen, weil wir eine andere Nation sind, eine andere Zunge sprechen, die Ihr nicht kennt. Ihr müßt Euch auf die Berichte und das ehrliche Gesichts anderer verlassen, kontrollieren könnt Ihr sie nicht. Das ist genau so wie mit den Missionaren in China, sie nehmen sich verkommener Individuen an. Genau so ist es mit Kasprzak; weil seine Existenz unmöglich war, hat er sich zu den deutschen Genossen gesüchtet und spielt sich als ehrlicher Mann auf. Namens der polnisch-sozialistischen Partei habe ich Ihnen zu erklären, daß wir in allen politischen Fragen mit Ihnen stets zusammengehen werden, aber wir verlangen unsere Rechte als Polen; mit Leuten wie Kasprzak arbeiten wir nicht zusammen. Fassen Sie keine Beschlüsse, die uns nur die Arbeit erschweren.

Orb-Offenbach:

Zum Parteibericht habe ich nur einige Wünsche. Rücksicht bei den Landtagswahlen wünsche ich ein zusammenfassendes Bild auch über die Stärke unserer Genossen in den Kommunalvertretungen, und daß die Kommunalbürgerschaft in den ländlichen Verhältnissen etwas ausgiebiger behandelt wird. Daß an die Centralstelle die Mittel zum Teil spärlich fließen, gebe ich zu; aber bedenken Sie die außerordentlich gesteigerten Anforderungen an die Lokalorganisationen. Laufende sind notwendig für die Agitation in den einzelnen Kreisen, für die Lokal- und Provinzialorganisationen. Wir in der hessischen Landeskonferenz haben den Beschluß gefaßt, 33 1/2 Proz. an die Parteikasse abzuführen. Mögen die andern folgen.

Hengsbach-Röln:

Ich nehme nochmals das Wort auf eine Anregung des Genossen Morawski hin, der mir schreibt, da ich als Kandidat im Kreise Duisburg die polnische Bevölkerung kennen gelernt hätte, würde ich wohl für die polnische Sonderorganisation eintreten. Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich gebe durchaus zu, wer der polnischen Sprache mächtig ist, die polnische Bevölkerung genau kennt, kann besser bei den Polen agitieren; aber die Extracurricular der Sonderorganisation brate ich Ihnen nicht. Die polnischen Agitatoren gehen darauf aus, die Polen mehr zu Polen als zu Sozialdemokraten zu erziehen. Das wird sich rächen, wie es sich ähnlich in Elsas-Lothringen bitter gerächt hat. Ich habe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo sich über 80 000 Polen befinden, mich gewiß mit den dortigen Verhältnissen gekümmert; aber gerade diese beweisen, daß eine Sonderorganisation nicht notwendig ist. Arbeiten wir lieber auf eine Centralorganisation hin anstatt dieser Kräftezersplitterung in Sonderorganisationen.

Windhoff-Düsseldorf:

spricht für den Antrag der Essener Genossen und beantragt hinzu-zufügen: „und finanzielle Unterstützung aufzugeben zu lassen.“ Das Centrum hat in den niederrheinischen Kreisen in den letzten Jahren eine starke Organisation geschaffen; wird diese weiter ausgebaut, dann ist unser Stand ein noch schwierigerer als bisher. In dem Landkreis Düsseldorf mit seinen 50 Orten haben wir nur in drei Orten ein Lokal zur Verfügung. Wenn wir trotzdem Fortschritte gemacht haben, so ist das ein Beweis, daß wir unsre Pflicht gethan haben. Aber die Agitation bedarf Kapitalien, wenn sie Zinsen bringen soll. Wir können nicht zu gleicher Zeit überall sein. Im Rheinland haben wir selbst keine Angeordneten. Mollenbutz, der Vertreter von Barmen-Elberfeld, wohnt nicht im Wahlkreis. Die Abgeordneten, die hingekommen sind, werden aber bestätigt, daß unsere Versammlungen durchgängig sehr gut besucht gewesen sind.

Groß-Hofstod:

Ich habe keine tabulierten Bemerkungen zu dem Vorstandsbericht zu machen, wir in Mecklenburg sind stets in der freigeständigsten Weise bedacht worden, und wir haben auch gute Erfolge erzielt. Unter unsren mecklenburgischen Delegierten befindet sich ein Landarbeiter, dessen Delegationskosten die Landarbeiter selbst aufgebracht haben. (Bravo!) Auch der fünfte mecklenburgische Wahlkreis gehört zu denen, die im Reichstage vertreten sind und keine Beiträge an die Central-kasse abgeführt haben. Wir haben das selbst schon unangenehm empfunden und hoffen, daß der hier ausgesprochene Tadel zu einer Besserung beiträgt. Dem Antrag der Genossin Vaader stehe ich sympathisch gegenüber, doch muß das Flugblatt auch auf die Verhältnisse der Frauen auf dem Lande, der vielen Millionen Landarbeiterinnen, eingehen, die sich heute vielfach als Produzentinnen fühlen und von höheren Zöllen Vorteile zu haben glauben. Diese falschen Vorstellungen muß das Flugblatt widerlegen, es muß bewiesen werden, daß die Sozialdemokratie auch für die Landarbeiter eintritt, wir müssen die Behauptungen des Bundes der Landwirte als Truggebilde enthüllen, damit die Landarbeiterinnen sich zu uns hingezogen fühlen.

Gogowski-Posen:

Ich muß mich ganz entschieden gegen die Resolution Lebedour wenden, denn die polnischen Sozialisten haben nicht für den Internationalismus, sondern für den Nationalismus agitiert, und diese Art der Agitation dürfen wir nicht unterstützen. Das Geld für die „Gazeta Robotnicza“ ist einfach zum Fenster hinausgeworfen. Die gewerkschaftlichen Organisationen in Polen sind nicht von polnischen, sondern von deutschen Arbeitern gegründet worden, die es verstanden haben, die polnischen Arbeiter zu gewinnen. Bei der letzten Wahl wurde in einem Flugblatt der sozialdemokratische Kandidat in ganz schamhafter Weise von der polnischen Partei verdächtigt. Für solche Agitation danken wir. Da hat der Vorstand durchaus recht, wenn er von der Sonderorganisation nichts wissen will. Die Genossen in Polen wollen auch gar keine Sonderorganisation. Unterstützen wir deshalb nicht die national-polnische Bewegung, die nur und nimmer zum Sozialismus führt. Ich bitte Sie, die Resolution Lebedour möglichst einstimmig abzulehnen.

Dr. Rosa Luxemburg:

Nun haben wir wieder die schönste Polendeckelung, aber wir sind nicht schuld daran, wenn wir wieder mit diesen unerquicklichen Dingen traktiert werden. Die Debatte ist angefangen durch Lebedour, der sich gewiß durch das Gefühl für Gerechtigkeit und des Mitleids mit allen Unterdrückten leiten ließ, ein Gefühl, das leider in diesem Fall durch die Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse nicht getrübt wird. Ich kann Sie beruhigen, wenn jemand von Ihnen so wie Lebedour in Konflikt mit seinem Gewissen geraten sollte, eine polnische Frage als solche existiert für uns glücklicherweise nicht mehr, wir sind im Reinen und können über die Resolution Lebedour zur Tagesordnung übergehen. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Social-

demokratie auch gegenüber den Polen dem Prinzip der internationalen Solidarität und der Gleichheit der Nationen und Geschlechter treu bleiben müsse und auch treu geblieben ist. Wenn es zu Unzulänglichkeiten, zu unangenehmen Konflikten innerhalb der polnisch-sozialistischen Organisation Deutschlands gekommen ist, so handelt es sich nicht um einen Konflikt zwischen Deutschland und Polen, sondern um einen zwischen polnischen Sozialdemokraten, die auf internationalem Boden stehen und solchen, die auf nationalem Boden stehen. Diese polnischen Sozialdemokraten haben auf ihrem letzten Parteitag ausdrücklich erklärt, sie schneiden das Tischschürchen. (Sehr richtig!) Auch wir schätzen natürlich die unterdrückten Polen; ich fahre am Donnerstag von hier direkt nach Posen, um mich wegen Beleidigung des preussischen Kultusministers Studt zu verantworten, die ich verübt haben soll in einer Broschüre mit dem Titel „Zum Kampf der polnischen Nationalität“. Wo Sie sehen, wir wollen die polnische Nation schützen, so wie wir das überhaupt können, durch mündliche und schriftliche Agitation. Wer war es denn, der auf dem Wäzinger Parteitag beantragt hat, die Reichstags-Fraktion möge sich der unterdrückten Polen annehmen? Das waren wir, die man heute als Unterbrüder der polnischen Sozialdemokraten hinstellt. Neue Leute aber haben in der „Gazeta Robotnicza“ diesen Antrag völlig verschwiegen; das genügt, um Ihnen zu zeigen, wie sorgfältig sie es vermeiden, den polnischen Genossen, die sie verdammt und verachtet haben, die Wahrheit zu enthüllen. Und diese Leute kommen hierher und sagen: „Warum stößt Ihr uns zurück, warum wohnt Ihr nicht unsre Rechte, wir wollen friedlich mit Euch zusammenarbeiten.“ Wollt Ihr noch einen Beweis dafür, was für Löhne Brüder diese Leute sind, so erinnere ich nur an die vorletzte Nummer der „Gazeta Robotnicza“, wo als Ursache für den Verlust des Wahlkreises Rühlhausen und für die Niederlage unserer Partei in Rummel-Handlung angegeben wird, daß die deutsche Sozialdemokratie ebenso wie den Polen auch den französischen und litauischen Genossen gegenüber die Pflicht der internationalen Sozialdemokratie bricht. (Hört! hört!) Das sind die Mittel, womit diese Leute gegen uns agitieren. Und wollt Ihr noch einen Beweis, um einzusehen, daß es Lug und Trug ist, wenn diese Leute sagen, sie wollen mit uns zusammenarbeiten, so erinnere ich an die Worte von Gaule: Wir sprechen auf die Beschlüsse der deutschen Parteitage. Sie sehen, was für Falschheit in der Agitation gegen uns liegt. Es wird soviel Sams darum gemacht, daß derjenige, der die Verhältnisse nicht kennt, glauben könnte, es handelte sich um eine zahlreiche Gruppe, die mit uns nicht Hand in Hand gehen kann. Verurteilen Sie sich, es ist nur eine handvoll Kratexler, um eine sogenannte Partei, die bequem auf einem Sofa Platz nehmen könnte. (Auf: frech gelogen!) Mit Leuten, die auf dem Boden der internationalen Solidarität stehen, sind wir immer bereit, zusammen zu arbeiten, wie wir es in Posen und Obersachsen thun. Bis aber jenes hässliche Leute durchaus ihr Extraröschchen auf dem Sofa haben, so möge sie es behalten. Ich bitte Sie nochmals, über den Antrag Lebedour möglichst einstimmig zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.) (Schluß im Hauptblatt.)

Versammlungen.

Die Steinfeyer hielten am Sonntagvormittag im Lokale von Rämam eine vom Gesellenauschuß einberufene Versammlung ab behufs Stellungnahme zur Lohnfrage für das kommende Jahr. Der am 1. April d. J. in Kraft getretene Tarif läuft nämlich für eine kleinere Anzahl Firmen schon am 31. März nächsten Jahres ab. Es soll diesen nun der Antrag unterbreitet werden, den jetzt gültigen Tarif — in der Hauptkategorie 75 Pf. Minimal-Stundenlohn, neunstündige Arbeitszeit, für Nebenstunden und Nachtarbeit 25 bezw. 30 Prozent Aufschlag — noch auf weitere zwei Jahre, also bis zum 31. März 1904, zu verlängern. Demjenigen Firmen, welche den Tarif bis 31. März 1900 anerkannt haben, es sind das die meisten und größten Firmen, soll der Vorschlag gemacht werden, ebenfalls der Verlängerung des Vertrages bis 1904 zuzustimmen. Alle weitergehenden Anträge, welche eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung etc. forderten, wurden nach sehr lebhafter Debatte als vorläufig undurchführbar nahezu einstimmig abgelehnt.

Auch die Lehrlingsfrage entfesselte eine eingehende Debatte, da verschiedene Innungsgrößen nach dem Streit förmliche Lehrlings-züchtereien etabliert haben. So wurde berichtet, daß der Steinfeyermeister Pelloß, früherer Obermeister, auf einem Bau in Tempelhof bei 2 Gesellen 19 Lehrlinge, auf einem Bau in der Turnstraße mehrere Kolonnen mit je einem Gesellen und 4—5 Lehrlingen beschäftige. Der Steinfeyermeister Häbner hat einer Kolonne von vier Lehrlinge einen älteren Lehrling als „Pöller“ zugeweiht. Es wurden hierzu folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Hat der Gesellenauschuß in allen den Fällen, wo die Zahl der Lehrlinge in einem offenbaren Mißverhältnis zur Zahl der Gesellen steht, sofort Beschlüsse an die Aufsichtsbehörde zu richten und dieselbe zu veranlassen, die Steinfeyermeister auf Grund des § 128 der Gewerbe-Ordnung zu zwingen, eine entsprechende Anzahl ihrer Lehrlinge sofort zu entlassen. 2. Sollen die Gesellenmitglieder der Lehrlings-Prüfungskommission bei den Prüfungen streng darauf sehen, daß die Prüflinge ihr Examen bestehen und in mangelhaften Fällen die Bestätigung zu verweigern, damit auch auf diese Art die Aufmerksamkeit der Aufsichtsbehörde auf die Lehrlingswirtschaft in der Innung gelenkt wird. 3. Soll der Innung der Antrag unterbreitet werden, daß in Zukunft höchstens auf je fünf Gesellen ein Lehrling gehalten werden darf. Als Grundlage für die Berechnung der Zahl der Gesellen hat die Durchschnittszahl der in den letzten drei Jahren beschäftigten Gesellen zu dienen. Es wurden sodann 13 Delegierte für die Ortskonferenz gewählt. Der Gesellenauschuß wurde beauftragt, gemeinsam mit den Organisationsvorständen in nächster Zeit eine Vorlage anzuarbeiten, wie und auf welche Weise diejenigen Kollegen wirksam geschützt werden können, welche wegen etwaigen Protestes gegen allzu hohe Anforderungen an die Arbeitsleistungen entlassen werden.

Die Kommission der Tabakarbeiter ersucht uns um Veröffentlichung des Folgenden:

Unterzeichnete Kommission sieht sich veranlaßt, auf die vom Genossen Schulzki in der Sitzung der Gewerkschaftskommission vom 20. September abgegebenen Erklärung folgendes zu erwidern:

Wie uns scheint, soll nur der Spieß umgekehrt, uns aus unserm Vorgehen ein Strich gedreht werden, umsonst, als wir uns nicht bewußt sind, die Allgemeinheit durch unser Vorgehen geschädigt zu haben. Liegt doch die Sache gerade umgekehrt. Hat doch selbst Genosse Schulzki in Nr. 209 des „Vorwärts“ selbst zugeben müssen, „daß durch Versehen einiger Angelegten eine oder die andere Rolle in den Verleher gekommen sei“; hat doch Genosse Voigt zugestanden (Nr. 210 des „Vorwärts“), daß seine Verkäuferinnen zu zwei verschiedenen Malen boykottierten Tabak an die Frau des Genossen Künze verabfolgt haben. Unwiderrspen geblieben ist bis jetzt die Erklärung des Genossen Künze (211 des „Vorwärts“), „daß er sich beschwerend über die Geschäftsleitung des Konsumvereins „Berlin-Nord“ gewandt habe, nachdem er feststellte, daß circa 8 Wochen nach der Boykottierung der Firma Hanowader noch boykottierter Tabak dort verkauft wurde, und als er sich mit dem Versprechen begnügte, daß Abhilfe geschaffen werden sollte, habe er circa 8 Tage später vom Genossen Voigt hören müssen, daß noch alles beim alten sei. Sollten wir uns nun vielleicht noch petitionierend an die Geschäftsleitung wenden, um Abhilfe zu bitten usw. usw.? Nein! werthe Genossen! Das wäre der Sache der Nordhäuser Tabakarbeiter wohl nicht würdig gewesen; denn wenn dieses am grünen Holze der Abzweigungstreuen Genossen geschicht, was soll man dann vom dünnen Holze, den vollständig indifferenten Arbeitern, verlangen? Hier wäre die Frage wohl noch am Platze: Wie ist es möglich, daß nach den oben bereits kurz skizzierten Erklärungen der Genossen Schulzki, Voigt und der bis jetzt unwiderrspen gebliebenen Erklärung des Genossen Künze eine derartige Erklärung, wie sie Genosse Schulzki in der Gewerkschaftskommission vom 20. September abgegeben, erfolgen konnte? Wir unterwerfen weisen den in dieser Erklärung liegenden Wortwitz voll und ganz zurück.

Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Der fünfte Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands

Begann hier am Montag früh in den Armishallen seine Verhandlungen. Am Sonntag fand ein Kommerz und eine kurze Sitzung statt, in der vom Vorsitzenden der Geschäfts-Kommission Hr. Kater der Kongress eröffnet und die Mandats-Prüfungskommission gewählt wurde.

Anwesend sind 49 Delegierte mit 74 Mandaten aus 24 Verufen und 23 Orten. Außerdem ist die Geschäftsleitung der Maurer, der Zimmerer und der Hauptvorstand der Metallarbeiter-Gewerkschaft, ferner die Geschäfts-Kommission und die Revisoren der letzteren vertreten. Zur Leitung des Kongresses werden Hr. Kater, Berlin, J. Hürschjen-Schöneberg als Vorsitzende und Sommerenke-Schöneberg als Schriftführer gewählt. Auf Vorschlag der Mandats-Prüfungskommission wird die Verhandlungszeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Redezeit ist unbeschränkt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Referenten: Kater und Thieme. 2. Die Bestrebungen der Centralorganisationen gegenüber den neutralen Gewerkschaften. Referent: Kater. 3. Streiks, deren Regelung und Unterstützung. Referent: Th. Fischer. 4. Die deutsche Handelspolitik und die Lage der Arbeiter. Referent: A. Kleinlein. 5. Erledigung der eingegangenen Anträge. 6. Wahl der Geschäfts-Kommission.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht liegt gedruckt vor. Derselbe und dem Referat von Hr. Kater ist u. a. folgendes zu entnehmen: Die Geschäfts-Kommission hielt seit dem letzten Kongress 23 Sitzungen unter sich selbst, sowie 8 Sitzungen mit den Berliner Organisationsvorständen und dem Ausschusse des Gewerkschafts-Kongresses für Berlin und Umgegend ab. Versammlungen außerhalb Berlins wurden im Auftrage der Geschäfts-Kommission respektive auf Wunsch der Gewerkschaften 84 abgehalten und durch Referenten besichtigt. Außerdem wurden die Kongresse der Maurer, der Zimmerer und die Generalversammlung der Möbelpolierer und Weber besichtigt und zwei Protestversammlungen gegen die Neutralitätsbestrebungen der deutschen Centralverbände veranstaltet. In einigen Orten: Weihenböhe, Gemündorf, Küstrin und teilweise auch Herzfelde ist die mühevollen und anstrengende Agitation der Geschäfts-Kommission nicht von Erfolg gekrönt worden. Es kommen hier hauptsächlich ungelernete Arbeiter in Betracht, die bei der geringsten oppositionellen Regung von den Unternehmern gemahnt und leicht durch andre ersetzt werden. Aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Behörden lassen nichts unberücksichtigt, um die Organisationen zu zerstören. J. B. ist es in Weihenböhe infolge der von der dortigen Polizeiverwaltung angewandten Mittel unmöglich gewesen, eine Vereinigung oder auch nur eine Versammlung zu Stande zu bringen. Auch sonst hat die Geschäfts-Kommission einen schweren Stand gehabt. Außer der Vertreibung der Agitation, sind in mehreren Fällen von ihr oder mit ihrer Hilfe die Streiks geleitet und ferner ist ihr die Aufgabe zugefallen, oftmals die Angriffe der „Verbändler“ abzuwehren, und ist es hierbei verschiedentlich zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Der Referent berichtet über mehrere Einzelsfälle und führte dann an, daß die Behauptung, die auch fast durch die ganze Parteipresse gegangen ist, daß der Verband der Weber und verwandter Berufsgruppen (Sty Krefeld), der an die Geschäfts-Kommission angeschlossen ist, an Mitgliedern bedeutend verloren habe, ganz unzutreffend ist, daß der Verband vielmehr sehr gut steht und gegenwärtig 6300 Mitglieder zählt.

Der Centralisation haben sich seit dem letzten Kongress der Verband der Weber und verwandter Berufsgruppen, die Gewerkschaft der Maler Deutschlands, der Verband der Radfahrer, der Fachverein der Kistenmacher, der Verein der Handwerker, Väder etc. und der Kleingärtner angeschlossen. Ihren Austritt aus der Organisation haben erklärt: Die Stadtarbeiter Berlins, der Verband der Möbelpolierer, der Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, der Verein der Bretterträger und Dreifachweber, der Verein der Bildhauerinnen, die Sektion der Federweber der des Streiks Solingen und der Verein der Strohh- und Filz- und Arbeiter in Dresden. Die Organisation der Wäcker ist eingeklappt.

Die Solinger Vereinigungen, die hohe Anforderungen an die Geschäfts-Kommission stellten, und ihr viel Mühe verursachten, haben der Centralisation nicht nur nichts gegn, sondern sie materiell sehr geschäftigt. Die Solinger Gewerkschaften haben große Unterstützungen erhalten, die den Beschäftigten entsprechenden Beiträge aber nicht geleistet, und sie schulden der Centralisation jetzt noch mehrere tausend Mark. Die Maurer in Halle a. S. sind aus der Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer ausgetreten, nachdem sie von der Geschäfts-Kommission 80 808,95 M. als Unterstützung bei dem letzten Streik erhalten haben.

Die Aufbringung der Gelder nach Aufgabe der auf dem 4. Kongress gefassten Beschlüsse (Umlageverfahren) hat sich nicht so bewährt, wie erwartet wurde und ist dies wesentlich die Ursache der Enderfassung dieses Kongresses. Einerseits fehlen in mehreren Gewerkschaften noch die Einrückungen, die es gestatten, schnell Mittel zur Streikunterstützung zusammen zu bringen, andererseits haben auch einige Gewerkschaften in ihrem eignen Verufe fortwährend Kampfe mit dem Unternehmertum, und deshalb konnten sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, zumal der Mangel an Geld wegen sehr häufiger Unterstützungen gezahlt werden mußten, die mit den von der Centralisation aufgestellten Grundsätzen im strikten Widerspruch stehen. Die andern Gewerkschaften waren notgedrungen gezwungen, den Ausfall zu decken. Für die Geschäfts-Kommission haben sich dadurch mancherlei Schwierigkeiten ergeben.

Die Einnahmen des Agitationsfonds beliefen sich in der Zeit vom 1. April 1900 bis 1. Juli 1901 auf 4062,19 M. Die Ausgaben betragen, darunter 1000 M. an den Streikunterstützungsfonds, 4554,63 M., so daß ein Kassenbestand von 47,56 M. verblieb. Von der Geschäfts-Kommission sind als Streikunterstützung 92 075,50 M. ausbezahlt worden. Außerdem sind durch das Gewerkschafts-Kartell in Berlin zu verschiedenen Streiks 7057,44 M. gegeben worden. Eingegangen sind zu den Streiks von den Gewerkschaften 86 541,30 M. Davon von der Centralisation der Maurer 86 940,— M., der Zimmerer 11 550,— M., vom Verband der Möbelpolierer 18 400,— M., Verein der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins 2850,— M., Zimmerarbeiter Berlins 3190,— M. und vom Central-Komitee in Solingen 3200,— M.

Laut Beschluß des 4. Kongresses veränderte die Geschäfts-Kommission Ende vorigen Jahres an alle der Centralisation angeschlossenen Gewerkschaften Fragebogen, die 25 Hauptfragen und die dazu gehörigen Unterfragen enthielten. Leider wurden die Fragebogen, die Auskunft über die Tätigkeit, Entwicklung und geschäftlichen Einrichtungen der Organisation, sowie über die Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, wirtschaftlichen Kämpfe und Leistungsfähigkeit geben sollten, teilweise recht mangelhaft und von einzelnen Organisationen gar nicht beantwortet. Aus den Fragebogen, die von 84 Organisationen in 20 Verufen und 41 Orten beantwortet wurden, ist unter anderem folgendes zu entnehmen:

Küwehrestreiks fanden 10 statt, beteiligt waren daran 1565 Kollegen mit durchschnittlich 27 Tagen pro Mann. Angriffsstreiks fanden 20 statt, beteiligt waren daran 2065 Kollegen mit durchschnittlich 24 1/2 Tagen pro Mann. Ausperrungen fanden 9 statt, woran 1174 Kollegen mit durchschnittlich 123 Tagen pro Mann beteiligt waren. Mit-Ausperrungen wurden an achtzig Berufsgruppen mit je 4 Tagen vollzogen. Wapperrungen wurden in 5 Fällen von 65 Berufsgruppen mit 24 Tagen Arbeitsverlust, durchschnittlich 4 1/2 Tage pro Mann, vollzogen. Durch Vergleich wurde ein Streik beigelegt (Wäcker). — Die Streiks haben im ganzen an Unterstützung die Summe von 197 897,48 M. gekostet. — Die Frage über das Vermögen des Vereins und Streik- resp. Unterstützungsfonds haben nur 54 Organi-

tionen beantwortet. Das Gesamtvermögen dieser Organisationen betrug nach den Angaben 102 209,92 M.

89 Organisationen in 20 Verufen, die sich auf 116 Orte erstrecken, zählten zusammen 19 757 Mitglieder, während in denselben Orten und Verufen insgesamt 102 015 Arbeiter beschäftigt sind.

Den Bericht über die Presse erstattet E. Thieme. Danach hatte die „Einigkeit“ im 2. Quartal vorigen Jahres 102252 Abonnenten und infolge des Beschlusses des vierten Kongresses, daß das Organ wenn irgend möglich, obligatorisch einzuführen ist und infolge der regen Agitation ist die Abonnentenzahl auf 11 158 im 4. Quartal vorigen Jahres gestiegen. Seit dieser Zeit ist ein Rückgang zu verzeichnen und beträgt die Abonnentenzahl für das 3. Quartal nur noch 9625. Der Rückgang ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß einige Gewerkschaften, wie die Metallarbeiter und die Maler eigene Organe gegründet haben und auf den Austritt der früher angeschlossenen Organisationen. Die Einnahmen für die „Einigkeit“ betragen in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis inkl. 30. Juni 1901 insgesamt 45 402,47 M., die Ausgaben 44 372,97 M., so daß ein Bestand von 1030,10 M. verblieb. Hinzukommt noch das ausstehende Darlehen an den Streik-Unterstützungsfonds von 6763,80 M., so daß ein Gesamtgewinn von 7793,90 M. zu verzeichnen ist.

Nachdem die Berichte gegeben, wird zunächst beschlossen, dem socialdemokratischen Parteitag in Lübeck ein Begrüßungs-Telegramm zu übersenden und dann in die Diskussion einzutreten.

Horitz Berlin (Metallarbeiter-Gewerkschaft) wünscht, daß die Geschäfts-Kommission eine noch regere Tätigkeit entfaltet, hierbei aber auch den Verhältnissen und Wünschen der Organisation mehr Rechnung trägt. Der Redner teilt mit, daß sich die Gründung eines eignen Fachorgans bei seiner Gewerkschaft gut bewährt habe, und wendet sich sodann dagegen, daß eine Organisation, die aus der Centralisation ausgetreten, wieder aufgenommen werden soll, wenn dieselbe von der Generalkommission nicht anerkannt wird und deshalb die Aufnahme wieder nachläßt.

Th. Fischer Berlin (Zimmerer) behauptet, daß die Statistik der Generalkommission über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften den Tatsachen nicht entspricht. Es wird darin so dargestellt, als ob die Vertrauensmänner-Centralisation in der Auflösung begriffen sei. Es sei deshalb notwendig, daß die Mitgliederzahl aller bei der Geschäfts-Kommission angeschlossenen Organisationen, auch wenn sie auf diesem Kongress nicht vertreten sind, festgesetzt werde und eine Richtschnur erfolge. Der Geschäfts-Kommission haben teilweise die agitatorischen Kräfte und auch die finanziellen Mittel gefehlt, um eine umfangreichere Agitation betreiben zu können.

Klammes Berlin (Wäcker) teilt mit, daß die Wäcker ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, weil der Kassierer der Organisation die ganzen Gelder unterschlagen hat. Die Mitgliederzahl ist beträchtlich zurückgegangen. Nebrigens wären auch andre Gewerkschaften, die es konnten, ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Der Redner beschwert sich ferner darüber, daß die Lohnbewegung der Wäcker nicht einmal moralisch unterstützt worden ist, und folgedessen ein fauler Frieden geschlossen werden mußte.

Hessm Berlin (Lapazierer) ist der Meinung, daß die „Süd-deutsche Förderung“, die vordem die Unterstützung der Geschäfts-Kommission erhalten hat, wenn sie sich der Centralisation anschließen will, aufgenommen werden müsse, auch dann, wenn in dieser Organisation der anarchische Geist vorherrscht.

Deha Hannover (Metallarbeiter-Gewerkschaft) wünscht, daß die Geschäfts-Kommission die angeschlossenen Organisationen genügend unterstützt und dahin wirkt, daß von diesen selbst eine kräftige Agitation entfaltet wird. Außerdem müsse darauf geachtet werden, daß die angeschlossenen Organisationen die Prinzipien der Centralisation in jeder Weise wahren und daß es nicht wieder vorkommt, daß mit einer christlichen Gewerkschaft Bündnisse gegen eine Verbandsorganisation geschlossen werden. Andererseits müsse aber eine scharfe Stellung gegen diejenigen genommen werden, auch wenn es Parteigenossen sind, welche die Vertrauensmänner-Centralisation bekämpfen.

J. Gehl Berlin (Maurer) polemisiert namentlich gegen den Geschäftsbericht und spricht sich für eine lebhaftere Agitation seitens der Geschäfts-Kommission aus. Der Redner, der sich sonst mit der Haltung der „Einigkeit“ zufrieden erklärt, kritisiert, daß ein Aufruf für die Beschädigung des Pariser Kongresses im Organ erschienen ist, trotzdem die Vertrauensmänner-Centralisation auf dem letzten Kongress die Nichtbesichtigung beschlossen hat. Von diesem Redner wird dann darauf hingewiesen, daß laut den Beschlüssen und Programmen nur solche Organisationen zur Vertrauensmänner-Centralisation zugelassen werden dürfen, die auf dem Boden der Socialdemokratie stehen.

H. Vaer Krefeld (Weberverband) führt an, daß nicht die von ihm vertretene Organisation den bekannnten unelidlichen Kampf veranlaßt, sondern daß derselbe durch das Kartell und durch den Textilarbeiter-Verband heraufbeschworen worden ist. Trotzdem vorher Vereinbarungen getroffen worden sind, angefaßt der schlechten Konjunktur alle Arbeiter unter den Arbeitern zu vermelden, sind gelegentlich der Gewerkschaftswahlen neue Justizstellen entstanden, weil das Kartell dem Weberverband seine Gewerkschafts-Kandidatur zuruckwies und nur Kandidaten vom Textilarbeiter-Verband aufstellte. Unter diesen Umständen sei das Bündnis mit den christlichen Gewerkschaften völlig gerechtfertigt und eine rein laizistische Haltung gewesen, bei der das Prinzip, wenn man nicht Prinzipienkerei treiben will, in keiner Weise verletzt worden sei. Obwohl alle Mittel angewandt wurden, den Weberverband zu beiraten, so hat derselbe trotzdem sehr gute Fortschritte zu verzeichnen. Wenn die Einnahmen nicht so günstig sind, so sei das daraus zurückzuführen, daß die Arbeitsverhältnisse außerordentlich schlecht seien und demzufolge ein großer Teil der Mitglieder beim besten Willen nicht im stande ist, den festgelegten Beitrag an die Organisation zu bezahlen.

Behrendt Berlin (Maler) berichtet, daß die Maler-Gewerkschaft durch die Einführung eines eignen Organs gute Erfolge erzielt, und man kein Recht habe, den Organisationen, die den Mut und die Kraft haben, eigene Fachorgane zu gründen, einen Vorwurf daraus zu machen. Der Redner wendet sich gegen eine eventuelle Wiederaufnahme der Möbelpolierer, die aus der Centralisation ausgetreten sind.

Reuter Berlin (Möbelpolierer) bedauert, daß gegen seine Gewerkschaft verschiedene Vorwürfe erhoben worden sind. Allerdings sei sie von der „Modestanz“ angefaßt worden und aus der Vertrauensmänner-Centralisation ausgetreten. Doch werde sie ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen, wie es auch bereits beschlossen ist. Es sei auch gar nicht ausgeschlossen, daß eine Änderung der Ansicht in der Organisation eintritt, zumal ein Teil der Mitglieder mit den gefassten Beschlüssen nicht einverstanden ist.

An der Diskussion über den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht der Geschäfts-Kommission, die bis zum Schluß der gestrigen Tagung dauerte, beteiligten sich außerdem: Witte, E. Härtter, Puttly, O. Wötcher, W. Bernan, Härtter, Wolter, W. Fischer, Kleinlein, sämtlich aus Berlin, und E. Herder-Solingen, Geray-Wachen, Paetrow-Straßburg, Küstner-Halle a. S., Obermeyer-Brandenburg. Post alle Redner äußerten sich über die finanziellen Verhältnisse und über die Agitation und betonten, daß nach beiden Richtungen eine zweckentsprechende Regelung vorgenommen werden müsse. Von mehreren Delegierten wurden außer der Kampfesweise der Verbände, insbesondere auch das Verhalten eines Teils der Parteipresse lebhaft kritisiert.

Nach Schluß der Diskussion wurde beschlossen, die aus dem Vorkhonds der „Einigkeit“ für Streikunterstützung entnommenen 8150,15 M. niederzuschlagen und in der Zukunft aus dem Vorkhonds für Streikunterstützung keine Gelder mehr zu geben. Außerdem gelangte folgender Antrag zur Annahme: Da verchiedene Kreisler bei den von der Geschäfts-Kommission aufgestellten Umlageverfahren vor-

handen sind, so ist eine Kommission zu wählen, die die Aufgabe hat, das Umlageverfahren zu prüfen, event. eine neue Aufstellung zu machen. Die neue Aufstellung soll nach einem weiteren Beschluß auf Grundlage der Präsenzliste vorgenommen werden. In die Kommission wurden Puttly, Kleinlein und Härtter gewählt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Dresdener Casino, Dresdenerstr. 90. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Frankl: Der Katholikentag in Osnabrück. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Verloren gegangen ist beim Unterschriften sammeln ein Bogen Boms und ein Notizbuch. Abzugeben bei Rechner, Hagelbergstr. 23.

Schöneberg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden zu der heute (Dienstag) abend stattfindenden Flugblattverbreitung eingeladen. Ausgabe nur bei Ständer, Hohenstaufenstr. 80, und Moil, Sponholzstr. 34, von 7 Uhr abends ab. Besonders werden die Mitglieder eingeladen, die am letzten Sonntag ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Der Vorstand des Wahlvereins.

lokales.

Die Hausagrarier und die Stadtverordneten-Wahlen.

Im „Grundeigentum“, dem Organ des „Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine“, erörtert der Stadtverordnete Wallach die Frage, wie sich die Grundbesitzer-Vereine zu den Stadtverordneten-Wahlen verhalten sollen. Er beschränkt sich dabei im wesentlichen auf die Wahlen der dritten Abteilung, aber diese Abteilung ist ja auch die einzige, bei der man von einem eigentlichen Wahlkampf sprechen kann.

Herr Wallach ist der wichtigste Führer des Hausagrarertums in der Stadtverordneten-Versammlung. Dennoch oder vielmehr gerade deshalb warnt er die Hausbesitzer, sich auf eigene Hand, wie es manche hausagrarische Heißsporne wünschen, als sogenannte „unpolitische“ Partei an dem Wahlkampfe zu beteiligen. Herr Wallach weicht nämlich, daß in der dritten Abteilung ein Sonderkandidat des Hausagrarertums noch weniger als irgend ein anderer bürgerlicher Mandatbewerber Aussicht auf Erfolg haben kann, darum empfiehlt er den Hausbesitzern, sich lieber an die freisinnige Partei anzuschließen und Hausbesitzer-Delegierte in die einzelnen Wahlkomitees zu entsenden, die dort „fleißig mitarbeiten“. Dann könne es nicht fehlen, daß nur solche Kandidaten die Majorität erringen, welche auch gewählt sind, den Grundbesitzern ihr gutes Recht nicht zu schmälern.

So weit es sich darum handelt, ob die Hausbesitzer in den freisinnigen Wahlkomitees auf das gewöhnliche Entgegenkommen rechnen dürfen, wird sich Herr Wallach in seiner Hoffnung nicht täuschen. Bisher hat die Freisinnigen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Mehrzahl noch stets bereit gewesen, die Interessen des Hausagrarertums möglichst zu fördern. Die Hausbesitzer haben wirklich keinen Grund, Sonderkandidaten aufzustellen und sich die Unkosten eines eignen Wahlkampfes zu machen. Dagegen wird Herr Wallach seiner Versicherung, daß den hausagrarisch-freisinnigen Kandidaten der Sieg nicht fehlen könne, wenn Freisinn und Hausagrarertum wie bisher, so auch diesmal wieder Hand in Hand gehen, wahrheitsgemäß selber recht stark Zweifel entgegenbringen. Hinterher sagt er ja auch, daß der größere Teil der Wahlbezirke dritter Abteilung den Socialdemokraten ziemlich sicher sei. Wenn die arbeitende Bevölkerung Berlins in dem bevorstehenden Wahlkampfe ihre Pflicht thut, ist es wohl möglich, daß der „ahnungs-volle Engel“ recht behält.

Zwischen zwei Stühlen. Die Stellungnahme zum Zolltarif-entwurf endgültig abgelehnt hat der Vorstand der Berliner Säckerei-Zinnung „Germania“. Es wurde einstimmig erklärt, daß es im Interesse der Zinnung liegt, von jeder Stellungnahme zum Zolltarif abzulassen und sich keinesfalls der Agitation der linksstehenden Parteien gegen die Getreidezollerhöhung anzuschließen. Im Gegensatz dazu spricht sich das amtliche Organ des Vorstandes Germania-Zinnungsverbandes, dessen Vorly gleichfalls Obermeister Bernard führt, entschieden gegen den Zolltarif aus. In der Juliheft eines Zinnungs-Obermeisters wird u. a. bemerkt: „Unbegreiflich ist es, wie es Wäcker geben kann, die sich für hohe Getreidezölle begeistern und damit die Geschäfte der Großgrundbesitzer besorgen. Jeder Stand hat doch in erster Linie für seine eigne Existenz zu sorgen, und die Abnehmer der Wäckerwaren sind doch nicht etwa die Bauern, sondern die Gewerbetreibenden und Arbeiter.“ Auch verschiedene Wäcker-Bezirksvereine haben, obwohl zum Germania-Zinnungsverbande gehörend, sich mit Entschiedenheit gegen die geplante Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen.

Eine Grundstücks- und Wohnstatistik für Groß-Berlin, d. h. für Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Friedenau, Schmarzow, Grunewald, Schöneberg, Tempelhof, Rixdorf, Treptow, Straus, Pantow, Rummelsburg, Lichterberg, Friedrichsberg, Hohen-Schönhausen, Weihensee mit Neu-Weihensee, Heinersdorf, Nieder-Schönhausen mit Schönholz, Reinickendorf und Blüthenow, ist durch Vereinbarung mit den betreffenden Gemeinden geschaffen worden. Die Grundstücks- und Wohnungsarten der Vororte bearbeiten die beiden statistischen Ämter der Städte Berlin und Charlottenburg, während die Auszählung der Individualkarten der Vororte das königliche Statistische Bureau, Lindenstraße, übernommen hat. Das Ergebnis der Aufnahme vom 1. Dezember ist noch nicht bekannt und soll noch veröffentlicht werden.

Für neun unbefordete Stadträte, deren Wahlzeit am 1. Januar künftigen Jahres abläuft, sind in nächster Zeit Renwahlen vorzunehmen. Bereits ausgeschieden sind die Stadträte Kochham und Bail, deren Wahlzeit übrigens ebenfalls mit dem Ende dieses Jahres ablaufen wird; diese beiden Stellen dürfen danach bis zum 1. Januar künftigen Jahres unbefetzt bleiben. Sodann kommen noch die folgenden sieben Stadträte in Frage: Fischhof, Heller, Hübner, Karggraf, Dr. Müllerberg, Dr. Strahmann und Strube, welche wohl sämtlich wiedergewählt werden dürfen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat den bereits eingeleiteten Ausschuss beauftragt, auch für die Wahlen dieser sieben Magistratsmitglieder Vorschläge zu machen.

Eine Erhöhung des Arzthonorars wird der Verein freigewählter Kassenärzte von den Krankenkassen in Berlin und den Vororten bei dem nächsten Vertragsabschluss verlangen. Bestimmt formuliert sollen die Forderungen erst in der nächsten Vereins-sitzung werden. Der Vorstand schlägt vor, die Verträge auf die Dauer von vier Jahren abzuschließen. Wieder waren fast allgemein nur jährliche Abschlüsse üblich. An Honorar wird für das Jahr 1902 der Satz von 3,00 M. pro Kopf des Versicherten aufgestellt, dem im Jahre 1903 und 1904 eine Erhöhung auf 3,50 M. und für 1905 auf 4 M. folgen soll. Ferner will der Vorstand die Bestimmung gestrichen wissen, nach der der Verein der freigewählten Kassenärzte verpflichtet ist, die Honorierung derjenigen

Liquidationen bis 5 Proz. des vierteljährlich an ihn gezahlten Honorars zu übernehmen, die durch die Zuziehung von außerhalb des Vereins stehenden Ärzten in dringenden Fällen entstehen. Bei den Berliner Krankenkassen ist gegenwärtig eine Honorarleistung von 3 M. pro Kopf des Versicherten üblich. Da die meisten Verträge mit dem Verein am Ende des Jahres ablaufen, würde die erhöhte Honorarleistung eine nicht unbedeutende Mehrbelastung der Krankenkassen für die nächsten Jahre in Aussicht stellen.

Der Polizeikampf gegen die Anarchisten scheint nun loszugehen. Bereits am Freitagmittag wurde der verantwortliche Redacteur des Anarchistenblattes „Neues Leben“, der Polizeier Otto Panzer, von seiner Arbeitsstätte aus verhaftet. Am selben Tage verließ die letzte Nummer des Blattes der Konfiskation; wie es heißt, soll ein Artikel über die Ermordung des amerikanischen Präsidenten den Anlaß zu dieser Maßregel gegeben haben. Man haushaltete in Abwesenheit des Redacteurs und des Expedienten in den Redaktionsräumen und beschlagnahmte die vorgefundenen Nummern der Zeitschrift. Um die Thüre zu öffnen, wurde ein Schlosser herbeigeholt. Im Gegensatz zur Socialdemokratie, die durch Verfolgungen groß geworden ist, wird den Anarchisten der Polizeikampf wenig nützen. Fehlt ihnen doch jeder Boden in der Bevölkerung.

Die klagende Militärjustiz. Gegen den Landtags-Abgeordneten und Stadtverordneten, Großdeputierten Max Schulz, ist die Voruntersuchung wegen Verleumdung des Ober-Kriegsgerichts des ersten Armee-corps eingeleitet worden. In einer Versammlung des Vereins „Waldes“, die am 27. August in Cohns Festsaal in der Veitstraße stattfand, hatte Herr Schulz einen Vortrag über den Gumbinner Nordprozess gehalten. Er hatte u. a. geäußert, daß es bedauerlich sei, daß das militärische Völkervertrauen mit seinem Bestreben, die Disciplin unter allen Umständen aufrecht zu halten, über dem Rechtsgefühl des Volkes stehe. Redner sprach dann den Wunsch aus, daß es Marins gelingen möge, den nach des Redners Meinung vorliegenden Justizirrtum durch die Revision zu beseitigen und dadurch die Möglichkeit eines Justizmordes aus der Welt zu schaffen, damit nicht in weite Kreise der Glaube dringe, daß wir in keinem Rechtsstaate leben. Sodann citierte der Redner brasilische Aussprüche des Kriminalschriftstellers Lemme. In diesen Ausführungen wird die Verleumdung gefunden.

Zusammenstoß zweier Automobilwagen. Bodenloser Leichtsinns hat am Sonntagnachmittag wieder einmal ein junges Menschenleben vernichtet. Zwischen 8 und 4 Uhr kamen von Berlin her zwei Automobilwagen der Berliner Motorenwerke die Tegeler Chaussee heruntergefahren. Die beiden Führer der Wagen, welche die Fahrzeuge probeweise einführen, verhielten nun ihre Fische darin, um sich gegenseitig vorzunehmen und setzten alle Hebel in Bewegung, um sich den Rang streitig zu machen. Trotz aller Warnungen des Chauffeurs fuhr die Chaussee zu verlassen und zurückzufahren, radelten die Automobilfahrer ruhig weiter, bis sie endlich kurz vor dem Chausseeende, wo die Chaussee etwas enger zusammentritt, und da sie fast nicht ausweichen konnten, derartig aneinander gerieten, daß sich beide Fahrzeuge, wie man so zu sagen pflegt, vollständig ineinander verhedderten. Hierbei wurde der Führer des Vorderwagens, der achtzehnjährige Mechaniker Albert Gutschmidt aus Berlin, vom Bod geschleudert, wobei er unter die Räder des Motorwagens geriet und so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach der Unfallstation des Tegeler Centralgefängnisses geschafft werden mußte, wo er bald darauf verstarb. Die Leiche wurde nach dem Chausseeende geschafft.

Verbrannt. Gestern nachmittag wurde der erste Löschiug nach der Greifswalderstr. 28 gerufen. Dort war durch Umverfren eines brennenden Spirituskochers Feuer ausgekommen. Der Spiritus ergoß sich über die Kleider der Wohnungsinhaberin, des Fräulein Weid, das im Augenblicke am ganzen Körper brannte. Auf ihr Hilfesgeschrei liefen Hausbewohner herbei, denen es gelang, die Flammen zu erlösen. Samariter der Feuerwehr legten der lebensgefährlich Verbrannten Notverband an. Mit einem Krankenwagen wurde Fräulein Weid nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie von ihren Qualen durch den Tod erlöst wurde.

Der „Kraubanfall“ in der Friedenstraße hat sich, wie von vornherein zu erwarten war, als eine richtige — Nänberggeschichte herausgestellt. Die Frau des Bureauvorstehers Schönwetter räumt nunmehr ein, den ganzen Kraubanfall erfunden und sich die Fesseln selbst angelegt zu haben. Man hat es hier wiederum mit einem der nicht seltenen Fälle zu thun, in denen die Frauen die schauerlichsten Geschichten erfunden, um ihre Männer über ihre Geldausgaben zu täuschen. Die Darstellungen sind sich stets so schablonenhaft ähnlich und leiden so sehr an Unmöglichkeit, daß es nicht allzu schwer ist, den Schwindel sofort zu erkennen. In der Regel aber lassen die Frauen nur bares Geld gerannt sein. Um jedoch den Kraub wahrscheinlicher zu machen, dehnte ihn Frau Schönwetter auch auf Papiere und Wertpapiere aus. Wenn nun diese erdichteten Lieberfälle auch leicht zu erkennen sind, so verursachen sie doch, wenn die angeblich Ueberfallenen längere Zeit ihre Behauptungen aufrecht halten, der Kriminalpolizei eine Menge unnützer Arbeit. Sie sind daher in mehr als einer Beziehung ein großer Unfug, und so wird auch für Frau Schönwetter ein unliebsames Nachspiel wohl nicht ausbleiben.

Tödlicher Baumfall. Der 44 Jahre alte Zimmermeister Wilhelm Seeger aus der Brunnenstr. 119 ging am Sonntagabend um 4 Uhr nach dem Neubau Hochstädterstr. 28, um die Zimmerarbeiten seiner Leute nachzusehen. Das Haus ist vor einigen Tagen gerichtet worden. Als er auf der sogenannten Drampelwand unter dem Dache stand, gab das frische Manerwerk, dessen Mörtel noch nicht abgehoben hatte, nach, und Seeger stürzte mit einem Teil der Mauer auf den Hof hinab, wo er mit dem Kopf auf einen Bretterstapel aufschlug. Man brachte den Verunglückten mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Lindowstraße, er starb aber auf dem Wege dorthin an einem Schädelbruch. Seeger hinterläßt seine Frau mit vier Kindern im Alter von 4 bis 13 Jahren.

Messerkreuzer mit tödlichem Ausgang. In einem Lokale in der Schillingstraße mit weiblicher Bedienung wurden gestern abend gegen 8 Uhr drei junge Leute, welche mit dem Wirt in Streit gekommen waren, mit Messerkreuzen bearbeitet. Einer der jungen Leute starb auf dem Transport zur Unfallstation. Der Wirt wurde verhaftet.

Verweisung über ein langjähriges Magen- und Nervenleiden hat den 40 Jahre alten Nordmacher Theodor Schmidt aus der Weinstraße in den Tod getrieben. Als seine Frau vorgestern Abend auf eine Stunde die Wohnung verlassen mußte, erhängte er sich im Arbeitsraum.

Vermist. Der 32 Jahre alte Kaufmann Stanislaus Günther wurde vor einem halben Jahre der Jrenanfallt Herzberge überwiesen. Diese gab ihn vor fünf Wochen der Witwe Dreus in der Darnimstraße 4/5 in Pflege. Als der Kranke am Sonntagabend vor acht Tagen betrunken nach Hause kam, wie es schon wiederholt vorher geschehen war, verweigerte ihm Frau Dreus die Aufnahme. Nun ging er wieder nach Herzberge, wurde aber auch dort abgewiesen. Seitdem ist Günther verschwunden. Mit behördlicher Hilfe hat man ihn überall gesucht, aber nicht gefunden. Er ist mittelgroß und schwächlich, hat ein blaßes Gesicht, eine lange, spitze Nase, dunkles Haar und Schmelzbart und trägt einen dunklen Anzug und einen schwarzen steifen Hut.

Zu Gerüchten von einem Morde gab heute vormittag wieder ein Leichenfund in der Bovenstraße Veranlassung. Dort wohnte in dem Hause Nr. 26 seit 27 Jahren eine achtzigjährige Handelsfrau Wilhelmine Jirgows, die noch immer mit Raucherwaren und Obst umherzog, daneben aber auch Almosen erhielt, in einer kleinen

Küche, die sie unmittelbar vom Wirt gemietet hatte. Ihre Flurnachbarn waren die Gastwirt Möllerschen Eheleute. Diese sahen die Alte am Sonntagabend um 11 Uhr zum letztenmal und nahmen heute vormittag einen auffälligen Geruch wahr, der aus ihrer Küche kam. Auf einem Stuhle stehend, konnte Möller in die Küche hineinschauen und bemerkte nun, daß Frau Jirgows angekleidet mit gekrümmtem Körper und dem Gesicht nach unten tot auf dem Fußboden lag. Die Revierpolizei ließ die von innen verschlossene Wohnung öffnen und fand unter dem Kopf der Leiche eine Blutlache. Da die Befichtigung der Leiche durch einen Arzt zu einem bestimmten Ergebnis über die Todesursache nicht führte, erschienen alsbald Kriminalbeamte an Ort und Stelle, um den Befund aufzunehmen. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Wahrscheinlich rührt die Blutlache von einem Erguß aus Mund und Nase her, der bei einem plötzlichen natürlichen Tode eingetreten ist.

Schwer verunglückt ist gestern der Bäckerjunge Karl J. in der Schilowstraße dadurch, daß er mit seinem Rad zwischen einem Kollwagen und einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Kollendorferplatz—Landsberger Allee geriet und so unglücklich unter das Schuttbrett der Elektrischen zu liegen kam, daß er schwer verletzt nach der Rettungsstation und von da nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge veranstaltet der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller auch in diesem Winter im Kaiserhof. Den ersten Vortrag hält am 16. Oktober Prof. Franz v. Liszt über Völkerverkehr und nationale Arbeit.

Radspurt. Im Sportpark Friedenau wird sich am 6. und 13. Oktober der Dauerfahrer Jim Michael produzieren, der auf der Fahrt von New York unterwegs ist.

Orgelkonzert. Den Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Diemel in der Marienkirche am Mittwoch, den 25. September, mittags 12 Uhr unterstiegen Frau Adele Otto-Morano, Frau Gertrud Labauve, Herr A. R. Harzen, Müller, Herr Hans Gengel und das Streichquartett der Herren Hermann Gerlach, Hans Streif, Paul Lampe und Fritz Große. Der Eintritt ist frei.

„Ueber den Vulkan“ heißt der neue Ausstattungsbeitrag der Urania. Er schildert, wie der Menschengestalt im letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts in zweifacher Hinsicht die Schranken durchbrach, welche ihm den Eintritt ins Reich der Lüfte verwehrten. Denn nicht allein, daß am 21. November 1783 die Gebrüder Montgolfier zum erstenmal mit dem von ihnen angefertigten Luftballon glücklich den Aufstieg in die Wolken vollendeten; auch die Besteigung des höchsten Berggipfels in Europa, des Montblanc, gelang dem Franzosen Jacques Balmat nach unzähligen vergeblichen Versuchen am 7. August 1788 zum erstenmal. An diese beiden Ereignisse anknüpfend führte Herr Dr. F. Polit am Montag in Wort und Bild die Besteigung des Montblanc und eine wissenschaftliche Luftballonfahrt vor. Mit der Bergwanderung hat die Urania gestern sich selbst übertroffen. In plastisch wirkenden Wandbildern führten die Dekorationsmaler D. Harder und W. Krang das Publikum durch das Thal von Chamonix am Wasserfall des Dard vorüber und bestiegen dann mit ihm das schauerlich einsame Gletschermeer, um endlich durch Rebel, Alpenglähnen und Alpennacht hindurch auf dem Gipfel in einer Höhe von 4810 Meter Halt zu machen.

Nicht ganz so glücklich wie die Montblanc-Wanderung schien uns die Fahrt ins Reich der Lüfte veranschaulicht. Es hat ja seine großen Schwierigkeiten, dem Zuschauer die Illusion einer Luftballonfahrt beizubringen und die Dekorationen so zu gestalten, daß er seinen Platz etliche Tausend Meter über dem Erdendunst wagt. Aber nachdem die Gletscherwelt an unsern Augen vorbeigewandert, schien uns das Bild, das Berlin, sowie die Ostsee zu unsern Füßen bot, etwas einseitig und nicht ganz mit den preisenden Worten des Herrn Vortragenden übereinstimmend. Doch immerhin war auch der zweite Teil des Vortrages interessant. Gernug, um das Ganze mitreinen Lesern empfehlen zu können. Besonders wirksam war die Darstellung eines Wetterleuchtens, sowie das Panorama, welches die Annäherung des Luftschiffes an die schwedische Küste zur Abendzeit darstellte.

Cirkus Schumann ist wieder da. Allen großen und kleinen Kindern zur Freude. Denn, was man auch sagen mag, die naivste Unterhaltung wird im Cirkus geboten, wo Pferd und Hund und Elefant zeigen, was sie an erstickten und possierlichen Künsten leisten können, wo die Kunstreiter so sicher, als wenn die Kinder Reiten spielen, ihre schwierigen Sprünge machen und wo, was doch die Hauptsache, Clown und August sich und ihre Gäste mit Späßen ergötzen, wie sie gleich urwüchsig nur noch in lieben Kasperletheater wahrzunehmen sind. Denn das mühte kein echtes Kindergemüt sein, das den Polknechten nicht als die ursprüngliche Idealfähigkeit künstlerischer Ergötzen betrachtet, der sich der Cirkus trotz höchster Vollendung doch eigentlich nur auf erweiterter Grundlage angliedert.

Herr Schumann brachte in der Eröffnungsvorstellung neben allerhand bekannten Sachen mancherlei Neues. Sein Cirkus raste und kostet nicht; ja es will uns scheinen, daß dem Drange der Zeit folgend, das Cirkus des Herrn Schumann sogar auf so etwas wie einen Uebercirkus gerichtet ist. Wie anders wäre die originelle Idee zu erklären, daß der Direktor selber, nachdem er die Mauer hat verunkeln lassen, in gepulvertem weicher altpanischer Tracht das edle Roß besteigt, sich dann einen langen Mantel überwirft und derart ausgerüstet, unter Einwirkung märchenhafter Lichteffekte die Kunst des Serpentintanzes übt? Daß das Ballett vorzüglich ist und Opheln, Mauleisel, Schafe und Schweine sich als nicht zu vernachlässigende Artisten produzieren, versteht sich in einem modernen Cirkus von selbst. Besonderer Beachtung wert ist es, daß zwei Mitglieder des Stammhauses jüdischer Leistungen, Herr Ernst Reng und Madame Reng bei Herrn Schumann auftraten. Am Beispiel des zahlreichen versammelten Publikums, sowie an den üblichen Blumenpenden schweren Kalibers fehlte es auch bei den diesjährigen Premieren nicht.

Die Sammeliste Nr. 002321 der streikenden Glasarbeiter ist verloren gegangen. Auf der Liste waren annähernd 5,50 Mark verzeichnet. Es wird gebeten, dieselbe beim Vertrauensmann der Gewerkschaft E. Schumann, Ren-Weihenfer, Lehrstr. 118, abzugeben.

Aus den Nachbarorten.

Der Termin für die Schönberger Stadtverordneten-Wahlen ist vom Magistrat auf den 11., 12. und 13. November festgesetzt worden. Die dritte Abteilung wählt am Montag, den 11. vormittags von 11 bis nachmittags 7 Uhr. Auf die am Mittwoch in Obsts Festsaal stattfindende öffentliche Versammlung, die sich mit der Aufstellung unserer Kandidaten beschäftigen wird, machen wir hierbei nochmals aufmerksam.

In einem Kanalisationskriecher gestürzt ist gestern in der Cheruskerstraße in Schöneberg der 51 Jahre alte Arbeiter Vollmach. Derselbe brach sich dabei das Genid und verstarb auf der Stelle.

Auf dem Bau des Charlottenburger Krankenhauses in Westend ist gestern nachmittag ein Arbeiter dadurch schwer zu Schaden gekommen, daß das morsche Tau einer Winde riß, mit der ein behauerer Sandstein hochgehoben werden sollte. Der Stein fiel dem Arbeiter auf den Kopf und verletzte ihn lebensgefährlich. Der Verunglückte mußte eine Stunde auf dem Bau liegen bleiben, bis endlich ein Krankenwagen ihn abholte.

Ueber einen Unfall im Mandörw wird uns berichtet: Wenige Tage vor Schluss des Mandörw hat ein Grenadier der 3. Comp. des dritten Garde-Regiments, s. J. am 16. d. M. bei einer Mandörwübung unweit Buxtehude a. d. Dose einen frühzeitigen jähen Tod gefunden. Die dritte Compagnie befand sich auf dem Marsche, als im scharfen Galopp die Garde-Artillerie an der Infanterie vorbeiraufte. Ein kurzer Ausschrei unterbrach das eben gesungene Marschlied; von den Rädern eines Geschützes wurde ein Grenadier erfasst und ihm die Brust gerammt. Schwer verletzt wurde er nach Buxtehude gebracht, wo er nach 3/4 Stunden verstarb, fern von den Seinen, zu denen er am selben Tage gleich den andern Kameraden heimkehren wollte. Daß den Führer des Geschützes irgend welche

Schuld trifft, ist bis jetzt nicht erwiesen, doch ist eine Untersuchung angeordnet worden.

Ueber eine Friedhofs- und Leichenschändung durch Soldaten berichtet der „Tägliche Anzeiger für Buxtehude“ aus Kampfel bei Neustadt a. D.: Eine Leichenschändung ist hier selbst in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf dem Mittel Cahlbus begangen worden. Derselbe wird in einem Anbau der Kirche aufbewahrt und als Selteneit der Mark Brandenburg gezeigt. Seit etwa 200 Jahren hat diesem Ritter das Gut Kampfel gehört. Sein Leib ist bis heute noch nicht verwest, vielmehr ist die ganze Oberhaut lederartig geworden, und so bleibt der ganze Körper in all seinen Formen gut erhalten. — Sehr zahlreich strömten die hier und in der Umgegend einquartierten Soldaten herbei, um das Wunder zu besichtigen. In der genannten Nacht haben sich nun zwei Garde-Infanteristen und ein Garde-Fusar den üblen Scherz erlaubt und haben, jedenfalls in angebeiterter Stimmung, die verschlossene Thür erbrochen und die Mumie in den Thorweg des Gutes geschleppt. Dabei sind auch einige Denkmäler auf dem Kirchhofe beschädigt worden. Die Thäter sollen bereits entdeckt sein.

Vermischtes.

Von einem schweren Brandunglück wird aus Bergen (Norwegen) vom 22. September berichtet: In den Lagergebäuden der Manufaktur- und Kolonialwaren-Firma Alvers brach in der vergangenen Nacht gegen Mitternacht Feuer aus, das rasch um sich griff und mehrere Gebäude in Asche legte. Verschiedene Leichterfahrzeuge gerieten gleichfalls in Brand und mußten aus dem Hafen bugsiert werden. Bei der Feuerbrennst kam ein Feuerwehrmann um, während einer schwer verletzt wurde. Der Schaden ist bedeutend.

Die Expedition des Malers Borisow ist nach Durchführung ihrer künstlerischen Aufgaben aus Novoje-Semlja nach Archangel zurückgekehrt. Während einer 106tägigen Schlittenexpedition wurden mehr als 100 Zeichnungen und Skizzen aufgenommen. Außerdem hat die Expedition in Bezug auf Zoologie, Botanik und Meteorologie bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Das Karische Meer war Ende April eisfrei.

Eisenbahn-unglück. Bei der Station Schilowo der Eisenbahnlinie Moskau—Kasan stieß ein Militärzug mit einem Güterzug zusammen. Sechs Wagen wurden zertrümmert, vier Soldaten verletzt.

Aus Wien wird berichtet: Blättermeldungen zufolge sind im Gerichtsbezirk Feistritz 7 Fälle von Cholera nostras vorgekommen, wovon 4 tödlich verliefen. An der Ruhr, die epidemisch auftritt, sind 88 Personen erkrankt und 10 gestorben.

In Norisch unternahm am Sonntagabend fünf Mann vom Segelklub „Lindau“ eine Fahrt auf dem Bodensee; es erhob sich bald ein rasender Stöhn und die Insassen des Bootes ertranken. Von Boot und Mannschaft fehlte bis Sonntagmittag jede Spur. Ein östreichischer Dampfer versuchte vergeblich, Hilfe zu bringen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 51. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Protuberanz und Verwandtes. — Zum Paritätstag in Lübeck. Von A. Bebel. — Unwahrscheinliche Betrachtungen. Von Victor Adler. — Wilhelm Waabe. Ein Nachwort zu seinem 70. Geburtstag. Von D. Bach. — Wie soll das Christentum demüthigt werden? Von Dr. Eugen Kohnke. — Der Opportunismus in der Praxis. Von Barous. 6. Die Leistungen des Opportunismus. — Bürgermeister und Minister. Von A. Kautsky. — Vitterliche Handlung: Max Winter, von der Jfer zur Reife. Dr. Julius Wolf. Das deutsche Reich und der Weltmarkt. — Heulleton Schloßhofsandernächte am hellen Tage. Von August Strindberg.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die Nr. 20 des 11. Jahrgangs vorgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum Paritätstag der Socialdemokratie in Lübeck. — Fabrikationsbedingungen in Württemberg und Preußen. Von A. hr. — Zur Frage der Betriebsgenossenschaften. Von Frieda Wolff. — Aus der Bewegung. — Heulleton: Die Räuberin. Von Theodore de Banville. Deutsch von Wilhelm Thal. — Rotzigelei: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gesehlicher Arbeiterinnenrat. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Verschleiden. — Dienstbotenfrage.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragene in der Reichspost-Zeitungsliste für 1901 unter Nr. 2778) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Witterungsübersicht vom 23. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Ewintende	762	0	0	4 wolkenl.	16	Qaparranda	767	0	0	2 bedekt.	10
Hamburg	767	0	0	5 bedekt.	16	Petersburg	774	0	0	1 hll. bed.	6
Berlin	760	0	0	4 wolkenl.	16	Sort	748	0	0	3 wolkl.	15
Frankf./M.	768	0	0	1 wolkenl.	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	765	0	0	2 heiter	14	Paris	753	0	0	2 hll. bed.	14
Wien	762	0	0	2 wolkenl.	15						

Wetterprognose für Dienstag, den 24. September 1901. Warm und trocken bei frischen südöstlichen Winden und etwas zunehmender Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Centralverband der Zimmerer (Zahlstelle Friedrichsberg). Todes-Anzeige.

Am 21. September cr. starb unser langjähriges Mitglied

Wilhelm Laser

im Alter von 38 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhofe am Kreuzberg zu Wittenberg statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Central-Krankenkasse für Deutschland zu Berlin.

G. S. 131. 6905

Die zum 25. Septbr. cr. einberufene Generalversammlung findet nicht statt.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.

Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. & 7.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.

Sprechstunden: 1/2-12-1/2, 1/2-6-1/2.

Charlottenburg.

F. Kunstmann, Wallstr. 1.

Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!

Krankheiten veranlassen mich, mein Geschäft an Herrn Waz Wölter zu übergeben, um einige Zeit von Berlin wegzumachen. Sage allen Genossen, Freunden und Bekannten ein herzliches Lebenswohl. 6876 Jacob Moll, Klosterstr. 101.

Besagtemehnd auf obige Annonce empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten mein Weiss- u. Baitrich-Bierlokal. Frühstücks-Mittag- u. Abendbisch zu billigen Preisen. Vereinszimmer noch einige Tage frei. Anschaffungslohn 18888 Waz Wölter, Wasmir, Klosterstr. 101.

Wer schnell und zu constanten Bedingungen

Geld!

Darlehen oder Hypothek sucht, verlange unsern Hypotheken- und Darlehens-Nachweis.

H. Bittner & Co., Hannover-Z.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einl. 1.50 M. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15-100 M. Getragene Silberne Uhren 5.50 M. Preiszahlung gestattet.

G. Paetzl, 1. Gehäft: Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt.

2. Gehäft: Turmstraße 65.

Herren-Anzüge,

Paletots u. Blak, eleg. Anfertigung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert

J. Aurberg, Landbergerstr. 13 prt. Teilzahlung gestattet.

Neues Klubhaus

72. Kommandantenstr. 72.

Habe nach Sonnabende u. Sonntag im November, Dezember, Januar cr. einen größeren Saal zu vergeben.

H. Ebert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 24. September. Opernhaus. Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Was dem, der... Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermäuse. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Trianon-Theater: Lebende... Schiller. Heimat. Anfang 8 Uhr. Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr. Berlin. Die Goldgrube. Anfang 7 1/2 Uhr. Lesing. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Doppelsänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Gelpen. Anf. 7 1/2 Uhr. Westen. Die Debitanten. Anfang 7 1/2 Uhr. Seccions-Bühne. Desles. Anfang 8 Uhr. Central. Giroflé-Giroflá. Anfang 8 Uhr. Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr. Eulien. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr. Carl Weiss. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelms-Bühne. Die Handwerker. Anf. 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Talos. Anfang 8 Uhr. Metrop. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-King-Konig. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Urania. Landestr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wagner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: **Heimat.** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Mittwochabend 8 Uhr: **Heimat.** Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Kronpräsidenten.**

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr mit ganz neuer Ausstattung an Kulis, Dekorationen und Requisiten: **Giroflé-Giroflá.** Operette in 3 Akten von Secocq. Hauptdarsteller: Damen: Min Werber, Daisy Wildner, Therese Deina, Louise Albes. Herren: Edmund Kuschel, Carl Schulz, Emil Sondermann. Morgen und folgende Tage: **Giroflé-Giroflá.**

Metropol-Theater. **Schön war's doch!** Gr. Berliner Anstaltungspossen mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. **Emil Thomas a. G.** **Joseph Josephi a. D.** **H. Bender. G. Kaiser.** **Else de Veré a. D.** **Frid-Frid. F. Georgette.** Gastspiel: **Saharet!** Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater fr. Regen-Palast, Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Täglich: Unbeschreiblicher Erfolg des Sensations-Programms. Hochinteressantes Sankter-Verienal. **William Neubert.** **Karl Braun.** **Endlich allein.** Der Komponist-Wettstreit. Direktor **Wilhelm Fröbel** in der allabendlich bejubelten Weingasse **Rosenmontag** Lebende Bissen-Photographien. Anfang 8 Uhr. Kassensammlung 7 Uhr. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr. **Chordamen** können sich melden im Bureau von 11 bis 1 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Ueber den Wolken** Invalidenstr. 57/62. **Tägl. Sternwarte.**

Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. **Neu! Neu! Neu!** **Der künstliche Mensch!** Die sensationellste Erfindung der Neuzeit: Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung. Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten Täglich nachm. 4 Uhr: **Grosses Konzert.** Bei ungünstiger Witterung im Saal. **Eintritt 1 Mk.; von 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte.**

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage: **Ein tolles Geschäft.** Große Ausstattungsdoppe mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. **Paula Worm** in 8 Verwandlungen. **Guido Thielocher** in 11 Verwandlungen. **Fritz Holmerding** als Wolzogen. **Junkermann, Boje.** Anfang 7 1/2 Uhr. **Apollo-Theater.** 10 Spezialitäten. **Grandel. * Steidl.** **Frau Luna** Luftballett Grigolatis Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater Große Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr. **Berliner Rangen!** Große Ausstattungsdoppe mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard. **Morgen, Mittwoch: Jubiläumsvorstellung** unter persönlicher Leitung des Komponisten **Rob. Leonard.** Zum 25. Male. **Berliner Rangen!** Jeder Besucher der Jubiläumsvorstellung erhält als Souvenir eine Kollektiv-Miniatur-Sammlung der Darsteller und Hauptpersonen aus „Berliner Rangen“.

W. Noacks Theater. Brunnstr. 16. **Die wilde Rabe.** Pöffe mit Gesang in vier Akten von Rannschdt und Weller. Musik von G. Steffens. **Nach der Tanztränzen.** **Mittwoch: Schuldig.**

Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Wiederankunft von **Adolf Hoffmann.** Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** Nach jeder Solire: **Tanz.** Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. **Eintritt 50 und 75 Pf.,** **Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.** **Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei** alle andern Tage bleiben die Plätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! **Täglich: Internationale Konzerte.** Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank** der **Berliner Bock-Brauerei.** Vortreffliche Küche. **Gut gepflegte Biere.**

Reichshallen. Stettiner Sänger. Geistliches Programm, u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

III. Wahlkreis. **Versammlung des Wahlvereins.** Heute abend im **Dresdener Kasino:** 242/20 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Dienstag, den 24. September, abends 8 Uhr: **Branchen-Versammlung der Küchenmöbel-Tischler** im „Gewerkschaftshaus“ (Saal VIII), Engel-Ufer 15. **Tages-Ordnung:** 1. Die Lage der Küchenmöbel-Tischler unter jetziger Krise. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Kollegen, für den Besuch der Versammlung zu agitieren. 109/2

Parkettbodenleger! Dienstag, den 24. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.: **Versammlung.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Genossen **Schlegel.** 2. Nennwahl von 4 Kommissions-Mitgliedern. 3. Branchenangelegenheit. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Parkettbodenlegers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.

Branchen-Versammlung der Näh- und Damenschreibtischmacher am Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei **Mann, Straußbergerstraße 3.** **Tages-Ordnung:** 1. Die gegenwärtige Lage in unrer Branche. 2. Werkstatt-Angelegenheit. Es ist Pflicht, daß sämtliche Tischler dieser Branche in der Versammlung erscheinen.

Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechsler. Mittwoch, den 25. September: **Branchen-Versammlung** im **Wedding-Park, Müllerstraße 178.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Genossen **Wollheim** über: Staatshilfe und Selbsthilfe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung der Büffett- u. Herrenschriftisch-Tischler am Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, bei **Louis Keller, Kopenstraße 29.** **Tages-Ordnung:** 1. Die Wirkung der geschäftlichen Krise auf unrer Branche. Referent: **Kollege Eutscher.** 2. Diskussion. Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen aus dieser Branche in der Versammlung erscheinen.

Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter am Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus (Saal VII), Engel-Ufer 15.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag über: „Naturerkenntnis und Weltfortschritt“; Referent: **Dr. Wollheim.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Kommission.**

Dienstag, den 24. September, abends 8 1/4 Uhr, im Lokal des **Herrn Gold, Gr. Frankfurterstr. 133:** **Branchenversammlung der Raumnacher** und aller in dieser **Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.** **Tages-Ordnung:** 1. Unrer augenblickliche Lage. 2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Kommission.**

Cirkus Albert Schumann. Renz-Gebäude, Karlstrasse. Dienstag, den 24. September, abends präc. 7 1/2 Uhr: **Große außerordentliche Gala-Vorstellung.**

Riesen-Erfolg **Anteilhaber für Berlin** vollständig neu organisierten Künstler u. Künstlerinnen. **Neu! Der Serpentin-Tanz** mit einem Schimpfer. Direktor **Alb. Schumann.** **Neu!** Die phänomenalen **Amerikaner** **Johnsons-Gebirgsjäger.** **Neu!** **Rob. G. Renz.** **Neu!** **Der G. Renz.** **Neu!** Die **französischen Wä. Blanche Marty** mit ihren 3 dreifachen **Richard.** **Neu!** Die **Chinesen Garro** und **Wozla.** **Neu!** **Cottrell.** **Neu!** Ein **Stückchen** in der **Arde Noach.** **Die Albert Schumann.** **Neu!** **Andips** und **Coco.** **Neu!** **8 Engeln.** **Neu!** **Belshamei.** **Neu!** **geimigt** von **100 Damen.** **Neu!** **Witz Flora.** **Neu!** **Roni.** **Neu!** **Schultraitein** **Prof. Kobora.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. **Nur erstklassige Direction:** **Specialitäten. J. M. Hätt.** **Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.** **Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.**

Künstl. Zähne ohne Entfernung der Wurzel **Schmerzloses Zahnziehen.** **Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.** **Tollzahlung per Woche 1 Mk.** **Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.** 2348/2 **Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.** **Zähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-Plomben 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnabst. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 130.** **Apr. 9-7.** **Cigarren** billige Bezugsquelle für Händler, Restaurateure etc. Preisliste franco. 2363/2 **H. Preuss, N., Swinemünderstr. 66 I. Fabrikdager.**

Casino-Theater Lothringerstrasse 37. **!Glänzender Erfolg der Saison!** **Steidl.** **Berlin N. — Berlin W.** Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr. **Gardinen** 2317/2 **Neuheiten, Seccions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Abbild.) franco. Reste von 2-6 Fenster unter Preis. Emil Lefevre, Berlin S., 158, Oranienstr.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. **Sprechst.:** Amt VII, 353. **Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr:** **Große Versammlung** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Herrn **Dr. F. Ehr** über: „Das Entfernen von Splintern aus dem Auge auf magnetischem Wege.“ 2. Fragen.

Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung der Gold- und Silber-Arbeiter** im **Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des **Rechtsanwalts** **Genossen Dr. Heinemann** über: „Der Arbeitsvertrag im Bürgerlichen Gesetzbuch.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Chirurgische Branche. Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** bei **Nümann, Brunnstr. Nr. 188.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des **Genossen Schütte.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. Die Kollegen der Werkstätten **C. Müller, Weihenfer, und Windler** sind besonders eingeladen. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in **Rixdorf, Kenterstr. 51a** bei **Zibell**, eine neue **Zahlstelle** errichtet ist. 118/20 **Die Ortsverwaltung.**

Konsum-Verein Berlin-Süd Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. **Montag, den 30. September 1901, abends 8 1/2 Uhr:** **General-Versammlung** in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 57.** **Tages-Ordnung:** 1. Geschäftsbericht des Vorstandes über das Jahr 1900/1901. 2. Bericht des Aufsichtsrats und Bericht über die amtliche Revision. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. Wahl von drei Kassenschriftführern und drei Ersatzleuten. 6. Erhöhung von drei Verkaufsstellen. 7. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts. **Die Auszahlung einer Dividende von 6 Proz. beginnt am 30. Oktober 1901 im Comptoir, Gräfenstraße 10.** **Legitimations-Karte berechtigt zum Eintritt.** 204/13 **Der Vorstand.** **Paul Müller, Hugo Schmidt, Emil West.** **Für den Aufsichtsrat: Karl Mücke, Vorsitzender.**

Achtung! Glasschleifer! **Mittwoch, den 25. September 1901, abends 7 1/2 Uhr:** **Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.** **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag. 2. Einführung eines Arbeitsnachweises. 3. Bericht vom **Internationalen Glasarbeiter-Kongress.** 4. Verschiedenes. 695/8 **Kollegen! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet; es darf keiner fehlen!** **Der Einberufer.**

Achtung! Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen. **Am Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr,** im **Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42:** **Öffentliche Versammlung** **Tages-Ordnung:** 1. Die christliche und die moderne Heimarbeitersinnen-Bewegung. Referent: **Kollege Tücherow.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Stempel-Papier von 1849! **Robert Hecht,** Berlin S., Cronenstr. 112. **Stempel** in bester Ausführung. **Kaufman-Typen „Perfekt“** zum **Einmaligen** einzele Wörter sowie ganzer Sätze von **150 M.** an **5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.** **Backware** 6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Backwaren:** **Frankfurterstr. 9, Kranstr. 19, Falkenstr. 25, Lanfstr. 2.**

Honig! **Ölbend, Bienenthonig,** beste Qualität, versch. 9 Pf. netto zu 6,75 M., 5 Pf. netto zu 4,30 M. fr. Radn. Gar. Juchan. **Nordloh, Bahnhof Augustfohn, Oldenburg.** 2212/2

Kranz- und Blumenbinderei von **Robert Meyer,** **nur Mariannen-Str. 2.** **Bereits-Rang, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Souvenirs, Girlanden ufo. werden fein u. preiswert geliefert**

Presskohlen **Bruch aus Gendels** **Berlin, pro Centner 80 Pf. ab Platz.** **A. Hermanns Kohlenlager, Brügelstr. 12 und Spuelstraße 6.** **Eigene Werkstatt.** **Vierertel-Druck- u. Hilfs-Druckmaschinen** **Berlin C.** 2242/2 **30. Tinten-Str. 30.**

Eigene Fabrikation. **Fertige Kleider** **Enorm billig** **praktische reißwoll.** **Jackettkleider** **elegante Façons** **in Cobereot u. Homepun** **15 M., 20 M.,** **in feiner Ausführung 30 M.** **Reich garnierte** **Sirassenkleider** **elegante Façons** **30 M., 40 M., 50 M.** **Schwarze Kleider** **in** **Fantastischen 20 M., 25 M.,** **Trauerkleider 20 M.** **Morgenröcke u. Matinees** **Blusenhemden, reine** **Wolle, entzündende Streifenmuster** **4,50 M., 6,50 M., 8 M.** **Kostümröcke** **elegante Façons** **6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,** **15 M., aus Seide 25 M.,** **aus Alborca 4,50 M., 6 M.** **bis 30 M., aus weiss** **et-creme-Cheviot und Piqué** **3, 5, 7-15 M.** **Golf-Capes** **5,50 M., 8 M., 10 M.** **Schwarze, glatte u. bestite** **Capes und Kragen** **in** **Götting 10 M., 15 M.** **Sielmann & Rosenberg** **Kommandantenstraße,** **Edle Lindenstraße.** **Mass-Anfertigung.**

Waarenhaus Hermann Tietz.

Ausserordentliche Ausnahme-Preise **W**ohnungs- Wechsel!

für den

Einige Beispiele:

Glas.

- Kleine Weissbiertgläser Ia. 20 Pf.
 Bierseidel, 3 verschiedene Formen,
 0,2 1/4 0,3 0,4 0,5
 16 16 18 20 22 Pf.
 Käseglocke, feinein geschliffen, 95 Pf.
 Butterdose 20 Pf.
 Wassergläser 5, 6 Pf.
 Weingläser, Crystall 18 Pf.
 Wassergläser, Crystall, geschliff. 18 Pf.
 Liqueurgläser 6 Pf.
 Spruchtulpe, Crystall 27 Pf.

Lampen.

Besonders preiswerth!

- Küchenlampe, 8" Nickelbrenner 42 Pf.
 10/7 1/4" 14/9"
 Tischlampe . . 1.45 1.95 Mk.
 Tischlampe, Majolika! . . 2.75 Mk.
 Petroleumkrone, Majolika, 6kerzig,
 10.50 Mk.
 Gaskrone, cuivre poli, 3flammig,
 komplett 19.75 Mk.
 Ia. Glühstrümpfe 16 u. 20 Pf.

Porzellan:

- Teller, tief und flach . . 15, 16, 18 Pf.
 Handleuchter, bunt decorirt . 22 Pf.
 Satz Töpfe, 6th., fein bemalt 1.20 Mk.
 Quirlsachen, Streubl. 16, 18, 22, 28, 35 Pf.
 Waschbecken, gross . . . 1.35 Mk.

Steingut.

- Waschgarnituren, 5theilig,
 2.50, 3.85, 4.—, 4.25 Mk.
 Toiletteneimer, Zwiebelm.,
 gross mit Bügel 2.25 Mk.
 Vorrathstonnen, Zwiebelmust. 22 Pf.
 Essig und Oel 22 Pf.
 Gewürztonnen 12 Pf. Salz u. Mehl 28 Pf.

Eine complete Küche!

Eiche, lackirt

- 1 Küchenschrank 19.— Mk.
 1 Eimerschrank 10.— Mk.
 1 Küchentisch 6.50 Mk.
 1 Leiterstuhl 6.50 Mk.
 1 Küchenstuhl 2.25 Mk.
 1 gr. Küchenrahmen 4.25 Mk.

48.50 Mk.

- Bügelbretter, mit schneeweissem Bezug 2.65 Mk.
 Wäscheleinen, grau und weiss 21, 38, 95 Pf., 1.50 Mk.
 Waschtisch □ ganz geschlossen, mit Pultdeckel 16.75 Mk.
 Zinkwaschfässer mit Wulst und Ventil 8.75, 10.50, 12.50 Mk.

- Fleischmaschinen, emaillirt oder verzinkt . . 2.75, 4.50 Mk.
 Brotschneidemaschinen 4.50, 6.00 Mk.
 Messerputzmaschinen mit Schmirgel 5.90 Mk.
 Waschzuber mit Abfluss 8.75, 11.50 Mk.

Gasplätteisen, vernickelt (ca. 4 Kg.) mit Erhitzer, complet Garnitur 9.— Mk.

Ein grosser Posten gute Emaille besonders preiswerth!

- Handtuchhalter 45, 80 Pf.
 Bauertische, nussbaum imit. 2.50, 3.50, 4.50 Mk.
 Schirmständer mit Porzellan-Schale 2.85 Mk.
 50 cm 1 1.25 1.50 m
 Paneelbretter, nussbaum imit. 95 Pf. 2.50 3.80 5.— Mk.
 3 4 5 6 Haken
 Garderobenleiste mit grossen Nickelhaken 95 Pf. 1.25 1.75 2.10 Mk.
 Salon-Tritte 2.—, 2.85 Mk.
 Salon-Säulen 1.95, 2.25, 2.85, 4.50 Mk.
 Servirtisch mit abnehmbarer Platte 7.50 Mk.

Auf Wunsch bleiben die gekauften
 Waaren bis nach erfolgtem
 Umzug bei uns liegen.



Ganz aussergewöhnlich!

Gas-Selbstzünder 65
 mit Stab (Birne) 65 Pf.

Der Kongress der Französischen Arbeiterpartei.

Paris, 20. September.

Der 10. Jahreskongress der Französischen Arbeiterpartei ist besonders dadurch von Interesse, daß er Aufschluß giebt über die Folgen des letzten stürmischen Jahres für die Guesdistische Organisation.

Vor einem Jahre, auf dem zweiten allgemeinen socialistischen Kongress, war es die Arbeiterpartei, die den verantwortungsvollen Schritt gethan hat, sich von der eben im Entstehen begriffenen socialistischen Gesamtorganisation zu trennen. Verantwortungslos war dieser Schritt nach zwei Richtungen hin: nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Einigung des französischen Socialismus, sondern auch vom Standpunkt der Interessen der guesdistischen Sonderorganisation selbst. Waren auch die sozusagen milder zuverlässigen Elemente aus der stets nach absoluter Homogenität strebenden Organisation bereits ausgeschieden, so daß diese wieder eine fester denn je disciplinierte Phalanx bildete, so schien doch andererseits die Isolierung dieser Phalanx eine Ursache ihrer fortschreitenden Schwächung sein zu sollen. Es kam aber anders. Wie ich bereits vor dem Lyoner Kongress schrieb, ist die entstehende Gesamtpartei nicht zum Anziehungspunkt der socialistischen Kräfte geworden. Die mit der Fortdauer der Ministerialpolitik ihre verfehlte Taktik immer mehr ausprägende ministerialistische Richtung hat vielmehr die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der geeinigten Neubildung gestärkt. Die Gesamtpartei wurde für den Ministerialismus der Minderheit desto unumgänglicher haftbar gemacht, als die ministerialistische Minderheit der Partei die Wechheit innerhalb der Kammerfraktion war und als ferner die antiministerialistische Mehrheit des Generalkomitees, wie bis zur Stunde, kein Zeitungsorgan hatte. Auf dem Lyoner Kongress waren es nun nicht die Guesdisten, die zur Gesamtpartei zurückkehrten, sondern vielmehr waren es die Blanquisten und die ihnen verwandten Gruppen, die ihrerseits aus der Gesamtpartei ausgeschieden, nun gleichsam die Guesdisten aufzusuchen und mit ihnen einen neuen Parteieinheitsversuch zu machen.

Der Kongress von Roubaix spiegelt nun in jeder Beziehung die ange deutete Entwicklung wieder. Er war vor allem eine feierliche, triumphierende Kundgebung des Selbstgefühls der Arbeiterpartei und ihres inneren Zusammenhaltes. Er war aber auch der Ausdruck dessen, daß nur diese Organisation die Seele der andern Einheit sein kann.

Die ziffermäßigen Angaben der Jahresberichte zeigen organisatorische Fortschritte, wie sie die Arbeiterpartei früher nicht zu verzeichnen hatte. Für französische Verhältnisse ist dabei vor allem der Finanzbericht maßgebend, da ja

bekanntlich den französischen Arbeitern die Gewohnheit regelmäßiger Beitragsleistungen (in politischen wie auch sogar in gewerkschaftlichen Organisationen) leider noch fehlt. Die Centralkasse der Arbeiterpartei wies nun im letzten Jahre eine Bilanz von 38 500 Frank auf gegenüber 28 750 Fr. im Jahre 1900 und 19 000 Fr. im Jahre 1899. Geringere rechnet 1897 die Centralkasse bloß mit 5- bis 6000 Frank.

Die Zahl der verteilten Mitgliedsarten, also auch der Parteimitglieder betrug 18 633, die in mehr als 900 Gruppen organisiert sind. Im letzten Jahre wurden 160 neue Gruppen in 31 Departements und 6 neue Föderationen gebildet.

Die Partei-Buchhandlung verkaufte 54 450 Broschüren, Bücher oder Vieder gegenüber 33 317 im Vorjahre.

Der permanente Ausschuss des Nationalrates (die eigentliche Parteileitung) hielt 274 Versammlungen oder Vorträge ab.

Die letzten Departementwahlen haben der Partei einen Stimmenzuwachs von 15 Proz. gebracht unter gleichzeitigen Mandatsverlusten. Bei dieser Gelegenheit ist zu erwähnen, daß dem Kongress von Roubaix bloß drei Kammerdeputierte beizwohnten, während nach den Kammerwahlen von 1898 13 guesdistische Deputierte gewählt wurden. Die übrigen zehn sind aus der Organisation ausgetreten. In den kommenden Neuwahlen wird es sich dann zeigen, wer in den betreffenden Wahlkreisen einflussreicher ist: der ausgeschiedene Abgeordnete bezw. die um das Generalkomitee gruppierte Organisation oder die guesdistische Organisation.

Von den Kongressbeschlüssen ist vor allem die Annahme des seiner Zeit mitgeteilten Einigungsentwurfes von Bedeutung. Mit der Regelung der Detailfragen ist die Parteileitung beauftragt.

Der Jarenbesuch wurde mit folgendem per Acclamation angenommenen Protest beantwortet: „Im Augenblick, da die Bourgeoisrepublik und eine Regierung der sogenannten republikanischen Verteidigung im Gefolge des Déroulede und Drumont nach Dänemark gehen, um dort vor dem Kaiser auf dem Bauch zu rutschen, der die Krone und Sibirien verkörpert, begrüßt der 10. Jahreskongress der F. A. das russische Proletariat und die russische Socialdemokratie. Er erklärt sich solidarisch mit ihren heroischen Kämpfen und ruft mit ihnen im Angesicht Nikolai II. und Lehten: Nieder mit dem Zarismus! Die F. A. lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Socialisten der ganzen Welt auf die Republikaner von der Art Waldeck-Rousseaux, auf die Radikalen von der Art Vandier und Laueffanes, auf die Socialisten von der Art Millerands, die nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart der Menschheit bloßstellen und verraten, indem sie durch ihren Beisatz und unser Geld den moskowitzischen Despotismus unterstützen, diese Schmach des XX. Jahrhunderts, das wahre Rückgrat der europäischen Reaktion.“

Ferner wurde ein Protest gegen die Verhaftungen von angeblichen Anarchisten aus Anlaß der Jarenreise angenommen.

In Bezug auf die Kammerwahlen 1902 wurde für den ersten Wahlgang unbedingt selbständiges Vorgehen zur Pflicht gemacht, bezüglich der Stichwahlen lautet der, wie leicht, einstimmig angenommene Beschluß: „In der Stichwahl werden die Föderationen fortfahren, zum Besten der Partei zu handeln im Rahmen der auf dem Kongress von Jory (1900) votierten Resolution, die Allianzen verbietet und Koalitionen gestattet“ — d. h. nach wie vor mit den bürgerlichen Parteien zusammen zu gehen. Sodann wurde beschlossen, in sämtlichen 539 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, und zu diesem Behufe eine besondere Kommission mit dem Sitz in Paris gewählt. Dieser Beschluß bedeutet wohl, daß wenigstens für die Wahlen 1902 die guesdistisch-blanquistische Union keine Kandidaten-Einheit kennen wird. Uebrigens, hinsichtlich ausgeführt, müßte der Beschluß zu schweren Reibungen zwischen Guesdisten und Blanquisten führen. Die ersteren müßten ja auch in den Wahlkreisen Kandidaten aufstellen, die bereit sind in blanquistischem Besitz sind. . . .

Daß hingegen die Kandidaten und Abgeordneten des andren socialistischen Lagers werden bekämpft werden, versteht sich von selbst. In dieser Beziehung ist ein kleiner Zwischenfall für die Stimmung der Guesdisten bezeichnend. Im Sitzungssaal, der Festhalle der Genossenschaft „Paix“ (Friede), befanden sich unter den an den Wänden gemalten Namen von socialistischen Vorkämpfern noch die Namen von Jaurès und Turati. Ueber Kocht wurden diese Namen weggeritzt und durch die Namen Lafargue und Santal (von den amerikanischen de-Leoniten) ersetzt.

Zur Frage der Altersversicherung wurde der Regierungsentwurf als eine „Nichtigkeit, eine Gefahr und eine Gaunerei“ erklärt und die Abgeordneten beauftragt, gegen jedes Gesetz zu stimmen, das die Versicherung von einem Beitrag der Lohnarbeiter abhängig machen würde.

Eine Resolution wurde zu Gunsten des Eisenbahner-Schutzgesetzes entworfen von Verteaux (Zehntendebatte) angenommen; auch wird der Nationalrat eine besondere Broschüre für die Eisenbahner herausgeben. Ferner sprach sich der Kongress gegen jeden Versuch, eine Verfassungswieder herzustellen und — in Erwartung der Erziehung der stehenden Armeen durch die Volksbewaffnung — für eine möglichst weitgehende Dienstzeitverlängerung sowie für Abschaffung der Militärgerichte in Friedenszeiten und Beteiligung von gemeinen Soldaten an diesen Gerichten zu Kriegzeiten aus. Schließlich wurde eine Resolution beschlossen gegen jede Unterscheidung „zwischen Katholiken, Protestanten, Semiten, Antisemiten, Freimaurern, Freidenkern u. c.“ Sie müßten alle gleich bekämpft werden, da die Partei sich streng auf dem Boden des Klassenkampfes zu halten habe.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an Adolf Adler, Belfortstrasse 25. Verkauf nur an Cigarren-Händler und Grossisten. [2381L]

An die

Berliner Milch-Verbraucher!

1875 erhielt der Landwirt für 1 Liter Milch franco Berlin 15—16 Pfennig, 1900 war der Preis franco Berlin bis auf 11—11½ Pfennig heruntergetrieben.

Trotz dieses Preisfalles nahm der Handel von der Hausfrau nach wie vor in diesen 25 Jahren 20 Pf. pro Liter Milch ab Laden.

Bei 3000 Proben, die die Milchcentrale in den letzten Wochen kaufen und untersuchen ließ, kostete 1 Liter Milch ab Laden:

in 4 Fässen	30 Pfennig.
11	18
2	16
8043	20

(Alten zur Einsicht).

Während der Milchhandel also 4—5 Pfennig den Liter billiger kaufte als vor 25 Jahren, bezahlte die Hausfrau denselben Preis von 20 Pf. Jahr aus Jahr ein.

Von Jahr zu Jahr erhoffte der Milchbauer ein Steigen der Milch-Engrospreise, da seine Bedarfsartikel (Eisen, Kohle, Kleider u.)

und die Löhne in diesen 25 Jahren 40 % stiegen und der Preis seiner Erzeugnisse dauernd gefallen ist.

Der Versuch einer großkapitalistischen Gesellschaft, im Winter 1900/1901 auf Grund eines Patentes ein Milchmonopol für Berlin auszubringen, brachte den Stein zum Rollen.

Die Landwirte forderten im Frühjahr 1900 vom Milchhandel 13½ Pf. pro Liter Vollmilch frei Berlin im Großhandel — die Milchhändler lehnten ab, rieten aber, nur einen Pfennig mehr zu nehmen. Die Landwirte gaben nach und so kam der Milchpreis auf 12—12½ Pf. frei Berlin Bahnhof für 1901.

Im Winter 1900/1901 erkor der größte Teil der Saat und der Klee; der trockene Sommer 1901 ließ eine Futternot entstehen, wie sie schlimmer seit 34 Jahren nicht gewesen ist.

Trotz alledem lehnten die Milchpächter jede Verhandlung mit den, in der Milchcentrale geeinigten 5000 märkischen Bauern brüsk ab!

Kein Wort des Angriffs ist bis heute seitens der Milchbauern gefallen, in allen Veröffentlichungen ist gesagt worden: „Nur mit dem realen Berliner Milchhandel wollen wir das Geschäft zusammen machen.“

Unsre Molkerei ist nur erbaut, um den oft um 100 000 Liter in einer Woche schwankenden Bedarf zu befriedigen oder den Markt zu entlasten. Wir wollen den Berlinern das Beste bieten, was an Milch und Sahne zu beschaffen und erklären heute:

Hat der Berliner Milchhandel, dem wir 100 000 Liter Milch ab Bahnhöfen, ab Molkerei und ab 3 in verschiedenen Teilen der Stadt gelegenen Verkaufsstellen am 1. Oktober zur Verfügung stellen, am 10. Oktober nicht gekauft und gepachtet, so eröffnen wir am 15. Oktober 300 Läden für Milch- und Sahne-Verkauf, und dann wird die Hausfrau dort kaufen, wo sie das Beste und Billigste für ihre Familie erhält; dann kann Konsument (die Hausfrau) vom Produzenten (den Bauern) direkt Milch kaufen. Sollte die Hausfrau den Bauer, der seine Produkte möglichst direkt an sie liefern will, ohne daß sich der Preis erhöht, boykottieren?

Wir glauben es nicht!

Centrale für Milchverwertung e. G. m. b. H.

Berlin, Köthenerstr. 39.

und vom 1. Oktober an Schilling-Strasse 12.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Rudolf Bartsch, Oranienstrasse 73, Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswertes Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200—300—400—500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1839.

Einsegnungs-Anzüge von 12—27 Mk.

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. l

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstr. 113
Ecke Andreasstrasse.

Gardinen

Möbelstoffe

Teppiche

Tüll-Gardinen weiss oder crème Mtr.	35	Pf. 45	Pf. 65	Pf. 75	Pf.
Tüll-Gardinen weiss od. crème, Fenster, 2 Flügel	1,75	1,95	2,45	3,75	M.
Tüll-Störes weiss oder crème St.	1,75	2,25	3,25	4,50	M.
Scheiben-Gardinen weiss oder crème Mtr.	27	Pf. 35	Pf. 50	Pf. 60	Pf.
Congressstoffe glatt oder gestreift, weiss oder crème Mtr.	38,	45	Pf. 65	Pf. 75	Pf. 85
Portièren mit Querstreifen Shawl	95	Pf. 1,65	1,95	M.	
Portièren glatt mit Bordüre Shawl	1,85	2,75	3,25	4,25	M.
Plüsch-Portièren 2 Shawls, 1 Lambrequin . .	16,75	19,75	24,75	M.	
Portièren-Garnituren 2 Shawls, 1 Lambrequin	10,50	12,50	15,50	M.	
Decorations-Shawls hübsche Muster St.	75	Pf. 95	Pf.		
Rouleaux-Stangen verstellbar, complet . .	75	Pf. 1,35	M.		
Gardinenstangen St.	48,	55,	75,	85	Pf. 1,10, 1,30
Portièren-Stangen, Garnitur complet . .	2,40,	3,50	M.		
Holz-Rosetten St.	10	Pf. 12	Pf. 20	Pf. 30	Pf. 45

Bettvorleger in grosser Auswahl St.	75	Pf. 1,75,	2,50	M.	
Bettvorleger imitiert Perser St.	75	Pf. 1,35,	1,95,	2,65,	4,90
Läuferstoffe hübsche Muster Mtr.	38	Pf. 50	Pf. 75	Pf. 95	Pf.
Steppdecken einfarbige Stoffe St.	3,75,	5,25,	6,25,	7,50	M.
Steppdecken beste Ausführung St.	8,50,	9,75,	10,75,	12,50	M.
Schlafdecken buntfarbig, geschmackvolles Sortiment	St. 1,75,	2,50,	3,75	M.	
Plättdecken weiss mit Bordüre St.	95	Pf. 1,35	M.		
Sophakissen in reichhaltiger Auswahl St.	45	Pf. 1,15,	1,65,	2,50,	3,75
Möbel-Franzen Mtr.	13	Pf. 23	Pf. 30	Pf. 45	Pf.
Möbel-Schnur viele Farben Mtr.	8	Pf.			
Tülldecken weiss oder crème St.	8	Pf. 15	Pf. 25	Pf.	
Tüll-Läufer weiss oder crème St.	40	Pf. 95	Pf. 1,15	M.	
Gardinen-Halter farbig St.	15	Pf. 28	Pf. 35	Pf. 45	Pf. 60
Ketten-Halter St.	15	Pf. 25	Pf.		

Grosse Auswahl in Fantasie-Möbelstoffen, Teppichen und Tischdecken.

Ein Posten Linoleum-Läuferstoffe sehr preiswerth Meter	90	Pf.
Wachstuch - Küchendecke mit Spruch Stück	98	Pf.

Gardinen-Reste sehr hübsche Muster zum Aussuchen Stück	85	Pf.
Jede Extra-Bestellung auf Portièren-Garnituren und Gardinenstangen nach gewünschtem Maass in einigen Tagen lieferbar.		

Holz-Galanterie-Waaren

Salontisch Stück	2,50	M.				
Palmständer Stück	1,95	M.				
Salon-Säulen Stück	2,25,	2,90				
Vogelbauer-Ständer Stück	2,90,	5,25,	6,50			
Vogelbauer mit Holzgestell, Draht und Scheiben Stück	1,95	M.				
Paneele	es. 60	80	100	125	150	cm.
	1,50	2,25	2,90	4,50	5,50	M.

Handtuchhalter Stück	45	Pf. 95	Pf. 1,30	M.			
Handtuchständer Stück	2,90	M.					
Schirmständer Stück	2,10	M. 2,90	M.				
Console Stück	35	Pf. 45	Pf.				
Garderoben-Leisten	mit 3	4	5	Stücken			
	28	Pf. 37	Pf. 48	Pf.			
Paneele	bessere	es. 60	80	100	125	150	cm.
Ausführung	2,25	2,65	3,50	5,-	6,-	M.	

Lampen

Küchenlampe Stück	30	Pf. 40	Pf. 50	Pf.
Tischlampe Stück	95	Pf. 1,25	M. 1,75	M.
Nachtlampe Stück	25	Pf. 35	Pf. 45	Pf.

Apparate für Gasglühlicht Stück	45	Pf.
Cylinder für Gasglühlicht Dutzend	90	Pf.
Ampeln in verschiedenen Farben Stück	1,65	Pf.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Portièren! Steppdecken!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!
Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Schönschreiben 8 M., Buchführung 12 M.
Szenographie, Schreibmaschine, hässliche Computirbücher, lehrte gründlich, auch älteren Personen, **Krachts Handelsschule, Rosenhalerstr. 44.** Zweigschule: Charlottenburg, Wilhelm-Platz 2. Anfang jeden Monatsbeginn. Der Dreimonatskursus in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. 23739*

Boykottfreier Nordhäuser Kautabak
von **Grimm & Triepel, Nordhausen,**
freit reich zu billigsten Preisen bei 31632*
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5, parterre.
Tabak-Großhandlung und Cigaretten-Fabrik.
Nur echt, wenn jedes Röhrchen den Zettel: „Aus der Fabrik von Grimm & Triepel, Nordhausen“, trägt.

Eugen Joachims Möbelfabrik
Neue Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz.
Großer Möbelfabrik. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verleiher geweiher und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Hauszwang mein solides Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Erparung der teuren Bodenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150, 200, 300 bis 10000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Wuschelkleiderständer 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Ruchbaum- und Mahagoni furnierte Kleiderstühle, Vertikows 30 M., Wuschelbestelle mit Sprungfeder-matratze 38, elegante Säulenthrone 45, Bilderstühle, Salon-garnituren 105, Büffels aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig ge- braucht, kostbar. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gelaut, Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [22012]*

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Restauration wegen Krankheit billig zu verkaufen. Raheres Charlottenburg, Pöhlitzstrasse 30. 17144*
Restauration zu verkaufen. Kottbuserstrasse 40. 5755b*
Wirtschafts-Einrichtungen, als Milchfässer, Milchkannen, Milchhebe etc. billig bei Jordan, Kleine Markstrasse 28. 8048*
Gardinenhand Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*
Vorjährlige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 8482*

Möbel. Gelegenheit, 4 Zimmer, darunter Sofa 20,00, Bettstelle mit Federmatratze 12,00, Kommode 10,00, geschliffener Truhenaur 30,00, Wuschel-spiegel 10,00, eleganter Tischsofa, Wuschelbetten, Regulator, Oelgemälde, verschiedenes sofort veräußert. Gartenstrasse 148, vorn I. Unt. 1135*

Möbel-Gelegenheit. Beim Auctionator Otto Adels, Mödemstrasse 25 (Bahnhof), sehen zum spottbilligen Verkauf neue gebogene Einrichtungen, ein Posten Säulenthrone 30,00, Brauttruppe 20,00, Stimmteppiche 8,00, Wuschelsofa 25,00, Salon-garnituren, Paneele, Wuschelbetten, Büffels, Schreibstühle, Bücherstühle, Salonbilder, gefärbte Uebergardinen, Divanbänke, Stores, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Tischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefaustes Lager unentgeltlich. 8138*

Wirtschaft. fast neu, Pöhlitzstrasse 30, II rechts. 1182*

Metallbetten. hochlegant, Patent-matratzen 40. Kappold, Pöhlitzstr. 17, Quergebäude. 5665

Teppiche mit Bordentwürfen, Fabrikniederlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Kinderwagen. Sportwagen, Nietenauswahl, Bezer Baby, Inva-lidenstrasse 160, Frankfurterstrasse 115, Oranienstrasse 81, Belle-Alliance-Strasse 107, Reinholdsdorferstrasse 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 55, Teilzahlung gestattet. 7228*

Nähmaschinen und Feuer-Ver-sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstrasse 43, Hof Keller. 8575

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Waage 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstrasse 82!
Gaslöcher! Sparhähne! Einlochgaslöcher 1,00, Zweilochlöcher 5,00, Dreilochgaslöcher 9,00. Geschlossene Gaslöcher 10,00! Gas-Bügelapparate, Gas-Plättchen billig! Gasheizöfen 6,00, Wöhlauer, Wilmersdorferstrasse zweiunddreißig. 2598b*

Maltrafaktier, blutbildend, für Blutarms, Brustkrante, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überreichend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Lonne 3,50 erhaltene. Nicht Wasserzucht, Qualität entscheidet. Vortierkellerei Ringler Bernauerstrasse 119. 1177*

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Tafelstühlen, hochpreisig, hübe Dreizehner-Rord frei Haus 3,50. August Heine, Halberstadt. 6946

Halbrenner, wie neu, leicht 75 Thier, Michaelstrasse 8. 6855

Vermischte Anzeigen.
Abendkurse für Bautechniker, Tiefbau-techniker, Maschinen- und Elektro-Techniker. Technikum Berlin, Holz-wortstrasse 73. Programm kostenlos.

Rechtsbureau, Teltowerstrasse fünfundsiebzig. Eingabegeld, Rat-erteilung. 8172*

Patentanwalt Danneberg, Pöhlitzstrasse 57, Auskunft bis abends neun. 7072*

Bücherkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Rartgrafstrasse 101. *

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Pöhlitz, Steglitzerstrasse 65. 1406*

Kunstkopiererei von Frau Koskoff, Steinhilberstrasse 48, Quergebäude hoch-parterre. 2598b*

Augenabad, Köpcke-Strasse 60 Häder jeder Art für sämtliche Krank-lassen. 7362*

Bereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zählstelle. Rudolf Juran, Rammstrasse 80. *

Wäsche wird sauber und billig ge-waschen, Janowski, Rartgr. 17. 1166

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Rat-erteilung, Andreasstrasse dreiund-sechzig. 6986*

Hiermit erkläre ich Frau Palme als ehrenhaft. R. Anof. 139

Bestere möblierte Schlafstelle an zwei Herren billig zu vermieten beim Portier Friedrichstrasse 31. 6925

Schlafstelle, Blücherstrasse 53, vierter Aufgang 2 Treppen bei Kohle. 6995

Schlafstelle zu vermieten mit Koh bei Reugebauer, Pöhlitzstrasse 41, Hof 3 Treppen. 6975

Mietgesuche.
Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer Oranienstrasse oder Nähe derselben. Preisofferte inklusive Kasse und Bedienung unter R. 30 Pöhlitzstrasse. 6985

Arbeitsmarkt.
Stellungesuche.
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelehrt, werden abgeholt und unentgeltlich zurück-geliefert. Adresse: Rulandstrasse 27, A. Glözer.

Stellungsangebote.
Wollschuharbeiter, geübt auf Holz-baden, erhalten Arbeit. Orsel, Rulandstrasse 50. 6990

Wollschuharbeiter verlangt O. Hoff-mann, Goltzstrasse 9. 1123*

Arbeitsnachweis der Vergolder.
Engel-Ufer 15, Zimmer 18.
Für sofortigen Eintritt 2 tüchtige Oberarbeiter, 3 tüchtige Vergolder auf Rahmen. 225/19

Achtung, Korbmacher!
In der Korbwaren-Fabrik von Schmidt & Co., Dresdenerstrasse 81, befinden sich sämtliche Korbmacher wegen Preisdifferenzen auf Angelische im Streit.
Zwang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.